



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Bei der KPV-Sitzung in München (v. l.): Gerhard Weber, Georg Huber, Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Stefan Röble, Heinrich Lenz und Werner Bumedder. Foto: DK

Bayerische Bildungspolitik:

Individuelle Förderung statt Einheitsschule

KPV-Landesvorstand und –Hauptausschuss in München

Mit aktuellen Fragen zur Schul- und Bildungspolitik in Bayern beschäftigte sich schwerpunktmäßig der KPV-Landesvorstand und –Hauptausschuss in seiner jüngsten Sitzung in München. Hierzu hieß Landesvorsitzender Stefan Röble Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle willkommen.

Mit Blick auf die Neuregelung des Übertrittsverfahrens für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule auf die weiterführenden Schulen meinte Spaenle: „Mit dem Übertrittsverfahren wollen wir den Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen stärker auf die Kinder hin ausrichten und die Eltern bei der Entscheidungsfindung zum Übertritt unterstützen.“ Zentrale Elemente des Verfahrens seien eine intensiviertere Beratung der Eltern - auch über die Schullaufbahn, eine Übertrittsempfehlung für alle Kinder der 4. Jahrgangsstufe, der Probeunterricht und eine stärkere Einbindung des Elternwillens bei der Wahl der weiterführenden Schule.

Übertrittsregelungen

Für den Übertritt an die Realschule benötigten die Mädchen und Jungen der Jahrgangsstufen

4 beim Übertrittszeugnis die Durchschnittsnote 2,66. Für das Gymnasium ist 2,33 vorgeschrieben. Die Schülerinnen und Schüler, die den Notendurchschnitt für die von ihnen gewünschte Schule nicht erreicht haben, könnten am Probeunterricht an Realschule und Gymnasium teilnehmen. Bestanden sei

dieser, wenn das Kind in Deutsch und Mathematik mit den Noten 3 und 4 bzw. 4 und 3 abschließt. In Fällen, in denen in beiden Fächern die Note 4 erzielt wird, entschieden die Eltern. „Wir haben damit die pädagogische Verantwortung für die Übertrittsentcheidung bei dieser Notenkonstellation den Eltern übertragen“, bemerkte Spaenle.

Hochschulzugang

Auch wies er darauf hin, dass derzeit 40 Prozent derjenigen (Fortsetzung auf Seite 4)

CSU-Parteitag in München:

Teilhabe und Mitbestimmung

„Liebe für Bayern? Verantwortung für Deutschland“: Unter diesem Motto erlebten rund 1000 CSU-Delegierte und über 600 Gäste einen diskussionsreichen Parteitag in München. Laut Parteivorsitzendem Horst Seehofer ging von ihm „ein starkes Signal der Geschlossenheit und des Selbstbewusstseins“ aus. Generalsekretär Alexander Dobrindt betonte, die CSU sei „der Taktgeber bei den zukunftsfähigen Konzepten“. Sie gebe Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft.

In den zwei Tagen wurde in zahlreichen Wortmeldungen über die Leittränge zur Parteireform, der Beitragsordnung, der Bundeswehrreform, dem Jahr für die Gemeinschaft und zur Integration abgestimmt. Mit über 40 Wortmeldungen sorgte die Frauenförderung für die längste und lebendigste Diskussion auf dem Parteitag. Rund 56 Prozent der Delegierten votierten schließlich für den Antrag der Frauen-Union. In Zukunft sollen auf Partei- und Bezirksvorstandsebene 40 Prozent Frauen vertreten sein.

Große Mehrheit für Bundeswehrreform

Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten der Bundeswehrreform zu. Eine Lösung zur Frage der Standorte werden Bund und Länder erarbeiten. Bei der künftigen

Wehrstruktur seien die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte mit zu berücksichtigen, lautet einer der Eckpunkte.



Das Politiker-Brüderpaar Hans-Jochen Vogel (SPD, r.) und Bernhard Vogel (CDU, Mitte) wurde für seine großen Verdienste um die Deutsche Einheit von OB Hans Schaidinger (l.) in Regensburg mit dem Brückenpreis ausgezeichnet (siehe auch S. 15). Foto: Ferstl

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Vom „Haus der Berge“ bis zum Schlosshotel

Paradebeispiele für staatliche Verschwendung

Steuergelder in Millionenhöhe werden aus Sicht des Bundes der Steuerzahler jährlich von Bund, Ländern und Gemeinden leichtfertig verschleudert. In dem jetzt veröffentlichten „Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung“ präsentierte der Bund der Steuerzahler in Bayern elf Fälle von Fehlplanungen und Bürokratie, Gedankenlosigkeit und mangelnder Sorgfalt. Insgesamt hat der BdSt 127 Fälle aufgelistet.

Eines der Paradebeispiele für staatliche Verschwendung ist Herrenchiemsee. Den Eindruck, dass Bauvorhaben der öffentlichen Hand offenbar mit Kostensteigerungen verbunden sein müssen, gewinnt man, so der BdSt, bei der Sanierung des staatseigenen denkmalgeschützten Schlosshotels Herrenchiemsee. Hier sind dem Freistaat Bayern die Kosten gleichsam davongelaufen. Ging man im Jahr 2008 noch von Kosten in Höhe von 5,9 Mio. Euro aus, war man Ende 2009 schon bei Kosten in Höhe von rund 7,9 Mio. Euro angelangt.

Kostensteigerungen

Ursächlich für die Kostensteigerung waren u. a. zusätzliche Kosten für die Behebung von Baumängeln, höhere Baunebenkosten (u. a. für eine externe Fachplanung), Zuschlag für Unvorhergesehenes, insbesondere für Mehraufwendungen im denkmalgeschützten Bestand

und ein sog. Inselzuschlag wegen höherer Transportkosten aufgrund der Inselage. Damit sich die Sanierungskosten nicht noch weiter erhöhen, hat man mittlerweile ein Projektsteuerungsbüro beauftragt.

Viele Turnhallen

Die Stadt Coburg wird eine hochmoderne Ballsporthalle errichten, obwohl dort nach Mitteilung von Oberbürgermeister Norbert Kastner bereits neben drei Einfach-Schulsporthallen, die für eine Vereinnutzung zwar nur eingeschränkt nutzbar sind, auch zwei Dreifachturnhallen und eine Zweifachturnhalle existieren, die allerdings auch schon etliche Jahre auf dem Buckel haben. Für den Neubau ging man von einer Kostenschätzung in Höhe von 12,5 Mio. Euro aus. Um aber für das anschließende Wettbewerbsverfahren den finanziellen Rahmen nicht von vornherein zu hoch zu spannen, hat man anfangs nur illusorische 9,4 Mio. Euro gleichsam als Ausgangslage angesetzt. Dies ist nach Angaben des OB damals sinnvoll gewesen, um vornherein etwaige politische Begehrlichkeiten in Bezug auf Qualität und Standard aus Kostengründen einzudämmen.

Sechs Millionen mehr

Im September 2009 hat dann der Stadtrat beschlossen, den Zuschlag für den Hallenbau zu erteilen, und zwar zu einem Festpreis inklusive Ausstattung in Höhe von 15,4 Mio. Euro. Hinzukommen werden jährlich rund 375.000 Euro Betriebskosten für das technische Gebäudemanagement, Energie- und Personalkosten. Offenbar wegen einer politischen Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Halle hat der Coburger Stadt-

rat beschlossen, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband mit einer Prüfung des Vorgangs zu beauftragen. Das Prüfungsergebnis lag zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler allerdings noch nicht vor.

Umweltbildungszentrum

Das anspruchsvolle Projekt „Haus der Berge“, ein modernes Besucherinformations- und Umweltbildungszentrum, das in Berchtesgaden für den dortigen Nationalpark errichtet wird und Ende des Jahres 2012 fertig gestellt sein soll, wird dem Freistaat Bayern teuer zu stehen kommen. Während man im September 2005 für das neue „Nationalpark-Haus“ noch von Gesamtkosten in Höhe von 11 Mio. Euro ausging, war man im Juli 2007 schon bei Kosten in Höhe von 19 Mio. Euro für das ehrgeizige Projekt angelangt. Grund: Eine Machbarkeitsstudie hatte ergeben, dass der ursprüngliche Kostenrahmen nicht ausreichend ist, um eine hinsichtlich Größe und Ausstattung attraktive Besuchereinrichtung (Fortsetzung auf Seite 4)



Seit Jahren lebt der Bürgermeister nach dem Motto, dass man jede Entscheidung bis zum Äußersten mit den Bürgern diskutieren muss. Aber wenn die Argumente ausgetauscht und abgewogen sind, dann muss auch einmal entschieden und eine Entscheidung durchgesetzt werden. So auch im Fall Stuttgart 21. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Die Verantwortung der Verwaltungsräte	Seite 2
Vorerst keine Spielhallenabgabe	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz:	
Pro und Contra: Der neue Personalausweis	3
Kommunen und vbw: Partner im Wettbewerb	3
Parlamentarischer Abend beim Bayerischen Landkreistag	4
Wertevermittlung an Musikschulen	5
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Bauthemen	6-10
EDV und IT für die Kommunen	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Bayerische Elektromobilitätstage:

Information und Aktion

Premiere in Würzburg

Am 14. und 15. November finden in Würzburg unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, die Ersten Bayerischen Elektromobilitätstage statt. Veranstalter und Ausrichter sind die Firmen JC Neckermann sowie die a+f GmbH, ein Unternehmen des GILDEMEISTER-Konzerns.

Um möglichst viel Aufmerksamkeit für das wichtige Umweltthema zu bekommen, gliedern sich die Elektromobilitätstage, die ab 2011 im Sommer stattfinden werden, in einen Public Day mitten in der Stadt für alle Interessierten (14. November) und einen Fachkongress für geladene Teilnehmer im Vogel Convention Center. Diese Tagung am 15. November wendet sich vor allem an Vertreter von Kommunen, regionale Versorger sowie Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden. Eine Messe mit Infoständen rund um das Thema Elektromobilität und unterschiedliche E-Fahrzeuge runden den Kongress ab.

Verschiedene Konzepte

Die öffentliche Veranstaltung auf dem Residenzplatz in Würzburg am 14. November von 11 bis 16 Uhr bietet einen Überblick über verschiedene Elektromobilitätsfahrzeuge unterschiedlicher Hersteller, die man an diesem Tage testfahren kann. Instruktoressen weisen die interessierten Gäste ein und begleiten sie auf ihrer Fahrt. Den Besuchern stehen vor dem Weltkulturerbe der Würzburger Residenz ca. 20 Fahrzeuge zur Verfügung, darunter der Tesla, verschiedene Modelle des City-Pro (Personenwagen, Kleintransporter), Mercedes B-Klasse F-Cell, eFiat 500, der Ford K (eKat) oder auch ein Tazzari. Verschiedene E-Zweiräder sind ebenso vorhanden, wie Off-Road-Segways zum Testfahren oder E-Skateboards für Kinder. Zu besichtigen ist auch die WM-Sieger-Maschine: Nach dem Gewinn des Konstrukteurstitels bei der FIM e-Power International Championship gewann Matthias Himmelmann auf der Münch T.T.E. 1.2 bei der

zweiten internationalen e-Power Rennserie am 25. Oktober 2010 in Alacete/Spanien die Fahrerweltmeisterschaft. Das gesamte Racing-Team der e-Power Doppelweltmeister wird da sein und den Besuchern Rede und Antwort stehen.

Beginn des Fachkongresses am 15. November ist um 10.30 Uhr mit der Begrüßung der Gäste durch die Veranstalter. Anschließend wird H.J. Michael Herbst, Vorstandsmitglied für Verkehr, Technik und Umwelt des ADAC Nordbayern e.V. über „Das Elektroauto - Wünsche, Fakten, Meinungen“ berichten. „Auf dem Weg zu nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität“ lautet im Anschluss der Vortrag von Matthias Wolfsteiner, Strategic Energy Projects & Market Development GR/AFP, Daimler AG, Stuttgart, ehe Bürgermeister Bruno Altrichter aus Bad Neustadt a. d. Saale über die „Modellstadt für Elektromobilität - Chancen für den ländlichen Raum“ informieren wird.

Nach einer Mittagspause referiert Thomas Bone, Vorsitzender der Geschäftsführung der a+f GmbH, über „Speichertechnologie by a+f“. Philipp Neckermann, stellvertretender Geschäftsführer JC Neckermann, beschäftigt sich wiederum mit den „notwendigen Voraussetzungen für eine diskriminierungsfreie Ladesäulen-Infrastruktur“. „Batterien für die Elektromobilität - Herausforderungen für die Materialforschung“ lautet das Vortragsthema von Dr. Kai-C. Möller, Competence Manager Electrochemical Energy Storage and Conversion, Fraunhofer Institut für Silicatforschung.

In einem Forumgespräch „Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Elektromobi-

lität“ werden Dr. Otto Hünnerkopf, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses des Bayerischen Landtags, Dr. Kai-C. Möller, Matthias Wolfsteiner und Landrat Thomas Habermann, Vorstand M-E-NES (Bad Neustadt), sowie Thomas Bone, Vorsitzender der Geschäftsführung der a+f GmbH ihre Argumente austauschen. Moderiert wird die Runde von Dr. Pia Beckmann, Head of Business Development Energy & Smart Solutions (J.C. Neckermann).

Vordenker-Preis

Ein Highlight wird die Verleihung des Vordenker-Preises zum Abschluss der Veranstaltung sein. Den Vordenker der bayerischen Elektromobilitätstage zeichnet Folgendes aus: Er ist ein Mensch mit Visionen, der uns durch sein Leben und Tun zeigt, was alles möglich sein kann. Ein Mensch mit großer Innovationskraft, die er dazu einsetzt, Mobilität immer

umweltfreundlicher zu gestalten. Ein Mensch mit Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Ein Mensch der weiter denkt als andere und danach handelt. Ein Mensch, der etwas wagt und so Ideen und Lösungen gewinnt, die allen weiterhelfen und der Elektromobilität Voranschub leisten. Der Preisträger 2010 ist ein wahrer Automobil-Visionär. Er kommt eigens aus dem Ausland in den Norden Bayerns und wird die Auszeichnung in Würzburg persönlich entgegen nehmen.

Im Rahmen der Ersten Bayerischen E-Mobilitätstage wird aber auch an die künftige Generation von Auto- und Zweiradfahrern gedacht. In einem Kreativ- und Ideenwettbewerb haben Schüler die Möglichkeit, ihr Zukunftsmobil zu entwerfen und zu beschreiben. Die Arbeiten werden auf dem Kongress am 15. November präsentiert und die besten Ideen werden mit attraktiven Preisen belohnt. **DK**

Kommunalwahlrecht soll zeitnah werden

CSU und FDP erteilen dem Innenminister Gesetzesauftrag für die seit einem Jahr diskutierte „Weiterentwicklung des Kommunalwahlrechts“ haben sich die Koalitionspartner im Landtag auf zehn Punkte geeinigt, die in Form eines CSU/FDP-Dringlichkeitsantrags jetzt vom Plenum verabschiedet und dem Innenministerium zur Ausarbeitung eines Kabinettsentwurfs übergeben wurde.

„Zeitnah“ sollen unter anderem die Briefwahl vereinfacht, die Altersgrenze für die Wählbarkeit des Ersten Bürgermeisters von 21 auf 18 Jahre gesenkt und die Höchstaltersgrenze am Tag des Beginns der Amtszeit des hauptamtlichen Bürgermeisters ab der Kommunalwahl 2020 von 65 auf 67 Jahre erhöht werden.

Innenminister Joachim Herrmann will einen entsprechenden Kabinettsbeschluss noch heuer herbeiführen, so dass dann vor der Landtagsberatung mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt werden kann. Die Koalitionsfraktionen sahen sich zu ihrem Dringlichkeitsantrag genötigt, weil Grüne und Freie Wähler ihrerseits entsprechende Anträge einbrachten, in denen sie ihre Vorstellungen für die Modernisierung des Kommunalwahlrechts in sieben bzw. neun Punkten zusammenfassten.

Höchstaltersgrenze

Für die FDP bestätigte Landtagspräsident Jörg Rohde, man habe lange mit der CSU gerungen und sich dann auf Kompromisse geeinigt, soweit nicht ohnehin Einigkeit bestand. Bei der Höchstaltersgrenze zum Beispiel wollte die FDP eine völlige Freigabe. Bei der Stimmenauszählung war die FDP für ein möglichst volksnahes System. Sie soll vom unvorteilhaften d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf eine Methode nach Saint-Laguë/Schepers umgestellt werden. Christian Meißner (CSU) bestätigte, dass es Unterschiede gab, die teilweise in einer nicht für beide Seiten voll befriedigenden Form ausgeglichen werden konnten.

Insbesondere verlangen die Koalitionspartner, die Briefwahl ohne besondere Gründe zuzulassen, für das passive Wahlrecht auf einen Schwerpunkt der Lebensbeziehungen, also Wohn- oder Arbeitsort, zu verzichten, aber sicherzustellen, dass ein Bewerber sich bei jeder Wahl nur an einem Ort zur Wahl stellen kann.

Mindestaufenthaltsdauer

Die Altersgrenze für die Wählbarkeit von Ersten Bürgermeistern und Landräten wird von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Alle Mandatsträger können ohne Nachweis eines wichtigen Grundes zurücktreten. Die Mindestaufenthaltsdauer im Wahlkreis zur Er-

langung des aktiven Wahlrechts wird von drei auf zwei Monate verkürzt.

Die Oppositionsanträge stimmten nur teilweise mit der Koalitionsantragsvorlage überein. Joachim Hanisch (FW) setzte sich für eine Altersgrenze von 16 Jahren bei der aktiven Wahl ein sowie für die völlige Streichung der Altersobergrenze. Andererseits trat er für eine eindeutige Gebundenheit von Kandidaten an den Ort ein, in dem sie sich bewerben. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) äußerte sich zum Koalitionsantrag hinsichtlich der Briefwahl-Erleichterung, der Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer und der Herabsetzung des Wahlalters positiv. Aber das passive Wahlrecht werde von CSU und FDP der Beliebigkeit preisgegeben. Christine Kamm (Grüne) berief sich auf ihren Fraktionsantrag, der in den meisten Punkten bürgerfreundlicher sei. Umstritten blieb auch, ob das neue Wahlrecht nicht schon zur Wahl 2014 in Kraft treten könne und solle.

Die drei Oppositionsanträge wurden abgelehnt, wobei SPD, Freie Wähler und Grüne auch nicht für die Vorschläge der jeweils anderen Fraktion stimmten. Der Koalitionsantrag bekam bei einer Enthaltung aus der FDP die Mehrheit. **rm**

Vorerst keine Spielhallen-Abgabe

Gesetzliche Regelung scheitert an den Bedenken der FDP

Die Forderung der bayerischen Kommunen und ihrer Spitzenverbände einerseits die ungehinderte Zunahme der Spielhallen zu bremsen und andererseits finanziell am Umsatz beteiligt zu sein, wird in absehbarer Zeit nicht erfüllt. Gesetzentwürfe von SPD und Grünen zur entsprechenden Änderung des Kommunalabgabengesetzes blieben im Kommunalausschuss des Landtags auf der Strecke. Während die CSU sich intern für diese Abgabe eingesetzt hatte, vornehmlich um Jugendliche vom Glücksspiel abzuhalten, blieb die FDP beim Nein, so dass es mit Rücksicht auf die Koalition zur Ablehnung kam.

Die Opposition trat ebenfalls nicht nur wegen der finanziellen Aspekte für die Abgabe ein, sondern verwies in erster Linie darauf, dass mit der seit Jahren steigenden Zahl von Spielhallen auch die Zahl der Spieler gerade im jugendlichen Alter gestiegen sei. Dieser Trend werde sich fortsetzen. Den Städten und Gemeinden, die gegen das ungehinderte Wachstum von Spielhallen aus baurechtlichen Gründen machtlos sind, fehle es an rechtlichen Grundlagen, Bau und Besuch dieser Geldautomatenhäu-

Die Verantwortung der Verwaltungsräte

Koalition und Opposition streiten im Landtag um Schadensersatzklagen gegen namhafte CSU-Politiker wegen Verlusten der BayernLB

Nach der Entscheidung von Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB, nur die Vorstandsmitglieder zu verklagen, die für den Kauf der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) sowie für Fehlspekulationen auf dem US-Hypothekenmarkt (ABS-Papiere) und den daraus entstandenen Milliardenverlust verantwortlich sind, hat die Opposition im Landtag ihre Forderung verschärft, auch die in den Jahren 2007 und 2008 amtierenden Verwaltungsräte aus Staatsregierung und Sparkassenverband straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Die Koalition lehnt das ab und verweist auf die fünf widersprüchlichen Rechtsgutachten. Die vom Landtag für den Untersuchungsausschuss eingeholte Expertise sieht auch Verwaltungsräte in der Haftung, sofern sie grob fahrlässig gehandelt haben.

Gemeinsam reichten SPD, Grüne und Freie Wähler zur Plenarsitzung einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen der BayernLB alles zu tun, um Klagen fristgerecht vor dem Verjährungszeitpunkt 31.12.2010 einreichen zu können. Dies unter Berufung auf die vom Landtag eingeschaltete Anwaltskanzlei Flick, Gocke und Schaumburg auch im Falle von Verwaltungsräten. Das sind aus der CSU-Staatsregierung der seinerzeitige Innenminister Dr. Günther Beckstein, sein Staatssekretär Georg Schmid (jetzt Fraktionsvorsitzender), die ehemaligen Finanzminister Prof. Kurt Falthaus und Erwin Huber sowie Ex-Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner. Der gegenwärtige Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) wurde aufgefordert, die Verjährungsfrist nicht verstreichen zu lassen, weil er sich sonst mitschuldig mache.

Dringlichkeitsantrag

CSU und FDP setzten einen eigenen Dringlichkeitsantrag dagegen, in dem die Entscheidung von Verwaltungsrat und Landesbankvorstand begrüßt wird. Man erwarte eine zügige aber auch sorgfältige und umfassende Prüfung aller Gutachten und der Rechtslage einschließlich der Verjährungsfrage. Vorverurteilungen und Verunglimpfungen seien zurückzuweisen.

Da könne man nicht herumläutern, meinte Harald Güller (SPD), der stellvertretende Vorsitzende im HGAA-Untersuchungsausschuss. Wenn der amtierende Finanzminister Fahrenschon auch versichere, er werde rasch entscheiden, dürfe das nicht heißen, von Klagen auch gegen Verwal-

tungsräte Abstand zu nehmen, sofern diese nicht von sich aus auf die Einrede der Verjährung verzichteten. Es gelte, den Schaden für die Steuerzahler möglichst gering zu halten. Im Feuer stehen demnach derzeit etwa 3,75 Mrd. Euro, von denen 1,625 Mrd. Euro für den HGAA-Kaufpreis vom Freistaat zu zahlen waren. Die gleiche Summe ging zu Lasten des Sparkassenverbandes, der seinerzeit 50% der BayernLB besaß. Weitere Millionenverluste errechnen sich aus Verlustgeschäften wie denen mit den ABS-Papieren.

Bernhard Pohl (FW) sah die Glaubwürdigkeit der CSU aufs Spiel gesetzt. Werde jetzt nicht gehandelt, würde Rechtsverweigerung zu Lasten der Steuerzahler begangen.

Politische Mitverantwortung

Günther Beckstein räumte eine politische Mitverantwortung ein, die ihn belaste. Nachträglich sei der Kauf der HGAA ein teurer Fehler gewesen. Damals jedoch habe er seine Aufgabe als Verwaltungsrat erfüllt, auch wenn er oft an den Sitzungen nicht teilnehmen konnte.

Sein einstiger Staatssekretär Georg Schmid bekannte, der „Deal“ mit der HGAA habe sich „im Nachhinein als Fehlentscheidung erwiesen“. Aus damaliger Sicht sei er in Ordnung gewesen. Er habe die Kaufunterlagen von Fachbeamten seines Hauses prüfen lassen, die alles in Ordnung fanden. Er distanzierte sich indes von dem damaligen Bankchef Dr. Werner Schmidt, dem er vertraut habe. Für Verzicht auf die Verjährungseinrede sah Schmid keinen Grund. So auch Beckstein. Ex-Staatssekretär Hans Spitzner war als Zeuge gleichfalls der Meinung, man habe nicht hinter jedem Punkt den Verdacht haben können, da liege ein fauler Hund begraben. Allerdings habe er gewusst, dass die HGAA „schon einige Projekte in den Sand gesetzt“ hatte. Er habe seinem Minister Erwin Huber deswegen auch bedeutet, „Erwin, pass auf, das ist eine heiße Kiste.“ **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Kuhn
97852 Schollbrunn
am 15.11.

Bürgermeister Heinz Burges
95369 Untersteinach
am 17.11.

Bürgermeister Matthias Maier
84558 Tyrlaching
am 21.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Wiester
85462 Eitting
am 11.11.

Bürgermeister Hans Kummert
92256 Hahnbach
am 12.11.

Bürgermeister Josef Neun
94140 Ering
am 13.11.

Bürgermeister Robert Ruttmann
86684 Holzheim
am 15.11.

Bürgermeister Franz Stellingner
86845 Großaitingen
am 17.11.

Bürgermeister Max Meindl
94239 Gotteszell
am 19.11.

Bürgermeister Engelbert Schädler
88167 Röthenbach i. Allgäu
am 20.11.

Bürgermeister Eugen Gegenfurtner
94505 Bernried
am 21.11.

Bürgermeister Siegfried Decker
95339 Neuenmarkt
am 21.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Popp
85391 Allershausen
am 9.11.

Bürgermeister Günther Hübner
95499 Harsdorf
am 16.11.

Bürgermeister Korbinian Steigenberger
82407 Wielenbach
am 16.11.

Bürgermeister Michael Schaller
94269 Rinchnach
am 18.11.

Bürgermeister Ludwig Aulbach
97901 Altenbuch
am 19.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Stahl
95643 Tirschenreuth
am 12.11.

Bürgermeister Gerald Brehm
91315 Höchststadt a. d. Aisch
am 15.11.

Bürgermeister Matthias Liebst
97640 Oberstreu
am 15.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wirtschaft und Kommunen:

Partner im Wettbewerb

Kongress der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
in München zur Stadt der Zukunft

Beim vbw Kongress „Die Stadt der Zukunft – Wirtschaft und Kommunen: Partner im Wettbewerb“ in München diskutierten Vertreter aus Unternehmen und Kommunen Ansatzpunkte für mehr Wachstum und Lebensqualität in bayerischen Städten und Gemeinden. Dabei wies vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt darauf hin, „dass es in den Kommunen erhebliche Reserven und Potenziale gibt, um öffentliche Leistungen kundentreue und effizient zu erbringen“. Diese ließen sich durch transparentere Strukturen und mehr Liberalisierung in der Daseinsvorsorge erschließen.

2009 hatte die vbw „Die Stadt der Zukunft“ am Beispiel von sechs Städten beleuchtet und Kriterien entwickelt, anhand derer sich eine Musterstadt der Zukunft orientieren sollte. In dieser Studie wurden Brossardt zufolge

Managementsysteme, die in vielen Einheiten anfallende Aufgaben effizient bündeln sowie Gebührenerrechner im Internet, mit denen die Bürger für ihre konkreten Situation die entsprechenden Kosten ermitteln und am besten

Tätigkeiten konzentrieren, die zu ihrem Kerngeschäft gehören. Andere Aufgaben könnten sie an Fachleute privatwirtschaftlicher Firmen übergeben oder auch in Kooperation mit ihnen übernehmen. Ziel und Motivation bei der Prüfung, wer welche Aufgaben übernehmen kann, müsse die Frage sein, wie die notwendigen Dienstleistungen für Wirtschaft und Bürger sicher, gut und günstig erbracht werden können. Dazu sollten Kommunen auch die Angebote der Privatwirtschaft vor Ort stärker berücksichtigen.

Fehlendes Berichtssystem

Hinterlegt wurden die Positionen der vbw durch einen Vortrag von Dr. Karl Lichtblau, Sprecher der Geschäftsführung der IW Consult GmbH. Dr. Lichtblau zeigte Ansätze auf, über die Kommunen mehr Effizienz und Transparenz erreichen können. Zudem entwickelte er Vorgehensweisen, um Bereiche herauszuarbeiten, in denen Kommunen die Beauftragung oder Abgabe von Leistungen an den Markt prüfen sollten. Nach seiner Expertise handelt es sich bei ca. drei Viertel aller kommunalen Tätigkeiten - in Kernverwaltung und Kommunalunternehmen - um wirtschaftliche Tätigkeiten, bei denen sich diese Prüfung lohnt.

Lichtblau zufolge fehlt den Städten ein Berichtssystem – „Konzernbilanz Stadt“. Städte benötigten moderne Verwaltungen und effiziente Strukturen, weshalb permanentes Benchmarking vonnöten sei. Wirtschaftsfreundlichkeit sei ein zentrales Element nachhaltiger Ausrichtung. Städte, so Lichtblaus Empfehlung, sollten nur dort wirtschaftlich tätig werden, wo sie die Aufgaben nachhaltig besser erledigen können.

Leistungsprinzip

Aus Sicht von Innenminister Joachim Herrmann ist das Leistungsangebot der Kommunen speziell auf dem Feld der Daseinsvorsorge hoch zu werten. Der Freistaat stelle hier einen überzeugenden Rechtsrahmen zur Verfügung. Ortsnähe und das Wissen um die lokalen Belange lieferten auch in Zeiten der Finanzkrise überzeugende Konzepte. Herrmann: „In der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die große Bedeutung unserer bayerischen Kommunen – nicht zuletzt als sicherer Arbeitgeber für Beschäftigte in kommunalen Unternehmen oder als verlässlicher Partner für private Unternehmen – besonders deutlich.“ Soweit sich die Gemeinden auf dem Feld der Daseinsvorsorge bewegen, müsse es ihnen unbenommen bleiben, die Versorgung der Bürger in die eigene Hand zu nehmen.

Gemeinwohlerwägungen

Herrmann nannte „eine Reihe gewichtiger Gründe“, die für eine maßgebliche kommunale Beteiligung am Leistungsangebot sprechen – an vorderster Stelle die Gemeinwohlerwägungen. Nicht Gewinnerzielung, sondern ein dem übergeordneter öffentlicher Zweck präge die Unternehmen der öffentlichen Hand. Dies schließe mit ein, dass sie sich auch einem Qualitätswettbewerb stellen. Darüber hinaus seien Unternehmen ein bedeutendes Steuerungsinstrument für die Kommunen, um Infrastruktur zu sichern und attraktive Standortbedingungen zu schaffen. Nicht zuletzt sichere der kommunale Ein-



Innenminister Joachim Herrmann, vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt und Erlangens OB Dr. Siegfried Balleis (v. l.). □

drei zentrale Zukunftsaufgaben identifiziert, die die Städte zu bewältigen haben, wenn sie als moderne Dienstleister für Unternehmen und Bürger auftreten wollen. Sie benötigten mehr Transparenz, mehr Effizienz und mehr Nachhaltigkeit.

Gesamtüberblick

Empfohlen werde vor diesem Hintergrund eine „Konzernbilanz Stadt“, die einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Tätigkeit einer Stadt schafft, indem sie möglichst vollständige, aktuelle und übersichtliche Daten wie Mitarbeiterzahlen, Vermögen, Umsatz, Gewinne, Verluste und Kostenstrukturen abbildet, so Brossardt. Diese Bilanz sollte vor allem einen Überblick über die finanziellen Verflechtungen der einzelnen Organisationseinheiten geben.

Erst transparente und vergleichbare Leistungskennziffern böten die Möglichkeit zu interkommunalen Leistungsvergleichen, einem systematischen Benchmarking sowie dem Heben von Effizienzpotenzialen. Hierzu empfehle die vbw u. a. zentrale

auch Vergleichskosten aus anderen Kommunen abrufen könnten.

Mit Blick auf die dritte Zukunftsaufgabe Nachhaltigkeit erklärte der Hauptgeschäftsführer, moderne Städte müssten nachhaltig wirtschaften, um als Standort dauerhaft attraktiv zu sein. Nur so blieben sie finanziell und politisch stark genug, um ihre kommunalen Aufgaben dauerhaft und solide erfüllen zu können. Dazu gehöre in erster Linie ein starkes, lebendiges Unternehmertum vor Ort.

Städte und Gemeinden müssten sich mehr denn je als moderne Dienstleister für Bürger und Wirtschaft erweisen, bemerkte Brossardt. Um lokale Standortqualitäten zu fördern und im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, müssten sich öffentliche und privatwirtschaftliche Anbieter von kommunalen Dienstleistungen als Partner verstehen.

Der vbw-Hauptgeschäftsführer forderte die Kommunen auf, nur dort tätig zu werden, wo sie der Überzeugung sind, Aufgaben besser erledigen zu können als private Unternehmen. Städte und Gemeinden sollten sich auf



Innovationspreis der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Traditionell zeichnen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf ihrem Wirtschaftstag in Rosenheim „Bayerns Mittelstandsbetrieb des Jahres“ aus. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis ging dieses Jahr an die Leeb Mechanik GmbH aus dem niederbayerischen Oberpöding. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ist von der Entwicklung der Leeb Mechanik GmbH beeindruckt: „Das mittelständische Familienunternehmen beweist, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind.“ Stephan Götzl (l.), und Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (r.), gratulierten der Geschäftsleitung der Leeb Mechanik GmbH zum Innovationspreis der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken: Siegfried Horsch (2. v. l.), Johann Huber (3. v. l.), Judith Ehmann-Leeb sowie Geschäftsführer Theodor Leeb (2. v. r.). □

GZ

Kolumne
Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

schon im Mittelalter gab es das Bestreben, die Identität adliger Personen möglichst zweifelsfrei und schnell über Wappen, Orden oder Zunftzeichen festzustellen. Mit der Einführung des Adelsregisters in Bayern im Jahre 1808 hat man diese Linie fortgesetzt und erst im Jahre 1938 kam dann die sogenannte Kennkarte für alle Deutschen ab dem 15. Lebensjahr als Pflichtausweis, der stets mitzuführen war. Zwischendurch gab es noch den Ausweis in Buchform und ab 1. April 1987 folgte die kunststofflaminierte Karte mit Papierinlett, die 2001 noch mit einem Identi-



stalten und lauffähig zu bekommen. Die Bürger zahlen mehr als das Dreifache, um künftig verreisen zu können, die Antragsdauer wird wegen persönlicher Vorsprachen deutlich zunehmen. Der elektronische Ausweis bringt auch die AKDB an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Mehr als tausend Mitarbeiter der Einwohnermeldeämter mussten geschult und aufwendige Installationsarbeiten geleistet werden. Die Datenschützer melden schon im Vorfeld Bedenken an und

verweisen auf gravierende Sicherheitslücken.

Mit der massiven Zunahme des Internet-Booms und der zentralen Datenbestände ist die Bedrohung von IT-Einrichtungen rapide gestiegen. So wurden in Deutschland im Jahre 2004 beispielsweise rund 3.000 Sicherheitsvorfälle gemeldet, die meisten davon werden erst gar nicht oder zu spät erkannt. Datendiebstahl ist heute keine Seltenheit mehr. Viren, Trojaner & Co. sind kaum noch zu beherrschen. Nicht zuletzt testen Hacker und Studenten die Systemgrenzen aus oder rächen sich Mitarbeiter am Arbeitgeber bei Kündigung bzw. Arbeitsplatzverlust. Wer garantiert dafür, dass die Home-PCs mit Firewalls ausgestattet sind, die unberechtigte Zugriffe verhindern?

Wieder einmal werden wir feststellen müssen, dass die DSL-Zugänge für Gemeinden und Privatleute für diese Technik nach mittlerweile fünf Jahren Breitbandinitiative immer noch unzureichend sind. Wir sollten darüber nachdenken, ob die volle Kostenverlagerung auf die Kommunen noch gerechtfertigt ist und müssen nicht das erste Mal die Musik bezahlen, die andere bestellt haben. Legitim wäre auch, eine längst überfällige Anpassung der Pro-Kopf-Pauschalen gemäß Art. 7 FAG bei den anstehenden Verhandlungen einzufordern. Auf jeden Fall besteht Veranlassung, die weitere Entwicklung kritisch zu beobachten und abzuwarten, wie sich der Ausweis in der Praxis bewähren wird. Jesus jedenfalls hatte keinen Personalausweis, er wurde trotzdem sehr verehrt!

Ihr Heinrich Lenz

Pro und Contra: Der neue Personalausweis

gram (Sicherheitsmerkmal zur Vermeidung von Fälschungen) versehen wurde.

Soweit zur Geschichte des Personalausweises in Kurzform. Ab November 2010 soll mit dem „elektronischen Personalausweis“ im Scheckkartenformat wieder ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Er wird die Sicherheit und den Komfort bei E-Business- / E-Governmentgeschäften deutlich erhöhen und Bürokratiekosten wegen der vielseitigen Verwendbarkeit reduzieren. Mit Biometriefunktion (digitales Foto und Fingerabdruck), digitaler Signatur, Berechtigungszertifikat und Internetzugang können online Einkäufe, Bankgeschäfte und Behördengänge abgewickelt oder Tickets gekauft werden. Zudem gilt er als ein sicheres Dokument auf Reisen sowie bei Personenkontrollen.

Gegen all diese Neuerungen und Vorzüge gibt es nichts einzuwenden. Frau „Erika Mustermann“ zeigt sich aber nicht nur von der Schokoladenseite, sie treibt auch vielen Rathauschefs Sorgenfalten auf die Stirn. Nicht wenige Gemeinden in Bayern müssen horrenden Summen aufbringen, um die neue Software kompatibel zu ge-

fluss die demokratische Mitsprache der Bürger bei den wichtigen Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.

Bedachte Privatisierungen

„Es hat sich gezeigt, dass der für eine Privatisierung früher oftmals pauschal hervorgebrachte Satz ‚Private können es besser und billiger‘ nicht trägt“, fuhr der Kommunalminister fort. Ein maßvoller und bedachter Ansatz der bestehenden Privatisierungsmöglichkeiten könne zwar durchaus Vorteile wie größere unternehmerische Freiräume oder Nutzung von privatem Know-how bringen; es müsse dabei aber immer darauf geachtet werden, „optimale Lösungen zu finden und für die Bürger auf lange Sicht günstige Preise zu gewährleisten.“

Denke man an die Stadt der Zu-

kunft, so müsse auch darauf verwiesen werden, dass im Zuge der demografischen Entwicklung auf allen Gebieten mit deutlichen Umbrüchen zu rechnen sei, betonte Herrmann. Bei den Konzepten für die Zukunft gelte es, die Funktionsfähigkeit der Siedlungsstruktur und die langfristige Auslastung und Aufrechterhaltung wohnortnaher Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge zu sichern. Dabei sei auch der interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit wesentliche Bedeutung beizumessen.

In einer engagierten Podiumsdiskussion erläuterten Andreas Eisele, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen - Landesverband Bayern e. V., und Otto Heinz, Präsident des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., die Lei-

stungsfähigkeit ihrer Branchen auch mit Bezug auf kommunale Anliegen und Entwicklungen und die Beeinträchtigung der privater Unternehmen und Effizienzpotenziale durch den aktuellen Trend zur Rekommunalisierung.

Weitere Optimierung

Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister von Erlangen, stellte hierzu dar, dass die kommunale Seite den in der bayerischen Verfassung gesetzten Rahmen für kommunalwirtschaftliche Tätigkeit nicht ausschöpfen würde. Als wichtige Beiträge zu einer weiteren Optimierung kommunaler Effizienz benannte er die Umstellung auf die doppelte Buchführung, die Einführung einer „Konzernbilanz Stadt“ sowie Möglichkeiten, die sich mit PPP-Projekten bieten. **DK**



Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



Parlamentarischer Abend beim Bayerischen Landkreistag

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl (im Bild), hat die CSU-Landtagsfraktion zu einem Parlamentarischen Abend beim Bayerischen Landkreistag in das Haus der bayerischen Landkreise eingeladen. Themenschwerpunkte waren u. a. die Landkreisfinanzen, die Forderungen an den Finanzausgleich 2011, der Abbau kommunaler Soziallasten und die geplante Halbierung der Städtebauförderung.

In Anwesenheit von fast 40 Parlamentariern, zu denen auch die Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm (im Bild), der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid und die Staatsminister Dr. Beate Merk und Dr. Ludwig Spaenle zählten, skizzierte Dr. Jakob Kreidl die klamme Kassenlage der Landkreise aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen 2009, die zeitversetzt 2011 bei den Bezirken und Landkreisen zu erheblichen Mindereinnahmen führen.

Teilhabe und...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein weiteres zentrales Thema des CSU-Parteitags war das einstimmig verabschiedete „Leitbild 2010plus“. Im Rahmen der Leitbild 2010plus-Dialogreihe hatten Generalsekretär Dobrindt und seine Stellvertreterin Dorothee Bär gemeinsam mit den CSU-Mitgliedern über die Reform der CSU diskutiert. In mehr als 100 Veranstaltungen haben sich die Mitglieder in allen Teilen Bayerns in den Prozess eingebracht und mit ihrem reichen Erfahrungsschatz aus der konkreten und alltäglichen Parteiarbeit das Fundament der Erneuerung gelegt.

Vorpolitischer Raum

Wie die Mitglieder auf den Leitbildveranstaltungen deutlich machten, wollen sie mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen, mehr Mitsprache und mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, mehr Chancen für Frauen und Jugend in der CSU. Auch solle sich die Partei zunehmend für den vorpolitischen Raum öffnen. Diese Vorgaben werden umgesetzt. „Die CSU lebt und gestaltet damit die aktive Bürgergesellschaft“, heißt es in dem Leitanspruch.

Ermöglicht werden sollen mehr Mitgliederbefragungen auf allen Ebenen der Partei zu Sach- und

Personalfragen. Mitgliederbefragungen sollen stattfinden, wenn ein Drittel der nachgeordneten Verbände dies beantragen oder der Vorstand die Durchführung mit absoluter Mehrheit beschließt. In Personalfragen bleiben die Vorgaben des Parteiengesetzes unberührt. Bei einem Beiratsgremium von einem Drittel der Mitglieder ist bei Sachentscheidungen das Mehrheitsergebnis der Befragung für die zu treffende Entscheidung zu berücksichtigen. Die Befragung kann neben der Briefabstimmung zusätzlich auch als Online-Abstimmung angeboten werden.

Geplant ist zudem, offene Bürgerforen einzurichten. „Dazu werden wir auf allen Ebenen unserer Partei mindestens einmal jährlich zu einer Bürgerversammlung oder einer offenen Vorstandssitzung (zum Beispiel: Tagung mit Verbandsvertretern, Runder Tisch mit gesellschaftlichen Gruppen, Dialog mit Kirche oder Vertretern von Sport und Kultur) einladen“, heißt es. Das Bürgerforum soll auch engagierten Nichtparteimitgliedern aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen eine Plattform bieten, ihre Anliegen in die Partei einzubringen. Auch der Parteivorstand wird einmal pro Jahr ein Bürgerforum abhalten und dazu in verschiedenen Regionen Bayerns tagen. **DK**

Vom „Haus der Berge“...

(Fortsetzung von Seite 1)

umgebung zu schaffen. Der Freistaat Bayern wird sich mit 15 Mio. Euro an dem anspruchsvollen Vorhaben beteiligen, 3 Mio. Euro werden aus EU-Fördergeldern fließen und 1 Mio. Euro soll von dritter Seite aufgebracht werden.

Kein glückliches Händchen hat auch die Stadt Bamberg bei der Errichtung ihrer Brückenbauwerke. Bei dem Neubau der Kettenbrücke ging man im Rahmen des Wettbewerbs noch von einer „mit allen Unschärfen behafteten, sehr groben Kostenschätzung von 6,1 Mio. Euro als Projektkosten“ aus. In der ersten Kostenberechnung Ende des Jahres 2008 wurde die Gesamtmaßnahme einschließlich Behelfsbrücke, Straßenbau, Uferwandsicherung etc. mit rund 12,9 Mio. Euro veranschlagt. Bereinigt und fortgeschrieben stiegen die Kosten für das Brückenbauwerk im Jahr 2009 trotz Einsparungen schon auf 13,4 Mio. Euro.

Kalkulationsirrtum beim Vergabeverfahren

Dass man inzwischen bei gigantischen 14,9 Mio. Euro angelangt ist, ist offenbar auf einen Kalkulationsirrtum des günstigsten Bieters zurückzuführen, aufgrund dessen das ursprüngliche Vergabeverfahren aufgehoben wurde. Da die einzelnen Bietergemeinschaften nun Kenntnis von den Angebotspreisen ihrer Mitbewerber hatten, wurden entsprechende „Anpassungen“ nach oben vorgenommen. Zusätzlich schlugen Mehrkosten zu Buche.

Einen bösen Reifall erlebte der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal (AZV). So hat das dem AZV angegliederte Kommunalunternehmen „Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbands zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal“ (VBA) äußerst riskante finanzielle Transaktionen getätigt. Die VBA nahm Kredite in Höhe von rund 25,6 Mio. Euro auf. Sie investierte davon rund 23 Mio. Euro in einen eigens von einem beauftragten Bankinstitut aufgelegten „VBA-Cofonds“. Man wollte gleichsam mit gepumptem Geld Gewinne machen. Da dieser Fonds nicht die erhoffte Rendite brachte, wurden Fondsanteile von rund 5 Mio. Euro verkauft, um diesen Betrag wiederum in hochspekulativen Wertpapieren anzulegen. Zusammen mit anderen äußerst risikoreichen Finanzderivatgeschäften wurden dabei über einen Zeitraum von rund zehn Jahren ca. 7 Mio. Euro verzockt und in den Sand gesetzt.

Als der Vorgang bekannt wurde, war es das Landratsamt Regensburg als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, das auf die

„tickenden Zeitbomben“ umgehend reagiert und mit der Beauftragung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands eine lückenlose Aufklärung des gesamten skandalösen Finanzgebarens eingeleitet und schließlich auch erreicht hat. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband stellte unter anderem fest, dass „das Modell einer kreditfinanzierten Fondsanlage von Anfang an wirtschaftlich fragwürdig“ und „der Ankauf von spekulativen Wertpapieren kommunalrechtlich unzulässig war“. Darüber hinaus wurden Informations- und Kontrollpflichten gröblich vernachlässigt.

Und arbeitet das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für

den Wald oder für die Katz? Letzteres scheint offenbar der Fall zu sein. So hat Ministerialdirigent W., Leiter der Forstverwaltung im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 2005 offenbar ohne Kenntnis seines damaligen Staatsministers die Projektgruppe „Waldumbau – Klimawandel“ einberufen. Diese hatte den Auftrag, für das Ministerium Lösungsvorschläge und Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten, „wie der dringend erforderliche Waldumbau beschleunigt werden kann“. Dabei wurde auch ein externes privates Marketingunternehmen eingeschaltet. Dieses wurde beauftragt, die Projektgruppenarbeit zu begleiten und zu moderieren.

Als Ergebnis der Projektarbeit wurde ein Abschlussbericht verfasst, der u. a. „die Schaffung ei-

nes medialen Humus“ vorschlägt zur Schaffung eines „neuen Typus des Jägers“ - gegen die „verfilzte Struktur der Jagd - die uneinsichtigen Jäger“. Nach alledem wertete auch der heutige Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die im Abschlussbericht der Projektgruppe getroffenen Aussagen als „völlig überzogen“. Er hat daher das Papier sofort - nachdem er davon Kenntnis erlangt hat offiziell für gegenstandslos erklärt.

Externe Beratung

Finanzielle Bedeutung erlangte der Bericht jedoch für die Steuerzahler, denn diese hatten ihn zu bezahlen. Wie die Nachfragen des Bundes der Steuerzahler ergaben, kostete die externe Beratung immerhin 24.000 Euro. **DK**

Individuelle Förderung...

(Fortsetzung von Seite 1)

Schüler, die eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen hätten, die Realschule als weiterführende Schule wählten – Tendenz steigend. Die höchsten Zuwachsraten verzeichnete freilich die FOS 13. Schon heute würden 42 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen gar nicht am Gymnasium erworben, sondern über die berufliche Bildung – vor allem an FOS, FOS 13 und BOS. Bildung, so Spaenle, müsse immer beim Einzelnen ansetzen. Hierin liege die eigentliche Begründung für die strategische Formel bayerischer Bildungspolitik. Sie laute: Individuelle Förderung statt Einheitsschule! „Darum arbeiten wir daran, die individuelle Durchlässigkeit unseres differenzierten Schulwesens weiter zu verbessern.“

Monitoring

Mit organisatorischen Regelungen fördert das Kultusministerium die Schulen bei der individuellen Förderung der jungen Menschen. Die Umsetzung relevanter bildungspolitischer Entscheidungen werde künftig begleitend überprüft und gesteuert – Stichwort Monitoring. „Diese Form der Prozesssteuerung werde ich zu einem Grundprinzip für alle wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen erheben“, machte der Minister deutlich. Bei der Einführung der Oberstufe des achtjährigen und des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums habe sich diese Methode und das darauf basierende rasche Handeln ebenso bewährt wie bei der Umsetzung des neuen Übertrittsverfahrens. Zum Beispiel mit Hilfe von 616 jahrgangskombinierten Klassen sowie 61 Mittelschulen und gut 175 Mittelschulverbänden sichere das Kultusministerium für möglichst viele jungen Men-

schen wohnortnah ein qualitativ hochwertiges Schulangebot, nämlich an Grund- sowie Haupt- und Mittelschulen. Rund 60 Prozent aller Hauptschulen hätten sich zum Schuljahr 2010/2011 allein oder im Schulverbund zu Mittelschulen weiterentwickelt.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund zu begleiten, bezeichnete Spaenle als besondere Aufgabe. Hier habe man den Versuch unternommen, die Eltern entsprechend mit einzubinden. Auch machte der Minister deutlich, „dass wir den Anliegen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in unserem Schulwesen gerecht werden müssen“. Bayern setze die UN-Behindertenrechtskonvention um. Stärker als bisher sollen dabei die Eltern die Entscheidung tragen, ob ihre Kinder eine Regelschule oder eine Förderschule besuchen. „Unser Ziel ist die Inklusion durch Kooperation, bei der wir die jungen Menschen mit besonderen Angeboten wie den Mobilen Sonderpädagogischen Diensten begleiten“, konkretisierte der Minister. Fakt sei, „dass die Zahl der Schüler mit Förderbedarf künftig nicht absinken wird im Gegensatz zu den Schülerzahlen in den Grundschulen“. Dieser Entwicklung müsse Rechnung getragen werden.

Die Vorlage und einstimmige Verabschiedung eines KPV-Thesepapiers zum Thema „Regionale Planungsverbände“ bildete einen weiteren Schwerpunkt der Münchner Sitzung. Eine Projektgruppe, bestehend aus KPV-Präsidenten des städtischen und ländlichen Raums, kam nach mehrmaligen Beratungen zu dem Ergebnis, dass die kommunale getragenen RPV auch weiterhin nötig sind und insbesondere nicht durch staatliche Ebenen ersetzt werden können. Die Zahl der RPV sollte jedoch überprüft und

ggf. verringert und ihr jeweiliges Zuständigkeitsgebiet entsprechend der Verflechtungsbeziehungen zugeschnitten werden.

Auch sollten die Gebietsgrenzen nach Auffassung der KPV fließend organisiert sein. Im Zuständigkeitsbereich liegende Kommunen seien ordentliche Mitglieder der jeweiligen RPV, interessenreiche Kommunen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs könnten außerordentliche Mitglieder werden. Der Zuschnitt der RPV-Gebietsgrenzen erfolge künftig unabhängig von Kreis- oder Regierungsbezirksgrenzen.

Die Landesentwicklung werde auf die absolut notwendigen Regelungen reduziert, im Gegenzug erfahre die Regionalplanung eine größere inhaltliche Kompetenz. Gleichzeitig wird laut Beschluss „die inhaltliche Zuständigkeit der RPV zugunsten der kommunalen Bauleitplanung auf die raumbedeutsamen Vorhaben oder Entwicklungen begrenzt“.

Zielfestlegungen

Landesentwicklungsprogramm und Regionalplanung enthielten künftig keine Grundsätze mehr, sondern nur noch Ziele. Feststehende Gebietskategorien sollen künftig entfallen. Regionen entschieden dann selbst über ihre Siedlungsstruktur im Rahmen ihrer Zielfestlegung. Inhaltlich treffen sie Aussagen zu folgenden Themenfeldern: Siedlungsstruktur/Wohnen, Einzelhandel/Gewerbe/industrielle Entwicklung, Wissenschaft und Forschung, Mobilität/Verkehr, Land- und Forstwirtschaft/Natur und Landschaft, Energieversorgung/Rohstoffe, Freizeit, Erholung und Tourismus, soziale Sicherung/sozialer Wohnraum sowie Wasserwirtschaft. Voraussetzung für alle inhaltlichen Aussagen sei künftig die Raumbedeutsamkeit des betroffenen Vorhabens oder Ziels. **DK**

a+f GmbH
A MEMBER OF THE GILDEMEISTER GROUP

Erste Bayerische E-Mobilitätstage in Würzburg
14. & 15. November 2010

Bayerischer Musikschultag in Aschaffenburg:

Wertevermittlung an Musikschulen

Landrat Martin Bayerstorfer neuer VBSM-Präsident

Beim 33. Bayerischen Musikschultag in Aschaffenburg wurde in verschiedenen Veranstaltungen und Konzerten mit über 200 Kindern und Jugendlichen die wertvolle Bildungsarbeit der Musikschulen präsentiert. Gastgeber der mehrtägigen Veranstaltung waren die Städtische Musikschule Aschaffenburg und der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen.

Nach Begrüßungsworten von Aschaffenburgs Oberbürgermeister Klaus Herzog verwies Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber im Rahmen des Festakts im Aschaffener Schloss darauf, „dass die Musikschulen gemeinsam mit den Kindergärten und Schulen die Garanten für die musikalische Erziehung unserer Kinder sind“. Mit ihrem Beitrag zur Wertebildung leisteten sie wertvolle Arbeit für die Gesellschaft und seien aus der Reihe der pädagogischen Einrichtungen längst nicht mehr wegzudenken.

Musik, so Huber, führe zur Urteilsfähigkeit heran und fördere nach und nach das Bewusstsein für Ästhetik und damit den Aufbau von Wert- und Qualitätsmaßstäben. Wer ein Musikinstrument erlernt, im Chor singt oder im musikalischen Ensemble miteinander musiziert, gewinne an Persönlichkeit und Sozialkompetenz.

Mittlerweile belegten wissenschaftliche Studien wie das „Hofler Modell“, dass Musizieren die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit nachhaltig fördert, fuhr Huber fort: „Musiker trainieren beispielsweise Konzentrationsfähigkeit und Genauigkeit, Durchhaltevermögen und Selbstdisziplin und gewinnen dadurch an Selbstbewusstsein. Und wer zusammen musiziert, ohne auf die Mitspieler einzugehen, Respekt und Achtung vor den anderen zu zeigen und Verantwortung für den Erfolg der Gruppe zu übernehmen, wird nur Dissonanzen ernten – musikalisch und im Zusammenleben. Wie sehen also: Musikalische Bildung und Wertebildung stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang!“

Carl-Orff-Medaille

Mit der Carl-Orff-Medaille wurde im Rahmen des Festakts Professor Reinhart von Gutzeit ausgezeichnet. Damit würdigte der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen das Wirken des Rektors der Universität Mozarteum (Salzburg) und Ehrenvorsitzenden des Verbandes deutscher Musikschulen vor allem um die Kinder- und Jugendbildung sowie um kreative Ansätze in der musikalischen Ausbildung. Der studierte Schulmusiker und Germanist spielt selbst

Geige und Bratsche und leitet Kammerorchester.

Das Motto des Musikschultags „Wertevermittlung an Musikschulen“ diskutierten Musikpädagogen und Bildungsexperten in einer Podiumsveranstal-



Der neue VBSM-Präsident, Erdings Landrat Martin Bayerstorfer.

Der neue VBSM-Präsident, Erdings Landrat Martin Bayerstorfer, sprach zur Frage „Was ist guter Musikschulunterricht?“. Dabei geriet das Thema angesichts des drohenden kommunalen und staatlichen Sparkurses schnell in den Hintergrund. Dr. Manfred Riederle, Schulreferent beim Bayerischen Städtetag, fand deutliche Worte für die immateriellen Bekenntnisse der Staatspolitiker: hehre Worte, wenige Taten. Der angestrebte staatliche Finanzierungsanteil von 25 Prozent sei nach vielen Jahren noch immer nicht erreicht, so Riederle.

Als „Zentren in der kommunalen Bildungslandschaft“ würden die Musikschulen zwar von allen Seiten gelobt, so der Tenor. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Spardruck der Städte und Gemeinden sehr schnell jene treffen könne, die in den kommunalen Haushalten als „freiwillige Leistungen“ verzeichnet sind. Warum die Musikschulen aus kommunaler Sicht unter diesem Titel geführt werden, beschäftigte viele Teilnehmer des Musikschultags - schließlich werde beständig auf den hohen Wert der Musikschulen innerhalb der Gesellschaft verwiesen.

Einen geschärften Blick darauf gab den Mitgliedern des Musikschulverbands Dr. Dieter Rossmeißl, Vorsitzender des Kulturausschusses beim Bayerischen Städtetag. Grundlage seiner Ausführungen war das von den drei kommunalen Spitzenverbänden -

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund - beschlossene und richtungweisende Papier „Die Musikschule – Leitlinien und Hinweise“. In diesem definieren die Städte und Gemeinden die Musikschule als „Bildungseinrichtung“. Somit sei die öffentliche Musikschule als „bildungspolitisches Muss“ zu begreifen. Eine „freiwillige Leistung“ bedeute keineswegs verzichtbar zu sein, so Rossmeißl. Die Musikschule sei eine wichtige Säule der kulturellen Bildung. Ohne diese wäre das Menschenrecht auf Bildung nicht vollständig: „Bildung ist ohne kulturelle Bildung nicht definierbar.“

Beim Bayerischen Musikschultag dokumentierten vor allem die jungen Musiker selbst den gesellschaftlichen Stellenwert der Musik für Kultur und Alltag. Schüler aus fränkischen Musikschulen gestalteten einen Konzertabend mit Kammermusik. Auf öffentlichen Plätzen wiederum präsentierten sich unter dem Titel „Musik in der Stadt“ die Musikschulen aus Würzburg und Schweinfurt im Jazz- und Bigband-Sound.

Kommunale Leistung

Bei ihrer jährlichen Hauptversammlung im Rahmen des Musikschultags wählten die Mitglieder des Musikschulverbandes den Vorstand neu. Dabei verabschiedeten sie ihren Präsidenten Altlandrat Hanns Dorfner, der nach 18-jähriger Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stand. Die Mitgliederversammlung verlieh ihm den Titel „Ehrenpräsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen“.

Streiflichter aus Dorfners Präsidentschaftszeit zeigen, wie beständig er für das Vertrauen in die kommunale Leistung Musikschule geworben und sich für ihre Zukunftssicherung eingesetzt hat: Die Zusammenarbeit mit der Laienmusik, insbesondere mit der Blasmusik, und Kooperationen mit den allgemein bildenden Schulen waren dem Altlandrat von Anfang an wichtig. In seine Zeit fielen Kooperationsverträge zwischen Musikschulverband und dem Kultus- und Wissenschaftsministerium zur Umsetzung des musikalischen Bildungsauftrages, dem Bayerischen Blasmusikverband, dem Harmonikaverband und der Jeunesse Musicale. Musikschulen und Schulen, auch in der Nachmittags- und Ganztagsbetreuung wie

auch in Kooperation mit den Kindertagesstätten, waren für ihn zentrales Thema. So ist es kein Zufall, dass im Landkreis Passau vor sieben Jahren in Ruhstorf die erste Musikhauptschule entstand, eine Kooperation von Hauptschule und Kreismusikschule.

Die vergangenen 18 Jahre waren Jahre der Neuordnung und der Erschließung neuer Wirkungsfelder. Entstanden sind auch neue Musikschulen und neue Unterrichtsplätze, die Schülerzahl ist von 126.000 auf 137.000 gestiegen und die staatliche Leistung konnte von 7,6 Millionen Euro in 1992 auf 12,6

Millionen Euro (netto) in diesem Jahr angehoben werden - eine Steigerung von 66 Prozent.

Hanns Dorfner habe maßgeblichen Anteil daran, dass der Dialog mit dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und ihren Ministerien, den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Fachverbänden erheblich vertieft worden ist. Mit seinem politischen Werk habe er dem Musikschulverband ein Haus bestellt, in dem sich eine aktive und eng vernetzte Zusammenarbeit mit vielen Partnern in der kommunalen und staatlichen Bildungslandschaft

weiterhin entfalten kann, so die Würdigung.

Nachfolger ist Landrat Martin Bayerstorfer aus dem Landkreis Erding. Seit acht Jahren ist er Landkreischef und in dieser Funktion 1. Vorsitzender der Kreismusikschule Erding e.V. In dieser Zeit hat er sich als überzeugter Befürworter und Förderer der Musikschule erwiesen: „Mit einer flächendeckenden Musikschulversorgung ist unsere Kreismusikschule ein unverzichtbarer Bestandteil der musischen und kulturellen Bildung für alle Landkreisbürger jeden Alters und jeder sozialen Schicht.“ DK

Gesundheitswesen:

Effektivität und Effizienz steigern

Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren in Bad Wörishofen

Ein hervorragendes Forum für Führungskräfte und Entscheider bot einmal mehr die Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren, die heuer in Bad Wörishofen stattfand. Das Programm wartete erneut mit einer Mischung aus Krankenhausmanagement, Gesundheitspolitik und Erfahrungsaustausch auf. Veranstalter waren die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die VKD-Landesgruppe Bayern.

Die aktuelle politische Diskussion beschäftigt sich derzeit intensiv mit dem Spannungsfeld zwischen einer Reform der GKV-Einnahmenseite und weiteren Ausgabenbegrenzungen. Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums und der Bayerischen Staatsregierung nahmen hierzu dezidiert Stellung.

Auch das ebenso komplexe wie brisante Thema „ambulanzstationäre Verzahnung“ wurde in den Mittelpunkt der Tagung gerückt. Neben der Theorie und rechtlichen Grundlagen beleuchteten die Referenten auch positive Beispiele aus der Praxis. Zudem griffen sie elementare Fragen des deutschen Gesundheitssystems wie „Dominieren wirtschaftliche Zwänge zu sehr und bleibt die Ethik in dem von Ökonomie dominierten System auf der Strecke?“ oder „Ist Rationierung unausweichlich?“ auf.

Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml, die sich mit „Aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik aus bayerischer Sicht“ befasste, verwies eingangs auf zwei essentielle Forderungen Bayerns: eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Sicherung einer flächendeckenden ambulanten und stationären Versorgung.

Als „enttäuschend“ bezeichnete sie die Umsetzung der im Sommer von der Bundesregierung beschlossenen gesundheitspolitischen Eckpunkte, die auf den drei Säulen „Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung stabilisieren, Finanzierungsgrundlage stärken und Finanzierung gerecht und unbürokratisch gestalten“, ruhen. Für Bayern seien erhebliche Nachteile zu befürchten: So führe die komplizierte Regelung von Zusatzbeitrag und Sozialausgleich zu deutlich mehr Bürokratie

und zudem gebe es keine Regionalisierung, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart. Auch müsse weiterhin mit einem wesentlichen Abfluss bayerischer Beitragsmittel in andere Regionen gerechnet werden.

Gefragt sei „mehr Prävention und Eigenverantwortung“, fuhr die Staatssekretärin fort. Gesundheit werde nicht billiger, die Vermeidung von Krankheit müsse für jeden Einzelnen größeren Stellenwert erhalten.

Zusammenwirken

Erforderlich sei das Zusammenwirken aller Beteiligten: Staat und Verwaltung, Kommunen, Krankenhäuser sowie niedergelassene Ärzte. Als „planerische Impulse für eine ausgewogene Gesamtstruktur“ nannte die Politikerin die Abstimmung der Versorgungsangebote und die Überwindung kommunaler Egoismen. Darüber hinaus müssten Sektoren verzahnt und Kooperationen zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten geschlossen werden. Der Fokus sei sowohl auf die telemedizinische Versorgung als auch auf die Stärkung des Belegarztes und die ambulante Behandlung im Krankenhaus mit Augenmaß zu richten.

Was die zukunftsfähige Krankenhausfinanzierung angeht, so plädierte Huml dafür, die duale Finanzierung zu belassen, die Krankenhäuser bestmöglich auszustatten, eine gezielte Investitionsförderung vorzunehmen und auf das „Gießkannenprinzip“ zu verzichten.

Die Chancen und Herausforderungen regionaler Netzstrukturen in der (zukünftigen) Gesundheitsversorgung am Beispiel UGOM zeigte Dr. phil. Thomas Bahr vom Unternehmen Gesundheit Ober-

pfalzMitte auf. In der Region Amberg/Sulzbach-Rosenberg kann sich der Patient sein individuelles Team von Ärzten auswählen, das ihn in seiner persönlichen Gesundheitssituation betreut - sein „Gesundheitsteam“.

Hausärzte, Fachärzte und Kliniken arbeiten Hand in Hand im Praxisnetz, um die Netzpatienten rundum besser zu versorgen. Durch diese enge Zusammenarbeit und Kommunikation mit Hilfe moderner Medien stellen UGOM-Ärzte sicher, dass Wartezeiten minimiert, Untersuchungen nicht doppelt durchgeführt und die Behandlungen durch die Ärzte seines Gesundheitsteams aufeinander abgestimmt werden. Wie Bahr darstellte, lautet die Vision: „Wir sind das führende, eigen bestimmte Netzwerk der regionalen medizinischen Vollversorgung für die Oberpfalz.“

Für das Arztnetz UGOM Amberg zog Bahr ein bislang durchweg positives Fazit. So nahmen im Jahr 2007 21,5 % der eingeschriebenen Patienten (2004: 23,9 %) 90 % der Leistungen in Anspruch. Mit einer Konzentration auf relativ wenige Patienten ließen sich Einsparungen erzielen. Das Netz weise über Jahre hinweg einen wirtschaftlichen Erfolg aus. Steigende Teilnehmerzahlen zeigten, dass dies nicht zu Lasten der Qualität der Versorgung geschieht. Freilich, so der Referent, sei dies nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen, nicht ohne Mehraufwand (bei Leistungserbringern und Krankenkasse) und nicht zum Nulltarif (ärztlicher Mehraufwand muss vergütet werden).

Die Erfolgsfaktoren sind, wie Bahr abschließend bemerkte, eindeutig. Eine gemeinsame Wertekultur, das Regionalprinzip (ambulante/stationäre Leistungserbringer), eine stringente Organisationsform (Management), eine einheitliche Netzkommunikation, Behandlungspfade und das Schnittstellenmanagement hätten die bisherigen Schwachstellen im Gesundheitswesen überwunden. DK

Öffentliche Ausstellung und Testfahrten von Elektrofahrzeugen

Sonntag, 14.11.2010, 11 Uhr bis 16 Uhr vor der WÜRZBURGER RESIDENZ

Erster Bayerischer E-Mobilitätskongress mit Verleihung des Vordenkerpreises 2010

Montag 15.11.2010, 10.30 Uhr bis 17 Uhr im VOGEL CONVENTION CENTER WÜRZBURG

Referenten:

H.J. MICHAEL HERBST, Vorstandsmitglied | ADAC Nordbayern e.V.
MATTHIAS WOLFSTEINER, Strategic Energy Projects & Market Development | Daimler AG
BRUNO ALTRICHTER, Erster Bürgermeister der Stadt Bad Neustadt
THOMAS BONE, Vorsitzender der Geschäftsführung | a+f GmbH
PHILIPP NECKERMANN, Stv. Geschäftsführer | J.C. Neckermann GmbH & Co. KG
DR. KAI-C. MÖLLER, Competence Manager Electrochemical Energy Storage and Conversation | Fraunhofer Institut
LANDRAT THOMAS HABERMANN, Vorstand M-E-NES
DR. OTTO HÜNNERKOPF, Stv. Vorsitzender Umweltausschuss des Bayerischen Landtags

Anmeldung unter:

info@jneckermann.de
Telefon: 09326 979 950 - Fax: 09326 979 95 18
J.C. Neckermann GmbH & Co. KG

Kongressgebühr: 95 € inkl. MwSt. (mit Mittagessen, Tischgetränk, Ausstellungsbesuch).



Schirmherr
Dr. Markus Söder
Bayerischer
Staatsminister
für Umwelt und
Gesundheit



Veranstalter
Philipp
Neckermann
J.C. Neckermann
GmbH & Co.KG



Veranstalter
Thomas Bone
a+f GmbH

„Betongold als Sparschwein der Krise“

LBS rät: Tiefstände bei Kreditzinsen und günstige Bau- und Kaufpreise nutzen

Regensburg. (osr) „Bausparen ist der Inbegriff von Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit – das schätzen die Bürger gerade nach der allgemeinen Verunsicherung durch die Finanzkrise.“ Da steige die Lust auf „wertstabiles Betongold“. Dr. Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, untermauerte im Regensburger PresseClub diese Aussage mit Zahlen: In der Oberpfalz wurden heuer von Januar bis September 16.227 LBS-Bausparverträge abgeschlossen, 16,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Bausparsumme legte um 24 Prozent auf 560,6 Millionen Euro zu. Wirthners Rat: „Wer konkrete Bau-, Kauf- oder Modernisierungspläne hat, sollte die derzeit historischen Tiefstände bei den Kreditzinsen und günstige Bau- und Kaufpreise nutzen.“

Beim Bausparneugeschäft steuert die LBS heuer ein Rekordergebnis an. In den ersten neun Monaten stieg die Bausparsumme um 18,1 Prozent auf einen historischen Spitzenwert. Im Gesamtjahr, so Wirthner, könnte die bisherige Rekordmarke von 7,76 Milliarden Euro aus dem Jahr 2003 übertroffen werden. Wohneigentum scheint tatsächlich das „Sparschwein der Krise“ zu sein.

Belebtes Immobiliengeschäft

Das gewachsene Interesse an Wohneigentum, so Wirthner, habe das Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen und des LBS-Außendienstes kräftig belebt. In der Oberpfalz liege das Vermittlungsergebnis mit einem Plus von 14,4 Prozent im Bayernschnitt, nach Objektwert bewege es sich bei knapp 70 Millionen Euro. Der Schwerpunkt des Maklergeschäfts liege nach wie vor bei Immobilien aus zweiter Hand: Über 80 Prozent der Häuser und Wohnungen

kommen aus dem Bestand.

Im Raum Regensburg bezahle man für neue Doppel- und Reihenhäuser zwischen 170.000 und 480.000 Euro, sagte der LBS-Sprecher, für neue Drei-Zimmer-Eigentumswohnungen zwischen 1.700 und 3.900 Euro pro Quadratmeter. Bauland koste zwischen 50 und 720 Euro je Quadratmeter. Gebrauchte Ein- und Zweifamilienhäuser seien zwischen 100.000 und 720.000 Euro zu haben, gebrauchte Doppel- und Reihenhäuser zwischen 85.000 und 400.000 Euro, gebrauchte Drei-Zimmer-Wohnungen zwischen 850 und 2.900 Euro pro Quadratmeter.

Riester-Bausparen

Großes Interesse bei den Kunden finde das Riester-Bausparen. Seit der Markteinführung hat die LBS in der Oberpfalz 6.000 Verträge abgeschlossen. Die Riester-Bausparsumme erhöhte sich 2010 gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent auf fast 95 Millionen Euro. Laut Wirthner seien für

den Kunden 50.000 Euro und mehr an Riester-Vorteilen drin.

Marktperspektiven

Mit Blick auf die langfristigen Marktperspektiven verwies Wirthner darauf, dass die Baugenehmigungen in der Oberpfalz im vergangenen Jahr um 17,7 Prozent auf 3.126 zugelegt haben; Landkreis (plus 18,5 Prozent) und Stadt Regensburg (plus 22,1 Prozent) verzeichneten noch

stärkere Zuwächse. Dieser Aufwärtstrend halte auch in diesem Jahr weiter an. Bis einschließlich August liege das Plus in der Oberpfalz bei 10,5 Prozent (2.377 Genehmigungen), in der Stadt Regensburg bei 4,2 Prozent (701 Genehmigungen) und im Landkreis Regensburg bei 25,6 Prozent (476 Genehmigungen). Besonders falle auf, dass sich die Zahl der genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser in der Stadt Regensburg mit 195 in den ersten acht Monaten um 80 Prozent erhöht hat.

Zeit für eine Trendwende

Aber das reiche bei weitem noch nicht aus, „es ist höchste Zeit für eine Trendwende“. Zwischen 2007 und 2027 werden

Handwerkskammer für München und Oberbayern:

Neues Bildungszentrum

Traublinger: „Handwerk investiert in die Zukunft“

„Investitionen in die berufliche Bildung von heute sind die unverzichtbare Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit des Handwerks von morgen“, erklärte Präsident Heinrich Traublinger, MdL a. D., anlässlich der Eröffnung des neuen Bildungszentrums der Handwerkskammer an der Mühlendorfstraße 6 in München.

Im Spannungsfeld zwischen Billiglohnkonkurrenz und Technologiewettbewerb könne der Wirtschaftsbereich Handwerk nur mit einer hohen Qualifikation bestmöglich ausgebildete Betriebsinhaber und Fachkräfte bestehen. Diese Notwendigkeit gewinne auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung. Die Handwerkskammer trage diesen Anforderungen mit der Schaffung einer Infrastruktur im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung auf modernstem Stand

Rechnung, betonte Traublinger.

Für die Modernisierung und die Ausstattung des Bildungszentrums München wurden über 30 Millionen Euro investiert. Die Gesamtnutzfläche beträgt knapp 7.800 Quadratmeter. Traublinger: „Allein im modernisierten Gebäude steht nun mehr als die Fläche eines Fußballplatzes für moderne Aus- und Weiterbildung zur Verfügung.“

Alle Berufsparten angesprochen

Das Gebäude verfügt über 647 Theorie- und Werkstattplätze. Das Bildungszentrum richtet sich mit seinem Weiterbildungsangebot an Handwerker aller Berufsparten. Im Bereich der Weiterbildung sind alle angesprochen, die sich beruflich in den Bereichen Technik, Betriebswirtschaft, EDV und Gestaltung fortbilden wollen – z. B. zum Betriebswirt (HWK), Wirtschaftsinformatiker (HWK), Energieberater (HWK), CNC-Fachkraft (HWK) und Gestalter im Handwerk. Zusätzlich bietet das Bildungszentrum Meistervorbereitungskurse (kaufmännischer und berufspädagogischer Teil) sowie überbetriebliche Lehrlingsunterweisungen an.

Meistervorbereitungskurse

Im Jahr 2009 besuchten rund 4.500 Teilnehmer Schulungen des Bildungszentrums München. Die Meisterschulen, ein Zweckverband der Handwerkskammer mit der Landeshauptstadt München, bieten Meistervorbereitungskurse für die Fachrichtungen Elektro, Sanitär- und Heizungstechnik, Metall, Zahntechnik, Informationstechnik, Landmaschinenmechanik und Friseur an. 385 Handwerkerinnen und Handwerker nahmen im Schuljahr 2009/10 an den Meistervorbereitungskursen teil.

Angebot auf hohem Niveau

„Für unser neues Bildungszentrum München haben wir uns den Anspruch eines integrierten Fort- und Weiterbildungszentrums gesetzt“, erklärte der Handwerkskammerpräsident. Der Kunde solle die Dienstleistung Bildung aus einer Hand erhalten. Die Bündelung des Know-how in einer zentralen Bildungsstätte des Handwerks ermögliche es auf ideale Art und Weise, schnell und flexibel auf mögliche Veränderungen zu reagieren und ein Bildungsangebot auf gleich bleibend hohem Niveau zu garantieren, so Traublinger. □



Dr. Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern (l.), und Pressesprecher Joachim Klein legten beeindruckende Zahlen vor.

laut Wirthner in der Oberpfalz 71.400 neue Wohnungen benötigt. „Jedes Jahr müssten also 3.400 neue Wohnungen entstehen, um der künftigen Nachfrage gerecht zu werden.“ Und weiter: „Von diesem Niveau sind wir weit entfernt. Die Oberpfalz lag im vergangenen Jahr mit 2.387 Fertigstellungen um rund 1.000 Einheiten unter dem prognostizierten jährlichen Bedarf.“

Der zusätzliche Bedarf sei vor allem durch die steigende Zahl der Haushalte begründet, erläuterte Wirthner. Die Haushalte

würden kleiner und älter, außerdem gebe es vielfach Wohnwünsche, die im Bestand nicht erfüllt werden könnten. In Regensburg wird sich die Zahl der Haushalte bis 2027 gemäß einer Studie um 7.000 oder 9,1 Prozent erhöhen, im Landkreis gar um 15.000 oder über 17 Prozent. Das Fazit für Dr. Wirthner: „Im Raum Regensburg existiert noch auf lange Sicht ein beachtlicher Neubaubedarf.“ Wenn die Zusatznachfrage nicht befriedigt werde, würden Miet- und Kaufpreise steigen. □

Bayernweite Neun-Monats-Bilanz der LBS

Die LBS Bayern steuert 2010 auf das beste Bausparneugeschäft ihrer Geschichte zu. In den ersten neun Monaten wurden 172.345 LBS-Bausparverträge mit einer Bausparsumme von knapp 6 Milliarden Euro vermittelt. Die Stückzahl erhöhte sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 13,6 Prozent. Die Bausparsumme stieg um 18,1 Prozent und erreichte einen historischen Spitzenwert. Im Gesamtjahr könnte die bisherige Rekordmarke im Neugeschäft von 7,76 Milliarden Euro aus dem Jahr 2003 übertroffen werden.

„Bausparen ist der Inbegriff von Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit – das schätzen die Bürger sehr, gerade nach der allgemeinen Verunsicherung durch die Finanzkrise“, erklärte Dr. Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern. „Wohneigentum ist in, für Eigennutzer genauso wie für Kapitalanleger.“ Die hohe Wertschätzung für Wohnimmobilien zeigt sich auch am kräftig belebten Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen und des LBS-Außendienstes. Die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft hat von Januar bis September 2010 in Bayern 7.115 Objekte vermittelt – 14,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Wert der vermittelten Objekte wuchs um 21,3 Prozent auf 1,19 Milliarden Euro.

Wirthner äußerte sich zuversichtlich, „dass die gute Stimmung für Wohneigentum weiter anhalten wird“. Darauf deutete auch die Zahl der Baugenehmigungen hin, die in Bayern bereits 2009 um 2,9 Prozent auf 31.621 gestiegen war. Von Januar bis August 2010 wurde mit 24.089 Genehmigungen von Wohnungen in neuen Wohngebäuden sogar ein Plus von 16,1 Prozent erzielt. □

Stadt Stein:

Objekt „Bucher Graben“ fast abgeschlossen

Nostalgisches Fassadenbild erhalten

„Modernes und zeitgemäßes Wohnen“: Unter dieser Kombination hat die Baugenossenschaft Stein e.G. die Gebäude am Bucher Graben 12 bis 16 in Stein entsprechend neu umgebaut. Unter der Planung des Architekten Stephan Seitz und dem Bauherrn „Baugenossenschaft Stein e.G.“ entstand so eine umfangreiche Wohnhausmodernisierung.

Die ursprüngliche Wohnanlage entstand im Jahr 1953 und wurde nun für rund 650.000 Euro rundum zeitgemäß erneuert (Wärmeverbindungssystem auf Fassade, Dämmung Kellerdecke, Dämmung der obersten Geschosdecke, Einbau neuer Fenster und Rolläden, Einbau einer Zentralheizungsanlage mit Solarunterstützung, Anbau einer Balkonanlage, Sanierung vorhandener Balkone, neue Dachdeckung, Blitzschutz, teilweise neue Bäder, Instandsetzung des Wasserleitungssystems und Außenanlagen). Dabei verstand ein altes Fassadenbild.

Die Stadt Stein unter Leitung von Stadtbauamtschef Wolfgang Schaffrinen setzte sich für den Erhalt des nostalgischen Fassadenbildes, auch ohne Denkmalschutz, ein. In Kooperation mit der Baugenossenschaft Stein und dem Architekten Stephan Seitz

wurde dann garantiert ein Stück Fassadenbild-Nostalgie erhalten. Gerade durch die neue Wärmedämm- und Modernisierungswelle wird oft ein Stück Geschichte zunichte gemacht. Immer seltener bleiben die Fassadenbilder der 50er und 60er Jahre erhalten.

Städtischer Zuschuss

Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer bedankte sich bei den Verantwortlichen der Baugenossenschaft, dass dieses Ensemble-typische Fassadengemälde erhalten und für alle sichtbar bleibt. Die Stadt Stein förderte diese Erhaltung des Fassadenbildes mit einem städtischen Zuschuss zur Übertragung des Fassadenbildes nach altem Vorbild in Höhe von 1500 Euro. Maler des Original-Sgraffito aus dem Jahre 1953 war „Brecht“. □

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

Senator E.h. Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Thomas Bauer,
Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

www.bauindustrie-bayern.de

Bayerischer Denkmalpflegepreis 2010:

„Oscar“ für Burg Dollenstein

Die Burg Dollenstein in Oberbayern ist Gewinnerin des Bayerischen Denkmalpflegepreises 2010 in der Kategorie „Öffentliche Bauwerke“. Mit der Auszeichnung, die als „Oscar der Denkmalpflege“ gilt und alle zwei Jahre vergeben wird, würdigen die Bayerische Ingenieurekammer-Bau und das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege das Engagement privater und öffentlicher Bauherren, die sich in vorbildlicher Weise für denkmalgeschützte Bauwerke in Bayern eingesetzt haben.

In der Kategorie „Öffentliche Bauwerke“ zeichneten bei der Preisverleihung im Neuen Schloss Schleißheim Bauminister Joachim Herrmann und der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, Dr.-Ing. Heinrich Schroeter, weitere drei Gewinner aus. Es sind dies: die Akademie der Bildenden Künste in München, das Amtsgericht Bad Kissingen (beide Silber) sowie die Länderbrücke Laufen – Oberndorf (Bronze). In der Kategorie „Private Bauwerke“ gewann die Ritzmännhofer Mühle in Fürth.

Wie Kammerpräsident Dr.-Ing. Heinrich Schroeter beim Festakt hervorhob, sei die Auslobung ein

großer Erfolg gewesen: „Mehr als 60 Bewerbungen verdeutlichen die Fülle baulicher Denkmäler in Bayern.“ Die Jury sei von der Qualität der eingereichten Projekte und Ideen beeindruckt gewesen. Die Leistungen von Bauingenieuren beim Erhalt historischer Bauwerke fände oft im Verborgenen statt, so Schroeter: „Haustechnik-Anlagen sollen möglichst unauffällig sein und grundlegende Ingenieurleistungen wie bauphysikalische Untersuchungen, Vermessungsleistungen oder Bauaufplanungen sind am sanierten Denkmal nicht mehr ablesbar.“

Bauminister Joachim Herrmann verwies auf die Bedeutung der Denkmalpflege: „Die Denk-

malpflege will keine historischen Kulissen ohne Nutzwert schaffen, sondern historische Substanz mit Leben erfüllen und in die Zukunft integrieren.“ Historische Bauwerke prägen das Erscheinungsbild eines Ortes und seien wertvolle Kulturgüter. Mit Blick auf die Herausforderungen beim Erhalt eines denkmalgeschützten Gebäudes meinte Herrmann, dies sei oft nur möglich, wenn eine zeitgemäße Nutzung gefunden werden könne, die mit moderner Technik einhergehe. „Ziel aller Beteiligten muss eine verträgliche und schonende Einbindung von neuen Elementen in historische Substanzen sein“, stellte der Minister fest.

Vorbildliche Projekte

Herrmann bezeichnete die Projekte der Gewinner als vorbildlich: „An realisierten Beispielen sehen Eigentümer und Bauherren, dass Denkmalschutz nicht im Widerspruch zu einer modernen und zeitgemäßen Nutzung steht.“ Der Bayerische Denkmalpflegepreis mache Eigentümern und Bauherren Mut, sich für den Erhalt ihrer Denkmäler einzusetzen.

Bei der Instandsetzung der Burg Dollenstein in der oberbayerischen Marktgemeinde wurde nach Auffassung der Jury eine hervorragende Lösung für die Sanierung eines bereits nahezu zerstörten Baudenkmals gefunden. Das ursprüngliche Erscheinungsbild des Gebäudes sei auch nach der Sanierung ablesbar. Besonders hervorzuheben sei, dass ein erheblicher Anteil an konstruktiven Oberflächenbefunden durch das Einbringen von Subsidiärkonstruktionen erhalten werden konnte. Aus denkmalpflegerischer Sicht besäßen diese Stützkonstruktionen eine hervorragende Qualität in allen Details und ordneten sich dezent dem historischen Bestand unter.

Die Generalsanierung der Akademie der Bildenden Künste München wiederum umfasste neben der Wiederherstellung des Dachgeschosses auch dessen Erweiterung. Zahlreiche Neuordnungen innerhalb des Gebäudes mit Entkernungen, neuen Treppenträumen, Liftanlagen sowie

Spiel gebracht, um das gemeindeeigene Grundstück schnell und gewinnbringend zu verwerten“, so der Rathschef. Bereits 2003 hatte die Gemeinde das Grundstück aus einer Zwangsverwertung ersteigert. Die Entscheidung über die Verwertung und die Findung eines finanzstarken Investors dauerte bis 2009, bis der Kontakt zur Firma Schleich und Haberl einen erfolgreichen Vertragsabschluss bescherte. Zuvor waren auch Alternativen wie eine Einrichtung für betreutes Wohnen oder eine Wohnbebauung diskutiert, aber immer wieder verworfen worden, weil sich kein passender Investor fand.

Lebenswerte Gestaltung

Helmut Schleich legte die Gründe für das Engagement seiner Firma dar: „Die Gesellschaft wird nicht nur immer älter, sondern auch der Anteil der Älteren immer größer. Die Zahl der 80-Jährigen wird sich im Landkreis Dachau sogar verdoppeln.“ Alt werden und sein werden in der Gesellschaft aber nicht anerkannt. „Das Pflegeheim in Odelzhausen wird die passive Ruhephase im letzten Lebensabschnitt lebenswert gestalten“, zeigte sich Schleich überzeugt. **DK**

die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstungen brachten das Haus auf einen zeitgemäßen Standard. Die Auseinandersetzung mit den umfangreichen Anforderungen an detaillierte Lösungen führte laut Jury zu innovativen Ergebnissen.

Der für den täglichen Büroablauf in einer Justizverwaltung erforderliche Einbau von Schrank- und Regalanlagen, die große Lasten aufnehmen können, stellte die Planer des Amtsgerichts Bad Kissingen vor erhebliche Probleme. Eine unproblematische Lösung wurde durch den Einbau von Stahlträgern oberhalb der künftigen Regale erreicht, die sich von Tragwand zu Tragwand spannen. Diese Idee sei eine außergewöhnliche denkmalpflegerische Leistung, die den Verlust an historischen Oberflächen fast vollständig vermieden habe, urteilte die Jury.

Großer Sachverstand

Die Schadensaufnahme bei der Länderbrücke Laufen – Oberndorf hatte gravierende Schäden ergeben. So waren unter anderem die Diagonalstäbe, Windverbände, Knotenbleche und weitere Teile der Konstruktion stark korrodiert. Die eingesetzten Maßnahmen bestanden im Wesentlichen im Austausch von Fachwerkstäben und Einzelprofilen beziehungsweise in deren Verstärkung. Durch den rücksichtsvollen Umgang mit den historischen Bauteilen und beachtlichen ingenieurtechnischen Sachverstand sowie die vorbildliche Zusammenarbeit vieler Fachleute auf deutscher und österreichischer Seite konnte die Wiederherstellung der originalen Gestaltung des technischen Baudenkmals erreicht werden. **DK**

Städtebauförderung:

Ein Kahlschlag wäre fatal

Die Sparpläne der Bundesregierung, die Städtebauförderung im Jahr 2011 von derzeit 610 Millionen Euro auf 305 Millionen Euro zu halbieren, kommen in die entscheidende Runde: Im November wird der Haushaltsausschuss des Bundestags über die Zukunft der Städtebauförderung entscheiden. Sollten die Kürzungen tatsächlich kommen, wäre dies eine krasse konjunkturpolitische, klimapolitische und städtebauliche Fehlentscheidung.

Der Kahlschlag in den erfolgreichen Programmen zur Städtebauförderung würde sich fatal auswirken – gerade für Bayern: Im bundesweiten Vergleich ist der Abruf von Fördermitteln hier besonders rege. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind, um gegen die Kürzungen zu protestieren, bei ihren Bundestagsabgeordneten vorstellig geworden. Der November wird zeigen, inwieweit sich deren „Einsatz nach allen Kräften“ – so die Zusagen aus der Mitte des Bundestages – lohnen wird.

Fakten sprechen für Aufstockung

Die Fakten sprechen eindeutig für eine Aufstockung der Städtebauförderung. Auf der einen Seite hat das Deutsche Institut für Urbanistik bereits 2008 belegt, dass sich der Investitionsrückstand bei den Kommunen auf 704 Milliarden Euro beläuft. Die Städtebauförderprogramme sind dementsprechend um ein Vielfaches überzeichnet. Selbst das Bundesbauministerium hat einen Investitionsbedarf bis 2013 von 64 Milliarden Euro ermittelt. Auf der anderen Seite sind die konjunkturpolitischen Erfolge der Städtebauförderung unbestritten: „Städtebauförderung leistet ein Vielfaches dessen, was sie ko-

stet“, ist in der Resolution der Bauministerkonferenz zu lesen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bescheinigt der Städtebauförderung einen konjunkturpolitischen Wirkungsgrad vom Faktor 8 – gerade für das örtliche und regionale Baugewerbe und Handwerk.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags muss Wege finden, um die Städtebauförderung wenigstens auf dem Niveau von 2010 zu sichern. Das gilt für sämtliche Programme der Städtebauförderung und ganz besonders für die nicht-investiven Maßnahmen der Sozialen Stadt. Der demographische Wandel stellt nicht nur die bauliche Struktur der Städte vor große Herausforderungen, sondern auch das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger.

Sollte es dem Haushaltsausschuss nicht gelingen, die Pläne der Bundesregierung zu revidieren, müssen die bayerischen Städte schon jetzt zu bedenken geben: Mit einer Kürzung der Städtebauförderung ist dem Solidarpakt II, der den neuen Bundesländern bis 2019 jährlich überproportionale Mittel in Höhe von 242 Millionen Euro in Aussicht stellt, jegliche Grundlage entzogen. Die Verteilung der Mittel zwischen den Ländern muss dann neu diskutiert werden. **IBdBSt**

Bayernland Immobilien:

Tradition und Vision

1983 gründeten Helmut Schleich und Wilhelm Haberl das Immobilienunternehmen Schleich & Haberl. Die Firmengruppe mit Sitz im niederbayerischen Pfarrkirchen zählt zu den erfolgreichsten auf dem bayerischen Immobilienmarkt. Mit der SH-Sozialimmobilie mit inzwischen 3.000 erstellten stationären Wohn- und Pflegeplätzen wurde sogar die Marktführerschaft in Bayern erreicht.

„Nicht überzogene Rendite-, Steuervorteils- oder Wertsteigerungsspekulationen, sondern grundsätzliche Immobilienkonzepte prägen unseren Weg. Und wir scheuen uns nicht, Verantwortung zu tragen. Das Wort, der Handschlag haben Gültigkeit, bürgen für Zuverlässigkeit und schaffen Vertrauen in guten wie in schlechten Zeiten“, betonen Schleich und Haberl.

Als Bauträger sorgt die BAYERLAND Immobilien GmbH & Co. Wohn- und Gewerbebau KG dafür, dass die Termine von den Bau ausführenden Firmen eingehalten werden, die Bauqualität stimmt, die Immobilie pünktlich an den Pächter übergeben werden kann und alle Gewährleistungsmängel beseitigt werden.

Konzeption von A bis Z

Nach der Fertigstellung übernimmt die BAYERLAND Immobilienverwaltungs GmbH als Verwalter die Abrechnung der Pachtnebenkosten, die Instandhaltung und Instandsetzung des Gebäudes, die Vertretung der Eigentümer gegenüber Mietern und Pächtern sowie Behörden. Ebenso überwacht sie den Eingang der Pachtzahlungen und macht so die Immobilie für den Kunden pflegeleicht. Da die Firmengruppe Schleich & Haberl all ihre Projekte von A bis Z selbst konzipiert, stehen zu jeder Frage kompetente Ansprechpartner der BAYERLAND Immobilien Consulting GmbH Rede und Antwort.

Ob bei der Altersvorsorge oder im Gesundheitsbereich: Der Staat zieht sich aus finanziellen Gründen immer mehr zurück. Von jedem Einzelnen wird gefordert, in allen Bereichen wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Genau auf dieser Erkenntnis basiert die SM-Sozialimmobilie. Kapitalanleger erwerben nach dem Motto „Von Bürgern - für Bürger“ von SM einzelne Pflegeapartements samt den Gemeinschaftsräumen und der Einrichtung.

Mit dem Einsatz ihres privaten Kapitals werden die Ei-

gentümer einer SM-Sozialimmobilie nicht nur ihrer sozialen Verantwortung gerecht, indem sie helfen, die Not an Pflegeplätzen im Betreuungs- und Pflegebereich zu lindern. Die Tatsache, dass das Geld im Inland, in Bayern investiert wird, sichert bestehende Arbeitsplätze und sorgt dafür, dass neue geschaffen werden.

Gleichzeitig übernimmt der Kunde durch den Kauf einer Sozialimmobilie auch Verantwortung für seine eigene Zukunft. Die monatliche Pacht sichert ihm ein arbeitsunabhängiges Zusatz Einkommen. Dazu sichert er sich und seine Familie auch für den Notfall ab. Durch das bevorzugte Belegungsrecht hat er im SM-Verbundsystem bayernweit auf mehr als 5.500 und deutschlandweit auf mehr als 15.000 Pflegeplätze Zugriff.

Zu den jüngsten Bauprojekten des Unternehmens Schleich & Haberl zählt das neue Seniorenheim Haus Urban in Tegernheim, Landkreis Regensburg, dessen Neubau Platz für 89 pflegebedürftige Senioren bieten soll. Der Spatenstich erfolgte im Juli dieses Jahres, am 1. Juli 2011 soll die Eröffnung sein.

Modernes Seniorenzentrum

Ebenfalls im Sommer kommenden Jahres soll die Eröffnung eines modernen Seniorenzentrums in der Ortsmitte von Odelzhausen, Landkreis Dachau, stattfinden. Das 8,5 Millionen-Euro-Projekt wird 66 Bettenplätze in attraktiver Wohnlage direkt an der Glonn bieten. Die Finanzierung erfolgt über private Kapitalanleger, die einzelne Pflegeapartements erwerben.

Bürgermeister Konrad Brandmair verwies beim Spatenstich darauf, dass er jahrelang darum gekämpft habe, eine Bebauung mit einer sozialen Einrichtung durchzusetzen und eine Wohnbebauung zu verhindern. „Einigen Seiten dauerte der Prozess des Grundstücksverkaufs und der Bebauung zu lange. Aber es dauert eben, bis man den richtigen Partner findet. Es wurde immer wieder eine Bebauung mit Einfamilienhäusern ins

Wir planen auch Ihre Rente -
als wär's unsere eigene.

Genießen Sie's!

VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN

Finanzgruppe

Sichere Rente schon mit wenig Geld!

Sichere Rente schon mit wenig Geld! Damit Sie jetzt und auch in Zukunft auf nichts verzichten müssen und flexibel bleiben. Ganz gleich, was Sie sich für Ihr Leben noch vorgenommen haben, mit einer privaten Altersvorsorge bleiben Sie stets unabhängig. Damit erhalten Sie weitaus mehr als die knappe gesetzliche Rente. Bleiben Sie finanziell abgesichert – auch in Zukunft. Wir sagen Ihnen gerne, wie. Weitere Informationen zum Thema Rente finden Sie auch auf www.versicherungskammer-bayern.de.

Schwäbische Familiengeschichte:

Max Wild auf Erfolgskurs

„Vor fünf Jahren haben wir 50. Jubiläum gefeiert. Damals hatten wir 150 Mitarbeiter. In der Zwischenzeit ist die Zahl auf 350 gestiegen. Unsere neuen Niederlassungen in Berlin und Bremen sind Ausdruck einer steten Expansion.“ Mit diesen Worten lud die Unternehmensleitung der Max Wild GmbH aus Berkheim im schwäbischen Landkreis Biberach zur Informationsveranstaltung auf die Umweltmesse IFAT ein. Das Familienunternehmen peilt einen Umsatzrekord an: Mit 45 Millionen Euro dürfte 2010 das erfolgreichste Jahr der Firmengeschichte werden.

Im 55. Jahr des Bestehens zeichnet Max Wild nach wie vor Steigerungen in allen Tätigkeitsfeldern. Die ideenreiche Geschäftspolitik des Unternehmens aus dem Illertal wird allenthalben gelobt. Man bescheinigt dem Familienunternehmen eine hohe Problemlösungskompetenz für Spezialaufgaben. Das Tätigkeitsfeld umfasst Abbruch, Flächenrecycling, Horizontalbohrtechnik, Kiesvertrieb, Nah- und Fernverkehr, Schwertransporte, Systementwicklung, Pipeline- und Rohrleitungsbau sowie Tiefbau. Die eigenen Entwicklungen und technischen Lösungen zur Ausstattung von Kommunen mit Breitband-Infrastruktur bieten ein außerordentlich günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis. Eine eigens eingerichtete Abteilung Systementwicklung fertigt maßgeschneiderte Geräte für Spezialeinsätze an: So entsteht derzeit ein Horizontalbohrgerät, das die Leistung im Handel befindlicher Bohranlagen um ein Vielfaches übertrifft: Es wird Leuchten mit 140 Zentimetern Durchmesser 1,5 Kilometer weit unterirdisch verlegen können.

Firmenphilosophie

Während der IFAT erläuterten die Geschäftsführer Max, Roland, Elmar und Jochen Wild die Firmenphilosophie als eine Mischung von Tüftler- und Unternehmenseinstellung im besten schwäbischen Sinne mit Innovationsfreude. „Es ist noch nie etwas nicht gegangen“, beschrieb Max Wild den Antrieb für die Erschließung immer neuer Aufgabenfelder. Mit seinen Brüdern führt er das Werk des verstorbenen Vaters Max Wild sen. fort. Und mit Sohn Christian wirkt bereits die nächste Generation in der Firma an entscheidender Stelle.

Familiensinn und Bodenständigkeit haben Tradition im Hause Wild. Das Engagement im Gemeinde- und Vereinsleben und seine Unterstützung sei der Familie Wild stets eine Herzensangelegenheit, lobte deshalb Berkheims Bürgermeister Michael Sailer. Hinzu kommen höchst motivierte und hervorragend ausgebildete Mitarbeiter. Sie bilden die sprudelnde Quelle des Erfolges. Ein mit modernsten Maschinen ausgerüsteter Fuhrpark unterstützt die Infrastruktur und Logistik des Unternehmens.

Profis ohne Grenzen

Zum 55-jährigen Firmenjubiläum blickt die Firma Max Wild auf eine sehr erfolgreiche Geschichte zurück. Doch die Zukunft hat schon begonnen. Mit den Enkelkindern des Firmengründers, Christian, Markus und Carina Wild, steht die nächste

Generation bereits in der Verantwortung und mit großen Herausforderungen bei der Horizontalbohrtechnik und im Pipelinebau mittendrin im Firmengeschehen von Max Wild. Das Firmenmotto „Profis ohne Grenzen“ verspricht viel Neues für die kommenden Jahre und eine erfolgreiche Zukunft für die Firma und ihre Mitarbeiter.

Während der IFAT erläuterte jeder der Brüder seine eigenen Beweggründe, die ihn motivieren, einen Beitrag zur Erfolgsgeschichte zu leisten.

Hohe Arbeitsintensität

Max Wild, der Älteste, erklärte: „Ich bin stolz auf unsere Mannschaft und das soll auch jeder Einzelne spüren. Schon als Junge war für mich klar: Ich arbeite später einmal in der Firma meines Vaters. Etwas zu bauen war immer mein großer Traum. Dieser Wunsch wurde Wirklichkeit, als ich nach abgeschlossenem Ingenieur-Studium in die Firma eintrat. Die Freude am Bau und die Bewältigung großer Aufgaben treiben mich auch heute noch an. Die Prioritäten haben sich verändert. Deshalb ist es für mich sehr wichtig in Leistung und im Umgang miteinander Vorbild zu sein. Die Intensität, mit der wir arbeiten erfordert sehr motivierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiter. Qualität hat absoluten Vorrang in der Arbeitsvorbereitung und auf der Baustelle. Beste Ergebnisse erzielen wir nur mit bester Ausstattung.“

Steckenpferd Technik

Roland Wild ist der Techniker. Er erklärte: „Es gibt wohl kaum eine Maschine, die ich nicht zum Laufen bringe.“ Technik war schon immer mein großes Thema. Das war schon als Kind so und daher war es kein Wunder, dass ich als Jugendlicher die freie Zeit hier im Betrieb verbracht habe. Es gibt wohl kaum eine Maschine, die ich nicht zum Laufen bringe. Als Leiter der Geschäftsbereiche Werkstatt, Schlosserei, Nahverkehr, Containerservice und Kiesgruben ist es mir wichtig, dass ich jedes Fahrzeug aus unserem Fuhrpark selbst mal gefahren bin. Bei Neuinvestitionen schaue ich nicht nur auf den Preis, sondern habe die Gesamtwirtschaftlichkeit im Blick. Auch privat bin ich das, was man einen Technik-Freak nennt.“

„Jeder Tag ist eine neue Herausforderung bei immer komplexer werdenden Betriebsabläufen“, meinte Elmar Wild. Er fand Tiefbau schon als Kind faszinierend. „Als ich bei der Bundeswehr war, bekam unser Vater die ersten Lizenzen für Schwertransporte nach Österreich. Das Spedi-

tionswesen interessiert mich seit damals total. Daher habe ich zuerst die Ausbildung zum Speditionskaufmann und zum Kraftverkehrsmeister abgeschlossen und dann die eigene Speditionsabteilung im Unternehmen aufgebaut. Nach dem Tod unseres Vaters habe ich die Speditionsabteilung an meinen jüngeren Bruder Jochen übergeben, damit ich mich voll und ganz auf die kompletten Firmenfinanzen und die betriebliche Organisation des Unternehmens konzentrieren konnte. Hier mussten erst einmal neue Strukturen geschaffen werden, damit wir die immer größere Dienstleistungspalette der Firma auch organisatorisch in den Griff bekommen konnten. Auch das stetige Wachstum unserer Firma

ist auch Mitglied im Personalteam. „Durch mein Wirken ein Vorbild für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein, das ist mir wichtig. Als Führungskraft muss man zuhören und verstehen können, um dann verantwortungsbewusst zu handeln.“

Die Zukunft hat schon begonnen

„Als einziges Mädel in der ‘Männerdomäne Wild’ hatte ich es mit meinen vier Brüdern Max, Roland, Elmar und Jochen nicht immer leicht, aber spätestens, als ich den Lkw-Führerschein in der Tasche hatte, wussten die Jungs endgültig, dass ich auch mit Schwergewichten umgehen kann“, erzählte die einzige Schwester der Wild-Brüder, Sabine Rapp, die bis zur Geburt ihrer Zwillinge für's Büro verantwortlich war. Momentan ist sie halbtags im Geschäft.

Auch die Söhne von Max, Markus und Christian sind bereits

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

mussten wir bewältigen. Es ist jeden Tag eine neue Herausforderung mit neuen Softwareprogrammen, die immer komplexer werdenden Betriebsabläufe erfassen zu können.“

Seit seinem Einstieg in die Firma im Jahr 1995 ist Jochen Wild dafür verantwortlich, dass Schwertransporte zuverlässig ans Ziel kommen. „Als jüngstem von vier Brüdern, von denen drei schon verantwortungsvolle Positionen im elterlichen Unternehmen inne hatten, war mir von Beginn an klar, dass auch ich mich in unserem Familienbetrieb engagieren möchte“, versicherte er. Jochen

eingestiegen: Nachdem sie sich während ihrer Studien und berufsvorbereitender Praktika in der ganzen Welt orientieren konnten, sind beide nunmehr in unterschiedlichen verantwortungsvollen Positionen ebenso im familieneigenen Betrieb angekommen wie Carina, die Tochter von Roland, die in der Finanzbuchhaltung verantwortlich ist für die Lieferantenrechnungen und die Zahlungseingänge und außerdem auf sämtliche Buchungs- und Zahlungsvorgänge ein waches Auge hat. Markus wohnt in Berlin als Kaufmann über die Finanzen des bisher größten Firmenauf-



Tilo Eichinger, Geschäftsführer eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG (rechts) mit Martin Umscheid, Oberbürgermeister der Stadt Röttingen.

Mehrgenerationentreff für Bewegung und Kommunikation:

ActiveParcours
am Mühlkanal

Vor kurzem übergaben Tilo Eichinger, Geschäftsführer eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG, und Martin Umscheid, Oberbürgermeister der Stadt Röttingen, den ActiveParcours am Mühlkanal in Röttingen der Bevölkerung. Der ActiveParcours sei kein Spielplatz im eigentlichen Sinne, sondern ein Bewegungs- und Begegnungsort für die gesamte Bevölkerung, so Tilo Eichinger. Und Martin Umscheid ergänzte, dass die Bevölkerung bereits rege Gebrauch des Parcours mache, wobei viele Altersgruppen von Jugendlichen über Erwachsene bis Senioren miteinander zu sehen seien.

Das gemeinsame Projekt der Verwaltungsgemeinschaft Röttingen und eibe beinhaltet eine Vereinbarung nach der Röttingen den Grund und Boden sowie die Wartung und Instandhaltung betreibe. eibe stellt die Geräte und unterhält somit vor Ort einen Referenzplatz. Durch diese Synergie erhält Röttingen eine weitere Attraktivität und eibe führt seine internationalen Kunden die innovativen Produkte vor.

Mit einem Zitat der Universität Karlsruhe, Institut für Sport und Sportwissenschaft, verdeutlichte Tilo Eichinger die Bedeutung eines solchen Platzes: „Im Rahmen

der Gesundheitsförderung kann dem ActiveParcours mit dem Ziel mehrere Generationen zu einem aktiveren und gesünderen Lebensstil heranzuführen, eine besondere Bedeutung zugesprochen werden. Der ActiveParcours bietet aus sozialer, ergonomischer und sicherheitstechnischer Perspektive optimale Voraussetzungen, sich mit wenig Überwindung, unabhängig vom individuellen Leistungsstand, körperlich zu betätigen. Die Motorik wird hierbei über die Fähigkeitsbereiche Ausdauer, Kraft, Beweglichkeit und Koordination im ganzheitlichen Sinne angesprochen.“



Während der IFAT in München erläuterten die Verantwortlichen des Familienunternehmens Max Wild ihre Erfolgsstrategie (v. r.): Christian Wild (Sohn von Max), Jochen Wild, Elmar Wild, Roland Wild und Max Wild.

trags. Die Spezialkenntnisse von Christian als Bauingenieur und „Internationaler Schweißfachgenieur“ bilden die Basis für neue Herausforderungen im Rohrleitungs-/Pipelinebau. Seit fünf Jahren ist er für diesen Bereich verantwortlich. Die Einsätze der Firma im Bereich Horizontalbohrtechnik sind sensationell.

Max Wild bewegt und ist ständig in Bewegung

Vom kleinen Transportunternehmen der fünfziger Jahre über die ersten Kanalarbeiten, dem Beginn der Aktivitäten im Tiefbau in den Siebzigern und der Konzession für den Güterfernverkehr in den achtziger Jahren: Schritt für Schritt wurde es mehr. Kies wurde abgebaut, eine Bauschuttdeponie eröffnet. Man begann mit Abbrucharbeiten, wobei die Anschaffung des gigantischen Abbruchbaggers R-954 von Liebherr im Jahr 1996 ein Meilenstein war: „Der war einzigartig in Süddeutschland“, leuchten Roland Wilds Augen. „Wir sind Profis ohne Grenzen.“ In ihren Spezialgebieten sind die Leute von Max Wild heute europaweit mit ihrer fachlichen Kompetenz und langjährigen Erfahrung im Einsatz. „Mit modernstem Fuhrpark, neuestem technischen Gerät und einem motivierten, einsatzfreudi-

gen Team genügen wir höchsten Ansprüchen.“

„Dabei halten wir die Balance zwischen Vision und Machbarkeit“, versichert Max Wild. Ein Leitsatz, der zu den wichtigsten Prinzipien zählt, denn im Detail steckt oft der Kern für die beste Lösung. „Wir sind uns dessen bewusst und ständig bereit, einzelne Arbeitsabläufe und Arbeitsschritte zu hinterfragen, gewachsene Strukturen zu verändern, um noch bessere Ergebnisse für unsere Kunden und Partner zu erreichen.“

Sport und Musik

In der Freizeit spielen Sport und Musik bei allen Wild-Geschwistern eine wichtige Rolle. Der eine ist lieber am Golfplatz, der andere bevorzugt Tennis. Aber in der eigenen Betriebskappelle engagieren sich natürlich alle und im Musikverein Berkheim sind die Brüder auch gerne dabei. Seit dem vergangenen Jahr ist Jochen außerdem noch Mitglied im heimatischen Gemeinderat.

Derzeit unterhält das Unternehmen drei Standorte. Dem Sitz in Illerbach-Berkheim ist man natürlich treu geblieben. Daneben gibt es große Niederlassungen in Berlin und Bremen.

Über www.maxwild.com lässt sich im Internet alles exakt recherchieren.

BauCamp 2011 des bbiv

Unter dem Motto „Am Bau wird wieder gelacht“ lädt der Bayerische Bauindustrieverband e.V. auch für das Ausbildungsjahr 2011 wieder interessierte Jugendliche und Firmenvetreter zum BauCamp ein. Dieses Vorauswahlverfahren für gewerbliche Auszubildende in den Bauberufen findet nun schon im fünften Jahr in Folge statt. Aufgrund der großen Nachfrage wird das BauCamp wieder regional getrennt in den BauindustrieZentren Stockdorf bei München und Nürnberg-Wetzendorf durchgeführt.

Das BauCamp, das im Jahr 2007 erstmals als Pilotprojekt im BauindustrieZentrum München-Stockdorf gestartet wurde, bietet jungen Männern und Frauen die Gelegenheit, sich über Ausbildungsberufe in der Bauindustrie zu informieren, sich in der Praxis zu beweisen und sich dabei gleichzeitig an Ausbildungsfirmen zu empfehlen. Die Teilnehmer erleben im BauCamp, welche Anforderungen und Aufgaben ein Bauberuf mit sich bringt und welche Chancen der Fortbildung und des Aufstiegs bestehen. Sie erlernen erste Grundlagen des Bauens, leisten körperlichen Einsatz, arbeiten im Team und werden zum eigenverantwortlichen und selbstständigen Lösen verschiedenster Aufgaben angeleitet.

Kontakte knüpfen

Die BauCamps werden von Vertretern zahlreicher namhafter Baufirmen begleitet. Für die Unternehmen, die teils mit einer Vielzahl unterschiedlicher Ausbildungsplätze aufwarten, bietet sich die Möglichkeit, im Verlauf des Camps qualifizierte, motivierte und passende Jugendliche als Bewerber für die vakanten Stellen auszuwählen. Bereits während der Camps werden so Kontakte geknüpft, Baustellen-Praktika vereinbart oder Vorstellungstermine

fixiert. „Der hohe Praxisbezug dieses JobCastings lässt die Jugendlichen schnell erkennen, ob ein Bauberuf das Richtige für sie ist. Gleichzeitig sehen die erfahrenen Ausbilder viel besser und einfacher als bei einem Vorstellungsgespräch, wer für eine Ausbildung am Bau geeignet ist und wer nicht“, erläutert Susanne Niewalda, Leiterin des Bereichs Arbeitsrecht, Sozialpolitik und Berufsbildung des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. das erfolgreiche Konzept.

Das BauCamp Nord findet am 5. November 2010 im BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf, das BauCamp Süd am 11. März 2011 im BauindustrieZentrum Stockdorf bei München statt.

„Mit unserer Initiative möchten wir Jugendlichen zeigen, welche Möglichkeiten und Zukunftschancen die modernen Bauberufe bieten. Gesucht werden motivierte und qualifizierte Kräfte, die die komplexen Anforderungen der modernen Technik und Bau-Praxis bewältigen können“, beschreibt Susanne Niewalda die Situation. „Und es lohnt sich für die Jugendlichen wirklich, sich für eine Ausbildungsstelle zu bewerben, denn der Bedarf der Firmen ist groß!“

Weitere Informationen unter www.bauindustrie-bayern.de/baucamp.

Balance zwischen Vision und Machbarkeit



- Abbrucharbeiten
- Flächenrecycling
- Horizontalbohrtechnik
- Kiesvertrieb
- Nah- und Fernverkehr
- Schwertransporte
- Serviceleistungen
- Systementwicklung
- Tiefbau



Max Wild
Profis ohne Grenzen

Leutkircher Straße 22
D-88450 Berkheim
Telefon +49 8395 920-0
Telefax +49 8395 920-650
info@maxwild.com
www.maxwild.com

Straßensanierung und Radwegbau:

Mercedes-Benz Unimog bewährter Geräteträger

Einsatz unterschiedlichster Geräte durch diverse Anbauräume gewährleistet

Um den Arbeiten auf kleineren Bauabschnitten auch wirtschaftlich gerecht zu werden, erhält oftmals der Mercedes-Benz Unimog mit seinen Geräteanbaumöglichkeiten bei den ausführenden Firmen den Vorzug gegenüber größeren Fahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Zweikreis-Hydraulikanlage lassen sich die Anbaugeräte sowie die Rückvorrichtung optimal antreiben.

Auch die KEMNA BAU Andreae GmbH in Pinneberg, langjähriger Mercedes-Benz Kunde und ein Unternehmen mit über 1.400 Mitarbeitern und zahlreichen Standorten in Deutschland, setzt auf den Unimog als idealen Geräteträger bei Asphaltierungsarbeiten. Neben anderen Fahrzeugen von Mercedes-Benz kommt hier seit kurzem auch ein Unimog U 400

zum Einsatz. „Der Unimog“, unterstreicht Ralf Junge, als Maschineningenieur beim Pinneberger Bauunternehmen für die Anschaffung des technischen Geräts mitverantwortlich, „erhält eigentlich die gesamte Asphaltkolonne am Leben.“

Frontgerätenbau

Mit seinen vielfältigen An-

wendungsmöglichkeiten und den Anbauräumen vorne, hinten, oben und unten sowie an den Seiten links und rechts, eignet er sich zum Kehren, Transportieren, für den Aufbau verschiedener Tanks und die Ausbringung von Bitumenemulsionen. Und so werden Unimog der Firma KEMNA BAU auch für die Flankenversiegelung rechts und links und die Einbringung der Mittelnahtbehandlung eingesetzt. Darüber hinaus ermöglicht die serienmäßige Anhängerkupplung bei Bedarf Wasser- und Splittanhänger dorthin zu bringen, wo sie auf der Baustelle gebraucht werden. „Der klare Vorteil des Unimog liegt im Frontgerätenbau. Hier übertrifft er jeden Lkw, ist aufgrund seiner ausgezeichneten Sichtverhältnisse im Freisichtfahrershaus das Maß aller Dinge“, sagt Junge.

Gute Rundumsicht

Auch der Unimog-Fahrer von KEMNA BAU, der auf einer Baustelle in Hamburg mit seinem Mercedes-Benz Unimog U 400 arbeitet, sieht die Vorteile seines Geräteträgers darin, dass der wendige Unimog mit seiner geringeren Außenbreite gegenüber den Lkw im Vorteil ist. Besonders die Tatsache, dass er die Rückwärtsfahrergeschwindigkeit mit sechs Gängen in der Bau-

stelle hervorragend einstellen kann. Schnelles Rückwärtsfahren ist für ihn ein klares Plus des Unimog. Und da er nicht nur den Unimog steuern, sondern auch die Aufbaugeräte bedienen muss, ist für ihn die gegebene hervorragende Sicht sowohl nach vorne als auch seitlich – ganz wichtig beispielsweise bei Ausbringung der Bitumenemulsion zur Gewährleistung des Schichtverbundes – ein wesentliches positives Kriterium in seiner Gesamtbeurteilung von Fahrzeug und Geräten.

Beliebt bei Vermietern

Derzeit ist festzustellen, dass Straßenbauunternehmen und Baumaschinen-Vermieter vermehrt Unimog anschaffen, die aufgrund ihrer Systemvorteile in den unterschiedlichsten Anwendungen in der Bauwirtschaft eingesetzt werden und vor allem beim Geräteanbau klare Vorteile besitzen. So hat beispielsweise auch die BMTI – Baumaschinentechnik International GmbH in Köln, ein Tochterunternehmen des Branchenriesen STRABAG AG, eine Reihe von Unimog Geräteträgern mit Bitumentank und einem neuartigen Gerät zum Nahtkleben vor dem Auftragen der nächsten Asphaltbahn angeschafft. Die Einsparungen der Bundesregierung beim Straßenneubau fördern geradezu unterschiedlichste Erhaltungsmaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten. Dazu kommt, dass der Radwegbau allorts einen Boom verzeichnet. □



„Wir bauen Zukunft!“

60 Ehrenamtliche arbeiten am „Umbau“ Mittelneufnachs und Reichertshofens

Es tut sich allerhand in Mittelneufnach und in Reichertshofen. Auch wenn auf den ersten Blick eigentlich noch gar nicht viel zu sehen ist: Hinter den Kulissen arbeiten gut 60 Ehrenamtliche in fünf Arbeitskreisen und einer Jugendprojektgruppe mit Hochdruck am nachhaltigen und zukunftsweisenden „Umbau“ ihrer Heimatgemeinde. Ein Jahr ist es jetzt her, seit der Startschuss für die Großbaustelle Dorfentwicklung gefallen ist. In der Zwischenzeit ist vieles passiert. Die bisherigen Ergebnisse dieser sogenannten Vorbereitungsphase wurden jüngst bei einem bunten Dorfabend im Gemeindezentrum der Bevölkerung präsentiert. Unter dem Motto „Wir bauen Zukunft“ präsentierten Gottfried Wenger, Planer Karl Arnold, Karl Scheid und Bürgermeister Franz Xaver Meitinger (v. l.) das Logo der Dorfentwicklung Mittelneufnach – Reichertshofen.

Demokratie von unten

Bürgermeister Franz Xaver Meitinger und Projektleiter Karl Scheid nutzten die Präsentationsveranstaltung noch einmal zu einem Appell an die Bevölkerung, sich bei der Dorfentwicklung einzubringen. „Die Ideen, Vorstellungen und Anregungen aller Generationen sind gefragt und wichtig!“ Das Modell der Dorfentwicklung berge ein hohes Potenzial an Bürgerbeteiligung und Demokratie von unten. Bild und Text: Walter Kleber



Ein Mercedes-Benz Unimog U 400 sprüht die Bitumenemulsion zum Einbau der nächsten Asphaltsschicht aus. □

Der Weg zu guten Straßen

Der nächste Winter steht vor der Tür, die Folgen des letzten sind aber nach wie vor sichtbar: Schlaglöcher prägen teilweise noch immer das Straßenbild. Der Deutsche Asphaltverband macht darauf aufmerksam, dass Asphalt ein Baustoff ist, der auch den widrigsten Witterungsbedingungen problemlos standhält. Die mittelfränkische Gemeinde Rednitzhembach zeigt, wie mit dem Vermögenswert Straße richtig umgegangen wird und Schlaglöcher vermieden werden können.

Rednitzhembach hat es geschafft: Die Gemeinde ist schuldenfrei. Dabei sah die Zukunft der Stadt einst sehr düster aus: „Uns drückte eine Schuldenlast von rund 5 Mio. Euro“, berichtet Jürgen Spahl, Bürgermeister von Rednitzhembach. „Irgendwann war dann klar, dass wir so nicht weiter machen können. Da hatten wir die Wahl, entweder jammern oder etwas ändern!“

Geändert hat er viel, der parteilose Bürgermeister, der bei der letzten Kommunalwahl immerhin gut 93 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Zentraler Punkt war zunächst die Umwandlung und Konsolidierung der Gemeindegewerke in eine GmbH.

Daneben beschreitet Rednitzhembach aber auch in der Erhaltung der Gemeindestraßen wenig benutzte Wege. Wurden früher kleine Risse in der Fahrbahnoberfläche wie auch andernorts üblich mit Bitumen-

emulsionen abgespritzt, werden die Verkehrsflächen der Gemeinde nun in der Regel vollflächig saniert. „Unsere Straßen werden auch dann wieder voll Instand gesetzt, wenn die Mängel noch nicht offensichtlich sind“, legt Rüdiger Schultze vom Bauamt dar. Auf diese Weise ist es meistens ausreichend, lediglich die Deckschicht abzufräsen und zu sanieren. Asphaltbinder- und -tragschicht müssen nur in Ausnahmefällen, beispielsweise bei Kanalarbeiten, ausgebaut werden. „Auf lange Sicht ist es viel günstiger, Straßen komplett zu sanieren, als Flickschusterei zu betreiben“, so Spahl.

Keine Mehrbelastung

Für den Weg aus der Schuldenfalle gab es in Rednitzhembach aber auch eine strikte Vorgabe: Mehrbelastungen für die Bürger mussten vermieden werden. Und auch dies sieht man in der kleinen Gemeinde unter Kostensparnis. „Würden auf die Bürger Mehrbelastungen zukommen, müssten die Gemeinde sich gegen Widersprüche und Klagen zur Wehr setzen und hätte höhere Verwaltungskosten“, rechnet Spahl pragmatisch vor.

Für die Bürger keine Mehrbelastungen und trotzdem gespart, wie soll das gehen? „Die Antwort zum Erfolg lautet hierbei Kommunikation“, so Spahl. Zu Beginn jeder Straßenbaumaßnahme steht eine intensive Planungsphase. Hierfür werden alle Beteiligten an einen Tisch geholt: Anwohner, Gas- und Stromversorger sowie Telekom-

munikationsunternehmen. In gemeinsamen Besprechungen wird erörtert, wer zukünftig was in dem entsprechenden Straßenabschnitt plant. Soll beispielsweise ein neues Haus gebaut, eine neue Wasserleitung verlegt oder die Telefonleitung verstärkt werden? Entsprechende Arbeiten können dann meistens vorgezogen werden oder das Bauprojekt wird verschoben. So entfällt ein großer Teil von Aufgrabungen, die einerseits das Straßenbild verschlechtern und andererseits auch die geschlossene, ebene Fahrbahnoberfläche stören. „Diese Vorgehensweise bedeutet für die Gemeinde rund 30 % Einsparungen“, erläutert Spahl.

Kürzere Bauzeiten

Darüber hinaus bietet die Asphaltdeckensanierung aber noch weitere Vorteile für Rednitzhembach. Die Bauzeiten werden wesentlich verkürzt und somit reduzieren sich auch die Verwaltungskosten. Zudem sind die Straßen auch nach dem Abfräsen noch befahrbar und stellen für Anwohner und Geschäftsleute keine Beeinträchtigung dar.

Die Ergebnisse des Erhaltungsmanagement können sich in Rednitzhembach sehen lassen. Als nach dem vergangenen Winter ein Fernsehteam des ARD-Wirtschaftsmagazins „Plusminus“ den Ort besuchte, um über die schuldenfreie Gemeinde zu berichten, gab es für die Journalisten eine kleine Enttäuschung. „Der zuständige Redakteur wollte noch eine Straßenbaumaßnahme filmen, bei der wir ein Schlagloch ausbessern“, erinnert sich Spahl schmunzelnd. „Leider musste ich ihm da aber mitteilen, dass auf unseren 40 km Gemeindestraßen nicht ein einziges Schlagloch aufgetreten ist“. Ein Erfolg, der dem Bürgermeister Recht gibt. □

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Terminhinweis

Zum Thema systematische Erhaltung auf kommunalen Straßen führt der Deutsche Asphaltverband (dav) am 30. November in München beim Bayerischen Bauindustrieverband am Oberanger 32 eine kostenlose Vortrags- und Diskussionsveranstaltung durch.

Nähere Informationen zum Programm im Internet unter www.asphaltberatung.de in der Rubrik Termine. □

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Von der Krise zur Chance

Bundeskongress in Nürnberg mit Bundesminister Peter Ramsauer

Zum vierten Mal führte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund einen Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik durch. Das Thema des diesjährigen Kongresses in Nürnberg lautete: „Entwicklung von Stadt und Land – von der Krise zur Chance“.

Über 800 Fachleute fanden auf dem ehemaligen Quelle-Areal zusammen. Bundesbauminister Peter Ramsauer diskutierte mit dem Stadtplaner Prof. Albert Speer und Vertretern der Landes- und Kommunalpolitik. Im Zentrum standen die besonderen Herausforderungen, vor denen die Kommunen durch die Wirtschaftskrise stehen.

Neue Wege

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wies bei einem Empfang darauf hin, „dass die Wahl des Veranstaltungsorts Nürnberg unsere Anstrengungen bestätigt, der Stadtentwicklung einen besonderen Stellenwert einzuräumen“. Mit dem vom Bund geförderten Projekt koopstadt gehe Nürnberg, zusammen mit den Partnerstädten Bremen und Leipzig, seit 2008 neue Wege. „Allerdings können ohne eine kontinuierliche finanzielle Ausstattung der Städte viele kommunale Ideen und Vorhaben nicht oder nur mit großer Verzögerung verwirklicht werden“, meinte Maly.

Wirtschaft- und Stadtentwicklungsreferent Dr. Roland Fleck sieht seine Strategie bestätigt: „Die Konzentration auf einzelne Stadtbereiche wie die Altstadt, die Südstadt und die Weststadt haben bereits zu wichtigen Weichenstellungen der Entwicklung unserer Frankenmetropole geführt. Ich erinnere daran, dass gerade auf Grundlage dieser Zielsetzung neue ergänzende Förderprogramme, wie das Programm Stadtbau West im Nürnberger Westen

und das Programm aktive Orts- und Stadtteilzentren in der Nördlichen Altstadt, die eingeschlagene Richtung nachhaltig unterstützen.“

Investitionen und Konsolidierung

Wie Bundesminister Ramsauer erklärte, „konnte die Finanzkrise nicht zuletzt durch die Konjunkturprogramme des Bundes bislang bewältigt werden. Aber auch die Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Einerseits sind Investitionen dringend notwendig, genauso notwendig ist die Konsolidierung der öffentlichen Kassen. Wir setzen uns gemeinsam für eine gute, ausgewogene Stadtentwicklungspolitik ein. Ich habe erreicht, dass die Städtebauförderprogramme und die Gebäude- und Gebäudesanierungsprogramme weiter geführt werden können. Das ist ein großer Erfolg, der den Kommunen und den Menschen vor Ort zu Gute kommt. Ich freue mich über die Unterstützung, die ich von Ländern und Kommunen dabei erhalten habe. Unter dem Dach der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist unsere Zusammenarbeit sehr gut.“

Carsten Kühl, Finanzminister von Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Bauministerkonferenz betonte: „Die Länder sind davon überzeugt, dass es angesichts der strukturellen Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit von Stadt und Land keine Kürzungen bei der Städtebauförderung geben darf.“

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg und stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages meinte: „Die Städte stehen nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzkrise vor riesigen Herausforderungen. Es geht um Stadtumbau und um eine familien- und altengerechte Stadterneuerung. Wir brauchen Lösungen für die wachsenden sozialen Probleme und müssen Maßnahmen für den Klimaschutz umsetzen. Diese Aufgaben können nur mit einer modernen Stadtentwicklungspolitik bewältigt werden. Wir brauchen auch künftig eine starke Städtebauförderung mit entsprechender finanzieller Ausstattung.“

UNESCO-Welterbestätte Regensburg

„Angesichts des ungebrochenen Anstiegs der kommunalen Ausgaben und einer Steigerung der Sozialausgaben verzeichnen die Kommunen das höchste Defizit ihrer Geschichte. Diese Entwicklung bedroht die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Die Kommunen brauchen dringend Hilfe von Bund und Ländern. Nur so sind die Zukunftsaufgaben in der Stadtentwicklung zu bewältigen“, stellte Roland Schäfer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister von Bergkamen, fest.

Am Rande der Veranstaltung

EXPO REAL 2010:

Eine Branche atmet auf

Erstmals seit 2008 signalisiert die EXPO REAL wieder eine Erholung der Branche: Zur 13. Internationalen Fachmesse für Gewerbeimmobilien kamen rund 37.000 Teilnehmer - 21.000 Fachbesucher wie im Vorjahr und 16.000 Repräsentanten der Aussteller. Damit erzielt sie ein Plus von 1.000 Teilnehmern im Vergleich zu 2009. Bei den Ausstellern hat die EXPO REAL 2010 um vier Prozent auf 1.645 Unternehmen zugelegt.

„Mit diesem Ergebnis ist die EXPO REAL die einzige Branchenmesse, der es in diesem Jahr gelingt, ein leichtes Wachstum hinzulegen. Die Branche atmet wieder auf“, sagte Eugen Egetenmeier, Geschäftsführer der Messe München.

Auch die Teilnehmer zeigten sich zuversichtlich: Andreas Quint, CEO von Jones Lang LaSalle: „Das deutlich verbesserte Marktumfeld und die Aufbruchstimmung waren in München spürbar. Die EXPO REAL hat diesen Optimismus aufgegriffen und ihr Alleinstellungsmerkmal als Geschäftsmesse einmal mehr unter Beweis gestellt. Insgesamt war die EXPO REAL die Initialzündung für ein starkes Abschlussquartal 2010.“

Kommunikationsplattform

Stefan Brendgen, CEO von Allianz Real Estate Germany, bekräftigte: „Die EXPO REAL kam zum richtigen Zeitpunkt, um Verhandlungen zu führen und neue mögliche Objekte kennenzulernen. Die Gespräche auf der Messe verliefen sehr erfolgreich und waren auf einer sehr internationalen Ebene. Die EXPO REAL ist die Kommunikationsplattform - sie bündelt alle wichtigen Kontakte in wenigen Tagen.“

Diese positive Einschätzung spiegelte auch die Besucherbefragung auf der EXPO REAL wider: Laut Gelszus MesseMarktforschung waren mehr als 60 Prozent der Meinung, dass sich die wirtschaftliche Situation der Branche in Zukunft verbessern wird.

übergab Peter Ramsauer mit einem symbolischen Scheck über 2,4 Millionen Euro die Fördermittel des Bundes für die UNESCO-Welterbestätte Regensburg. Die Altstadt der Stadt Regensburg wurde 2006 in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Konkret fließt die Investitionssumme in Regensburg in die Sanierung des Hauses der Musik, die Restaurierung der Fresken in St. Kassian, die Gesamtinstandsetzung der Neupfarrkirche sowie in die Energiegewinnung aus Abwässern.

Ramsauer zufolge ist Regensburg die am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland: „Hier spiegelt sich wie in keiner anderen Stadt in Mitteleuropa die wirtschaftliche, politische und religiöse Entwicklung des hohen Mittelalters wider. Wir können uns glücklich schätzen, dass die mittelalterliche Altstadt von Kriegszerstörungen nicht betroffen war und in der Folgezeit ihren historischen Baubestand bewahren konnte. Nicht umsonst gilt Regensburg als die am besten erhaltene hochmittelalterliche Altstadt in Deutschland.“

Verantwortung und Verpflichtung

„Die hohe Auszeichnung als UNESCO-Welterbestätte bedeutet auch eine große Verantwortung und Verpflichtung, sorgsam mit diesem Erbe umzugehen. Mehr als 360 Anträge aus allen deutschen Welterbestätten haben den unverändert bestehenden Bedarf nach Investitionen in die Erhaltung der Denkmäler auch in diesem Jahr deutlich gemacht“, hob Ramsauer hervor. **DK**



Landrat Roland Schwing (2. v. r.), die Schulleiter Johann Mertl (r.) und Günther Siegel (2. v. l.) sowie Bürgermeister Matthias Luxem (l.) errichteten eine kleine Mauer, um damit symbolisch den Beginn des fünften Bauabschnitts einzuläuten. **□**

Sanierung des Schulzentrums Elsenfeld:

Auf der Zielgeraden

Mit der symbolischen Errichtung einer kleinen Mauer ist der Beginn des fünften Bauabschnitts am Schulzentrum Elsenfeld gefeiert worden. Wie Landrat Roland Schwing vor Vertretern aus Politik, Verwaltung, Schule und Firmen erklärte, gehe es mit dem letzten Bauabschnitt des Großprojekts nun auf die Zielgerade der mehrjährigen Sanierung.

Der Bauabschnitt, quasi das Herzstück des großen Bauvorhabens, umfasse die Generalsanierung der Aula sowie der beiden Schulverwaltungen. Bei der Erweiterung und Generalsanierung des Schulzentrums handle es sich um das größte Bauvorhaben, das der Landkreis je gestemmt habe, wusste der Landrat. Seit gut sechs Jahren werde hier bei vollem Betrieb zweier Schulen mit insgesamt 2000 Schülern gearbeitet. Nach einem Jahr Bauzeit könnten die beiden Schulverwaltungen zum Beginn des kommenden Schuljahrs dann ihren Betrieb in den neuen Räumen aufnehmen, kündigte Schwing an. Zudem hoffe man darauf, im Jahr 2011 den überwiegenden Teil der Außenanlagen der Bauabschnitte III bis V herstellen zu können, 2012 soll das Bauvorhaben komplett abgeschlossen sein.

Konstruktives Miteinander

Die Aula, so Schwing, werde künftig deutlich heller und lichtdurchflutet sein; auf beiden Seiten werden sich offene Innenhöfe anschließen. Im Obergeschoss werden nahezu spiegelbildlich die Verwaltungsräume und Lehrerbereiche für Gymnasium und Realschule errichtet – einvernehmlich abgestimmt zwischen Schulleitungen, Planern und Landkreis. Auch ein behindertengerechter Aufzug wird Schwing zufolge eingebaut. Die Schulverwaltungen seien Übergangsweise in bereits sanierte Räume umgezogen, der Umzug sei in der letzten Schulwoche Ende Juli und in der ersten Augustwoche erfolgt. Derzeit liege der Kostenstand für den fünften Bauabschnitt bei knapp 6,5 Millionen Euro, rechnete der Landrat vor. Sämtliche Haustechnik-Gewerke seien bereits vergeben (1,193 Millionen Euro), der Bauausschuss werde in seiner nächsten Sitzung weitere Gewerke für 229.000 Euro vergeben.

stellten insgesamt 1.645 Unternehmen aus 35 Ländern aus, 65 mehr als in 2009. Die verstärkte Flächennachfrage kam vor allem aus dem Ausland mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa. Insbesondere Polen hatte einen bemerkenswerten Auftritt. Es steigerte die Zahl seiner Aussteller im Vergleich zu 2009 um 60 Prozent. Weiter legten bei den Ausstellerzahlen besonders Österreich, Russland, Serbien und Tschechien zu.

Die nächste EXPO REAL findet auf Grund des Feiertages am 3. Oktober von Dienstag, 4. Oktober, bis Donnerstag, 6. Oktober 2011 in München statt. **□**

Schwing dankte ausdrücklich allen am Bau Beteiligten und der gesamten Schulfamilie für deren konstruktive Mitarbeit und Verständnis für alle Unannehmlichkeiten.

Bauleiter Kurt Baier sprach vom fünften Bauabschnitt als „Herzkammer“ der Schule – sie gebe nach ihrer Fertigstellung den Rhythmus und Puls des Lebens an der Schule vor. Er hoffte, dass beide Schulen nach dem Ende der Sanierung und Erweiterung den Schülern optimale Bedingungen für den Lehrbetrieb bieten können. Die am Bau Beteiligten würden sich bemühen, den Schulbetrieb möglichst ungestört zu lassen, bemerkte Baier.

Beispielhafter Umzug

Johann Mertl, Rektor der Realschule, erklärte, dass in vielen Vorgesprächen und Sitzungen wichtige Details geklärt worden seien. Die Entscheidung für die Erweiterung und Sanierung der Schule sei „sehr weise und klug“ gewesen, sagte er. Auch der schnelle Umzug, bei dem die gesamte Schulfamilie angepackt habe, sei beispielhaft gewesen. Günther Siegel, Leiter des Julius-Echter-Gymnasiums, lobte die neuen Räume, die mit dem vierten Bauabschnitt bezugsfertig wurden, mit den Worten: „Wir fühlen uns darin sehr wohl.“ Dass die Aula nun ein Jahr lang für zahlreiche schulische Veranstaltungen wegfällt, sei schwierig. Allerdings sei das Entgegenkommen des Marktes Elsenfeld, das Bürgerzentrum für schulische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, eine sehr große Erleichterung. Mit den Worten „Wir können die Fertigstellung des fünften Bauabschnitts kaum erwarten“ sprach er allen Schülern und Lehrern aus der Seele.

Wichtiger Standortfaktor

Für den Markt Elsenfeld sagte Bürgermeister Matthias Luxem, dass das Schulzentrum für Elsenfeld ein wichtiger Standortfaktor, dem Markt aber auch Verpflichtung sei. Die Sanierung sei zum richtigen Zeitpunkt angepackt worden, so Luxem. Wenn es räumliche Engpässe gebe, müsse die Schulleitung nur im Rathaus anrufen, versprach er, „wir helfen sofort.“

Landrat Roland Schwing, die Schulleiter Johann Mertl und Günther Siegel sowie Bürgermeister Matthias Luxem griffen anschließend zu Mörtel, Kelle und Waage, um aus Anlass des Baubeginns eine kleine Mauer zu errichten. **□**

Innenstädte im Aufwind

BBSR legt Studie zur Entwicklung der Bevölkerung in den Zentren vor

In Deutschland leben rund 24 Millionen Menschen in Innenstädten. Vor allem in den Großstädten wächst die Innenstadtbewölkerung nach Jahren der Stagnation wieder. Besonders für junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren werden die Zentren als Wohn- und Arbeitsorte immer attraktiver. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Die Forscher des Bonner Instituts haben aus 85 Städten mit mehr als 60.000 Einwohnern Daten zu Alter und Nationalität der Wohnbevölkerung auf Stadtteilbene ausgewertet.

Bei mehr als drei Vierteln der untersuchten Städte entwickeln sich die Innenstädte der Studie zufolge deutlich dynamischer als die Stadtränder, die vielerorts Einwohner verlieren. Vor allem an den Rändern ostdeutscher Städte leben immer weniger Kinder und Jugendliche, während gleichzeitig die Zahl der über 60-Jährigen zunimmt. Ein Grund für die günstige Bevölkerungsentwicklung in den Innenstädten sind auch umfangreiche Sanierungen, die im Zuge der Städtebauförderung von Bund und Ländern zur Aufwertung des Wohnumfelds beigetragen haben.

Hohe Fluktuation in Innenstadtgebieten

Die Bewohner der Innenstadt sind im Vergleich zur Bevölkerung am Stadtrand jünger, und der Altersunterschied wird sich weiter vergrößern. Eine Ursache ist laut Studie die hohe Fluktuation in den Innenstadtgebieten und die Mobilität der Einwohner. Fast jeder Zweite zieht im Durchschnitt alle fünf Jahre um. Am Stadtrand und in kleineren Gemeinden sind die Menschen deutlich stärker verwurzelt. Ob sich der Trend zurück zum Wohnen in der Innenstadt verfestigt, ist angesichts der demografischen Entwicklung jedoch fraglich, da der Anteil der Jüngeren an der Gesamtbevölkerung weiter abnehmen wird.

Die Studie hat neben der Altersstruktur auch die Nationalität der Innenstadtbewohner erhoben. Zuwanderer aus dem Ausland suchen zunächst Wohnquartiere mit günstigen Mieten und finden diese häufig in innerstädtischen Altbauquartieren mit geringeren Ausstattungsstandards. In den untersuchten Innenstädten ist der Ausländer-Anteil höher als in den städtischen Randbereichen. Rund 14 Prozent der Innenstadtbewohner haben keinen deutschen Pass, am Stadtrand sind es 8 Prozent. **□**

Elektronisches Landratsamt Ostallgäu:

Weiter auf dem Vormarsch

Der Landkreis Ostallgäu ist zusammen mit den Kreisen Würzburg und Kitzingen Vorreiter beim eGovernment. Zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, EDV-Fachleute und Geschäftsführer von Landkreis-Gemeinden und darüber hinaus verfolgten auf Einladung des Landratsamtes Ostallgäu interessiert die Ausführungen zu einer neuen elektronischen Infrastruktur für das Landratsamt im Beisein von Ministerialrat Wolfgang Bauer, Stabstelle des CIO Bayern.

Vorbereitet wurde diese Entwicklung durch ein Pilotprojekt zur medienbruchfreien Datenübertragung, an dem das Landratsamt Ostallgäu und die Landkreise Würzburg und Kitzingen teilnehmen. Sie nehmen damit eine Vorreiterrolle unter den Landkreisen Deutschlands ein.

Bereits seit längerem sind die Landkreise an einem Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Dienstleister SiXFORM GmbH (signierbare XML-Formulare) beteiligt, bei dem intelligente PDF-Formulare als online-Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Bereits jetzt können zahlreiche

Formulare der Behörde online unter www.ostallgaeu.de ausgefüllt und heruntergeladen werden. Neu wird künftig sein, dass die Formulare z.B. mit einer automatischen Mehrsprachigkeit, Terminkoordination und später auch Bezahlung Online verbunden werden können. Landrat Johann Fleschhut betont: „Mit diesem Pilot ist es uns endlich möglich wirklichen elektronischen Service ohne Papier und unnötige Laufwege anzubieten. Nach dem Motto ‚Nicht die Bürger laufen, sondern die Daten‘.“

Digitale Bauantrag

Noch 2010 wird auch der digitale Bauantrag mit dieser Technik weitergeführt. Ziel ist auch hier die papierlose Abwicklung von Bauanträgen. Die Gemeinden übersenden künftig den kompletten Antrag von der Gemeinde zum Landratsamt. Die Bürger können von der Abgabe an die Gemeinde jederzeit den Sachstand verfolgen.

Möglich wurde dieser Schritt erst durch die bundesweite Einführung des neuen elektronischen Personalausweises zum 1. November 2010. Auf dieser Basis hat die Firma SiXFORM eine Integration des neuen elektronischen Personalausweises und weiterer Fachverfahren in das Behördenfeld erarbeitet, erklärte Rudolf Philipeit, Projektleiter der SiXFORM. Das Besondere im Zusammenspiel von SiXFORM und dem neuen Personalausweis ist hierbei, dass die bereits in den Medien dargestellten Sicherheitsprobleme beim neuen Personalausweis in Verbindung mit SiX-

FORM keine Gefahr bedeuten. Das Bundesinnenministerium fördert die Verbreitung des neuen Personalausweises mit der Verteilung von 100.000 kostenlosen Kartenlesern für die Projektgebiete. Auch die Gemeinden des Landkreises, die am Umsetzungs-konzept teilnehmen und den SiXFORM-Dienst nutzen, werden von diesen kostenlosen Kartenlesegeräten für die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Das Landratsamt Ostallgäu fungiert hier als Verteiler. Mit dem Kartenleser kann sich der Bürger mit seinem elektronischen Personalausweis von zu Hause aus sicher elektronisch identifizieren und sich damit Behördenwege oder reale Wege zu Geschäftspartnern ersparen.

Abstimmung

Den Rahmenvertrag mit SiXFORM hat der Landkreis Ostallgäu bei der Veranstaltung geschlossen; nun werden noch mit den Gemeinden die weiteren Schritte abgestimmt. Dass die beteiligten Landkreise Ostallgäu, Würzburg und Kitzingen damit auf einem zukunftsweisenden Weg sind, bewies das Eröffnungsreferat von Ministerialrat Wolfgang Bauer, Stabstelle des CIO Bayern.

Neue Form des Verwaltungshandelns

Bauer sprach von einer neuen Form des Verwaltungshandelns durch das angestrebte eGovernment mit dynamischen Formularen vor allem für kleinere Kommunen: „43 Prozent der bayerischen Bürgerinnen und Bürger leben in Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern. Auch hier muss eGovernment aufgebaut werden.“ Nur so könne eine aktive Bürgerschaft aufgebaut werden, stellte Bauer fest.

sofort angezeigt. Alles, was dafür benötigt wird, ist der kostenlose und auf praktisch jedem Rechner vorhandene Adobe Reader. Der Empfänger kann sich über unterschiedliche Möglichkeiten authentifizieren – etwa durch einen Mailzugang oder auch den neuen Personalausweis, der nunmehr erhältlich ist.

„Einschreiben mit Rückschein“

So lassen sich umfassende Sicherheit, volle Kontrolle und die Aktualität der Inhalte sicherstellen. Im übertragenen Sinne können Anwender ein „Einschreiben mit Rückschein“ versenden. Der Grad des Schutzes lässt sich dabei variabel konfigurieren. Neben Protokoll-Funktionen, die im Adobe Rights Management Reichweiten Check zum Einsatz kommen, sind auch restriktivere Sicherheitsstufen möglich.

nagement (DRM) etabliert, um mit den unterschiedlichsten Mechanismen eine unerlaubte Verbreitung zu verhindern“, so Martin Kuppinger, Analyst und Senior Partner bei Kuppinger Cole + Partner. „Wie aber lassen sich Informationen schützen, die außerhalb des ‚Herrschaftsbereichs‘ unternehmensinterner Mechanismen für den Zugriffsschutz zirkulieren? Information Rights Management ist gerade in Zeiten von Cloud Computing wichtiger denn je und wird zu einer strategischen Aufgabe der Unternehmensführung, um die Sicherheit sensibler Informationen zu gewährleisten.“

Variable Stufen

Rights Management auf Basis von LiveCycle ist für Sender und Empfänger einfach umzusetzen. Dokumente werden per Mausclick in wenigen Sekunden geschützt und ohne Zusatzsoftware

befugten Zugriffen zu sichern.

Maximale Sicherheit

„Im Finanzbereich werden immer mehr Geschäftsvorfälle wie Kontoeröffnungen, Vertragsabschlüsse und andere Transaktionen auf elektronische Prozesse umgestellt, um diese für Kunden und Anbieter bequemer und effizienter zu gestalten“, sagt Christian Schulze-Amelung, Produktmanager für Software beim Deutschen Sparkassenverlag. „Solche Angebote werden jedoch nur angenommen, wenn maximale Sicherheit im Umgang mit diesen hochsensiblen Informationen gewährleistet ist. Daher setzen alle Sparkassen in Deutschland auf die Adobe LiveCycle-Technologie.“

Strategische Aufgabe

„Für multimediale Inhalte wie Filme hat sich Digital Rights Ma-



Landrat Johann Fleschhut (links) und Rudolf Philipeit (Geschäftsführer, SiXFORM GmbH) bei der Übergabe des 1. Kartenlesegerätes für den Landkreis Ostallgäu.

Machbarkeitsstudie zur Breitbanderschließung

Auftaktveranstaltung für die Gemeinden im Landkreis Miltenberg

Das Ingenieurbüro IK-T in Regensburg wurde vom Landratsamt Miltenberg stellvertretend für die Gemeinden im Landkreis beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Breitbanderschließung durchzuführen. Vor kurzem fand im Landratsamt die Auftaktveranstaltung zur Machbarkeitsstudie mit den Bürgermeistern und Breitbandpaten statt.

In der Studie werden in einer systematischen Vorgehensweise das gesamte Problemfeld zur Breitbandversorgung im Landkreis analysiert und Lösungsvorschläge für jede Gemeinde aufgezeigt. Zunächst wird die Breitbandversorgungssituation pro Ortsteil kalkuliert. Durch Fragebogenaktionen in den Gemeinden wird die Versorgungssituation bei Haushalten und Unternehmen abgefragt (sofern noch nicht erfolgt). Damit wird belastbar festgestellt, in welchen Ortsteilen auch nach den Förderrichtlinien eine Breitbandunterversorgung vorliegt.

Systematische Erfassung

Im nächsten Schritt wird die vorhandene Infrastruktur ermittelt, welche ggf. für einen Breitbandausbau mit verwendet werden könnte. Hierzu gehören bereits vorhandene Glasfaserkabel und Leerrohre aber auch bestehende Funkmasten. Da bei Tiefbaumaßnahmen wie Straßen-, Radweg- Kanalbau usw. Leerrohre günstig mitverlegt werden können, werden auch diese systematisch erfasst.

Planungsteil

Den Schwerpunkt der Studie bildet der Planungsteil. Hierin werden für jede Gemeinde verschiedene Lösungen erarbeitet. Vorzugsweise werden Trassen gewählt, auf denen bereits Tief-

baumaßnahmen vorgesehen sind, um die teilweise recht hohen erforderlichen Investitionskosten zu reduzieren. Für jede erforderliche Glasfaserstrecke werden auch die voraussichtlichen Erstellungskosten ermittelt. Auch Funklösungen und die zugehörigen Investitionskosten werden angegeben.

Wenn die erarbeiteten Lösungsvorschläge der Machbarkeitsstudie zur Verfügung stehen werden diese in Einzelgesprächen den Bürgermeistern und Breitbandpaten vorgestellt und diskutiert.

Ergebnisse bis Ende April 2011

„Dieses interkommunale Breitbandobjekt wird in entscheidender Weise über die Zukunftsfähigkeit des Landkreises Miltenberg und seiner Kommunen entscheiden. Durch eine gemeindeübergreifende Untersuchung sollen sinnvolle und kostengünstige Ausbaustategien für eine ausreichende Breitbandversorgung entwickelt werden“, betonte Landrat Roland Schwing. Das Projekt wird ca. sechs Monate dauern. Bis Ende April 2011 sollen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorliegen.

Die Kosten der Studie betragen rund 95.000 Euro. Davon werden ca. 60.000 Euro Fördergelder vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Die Restfinanzierung erfolgt durch den Landkreis Miltenberg.

Hintergrundinformation

Die jüngsten Kooperationsvereinbarungen zwischen den Partnerunternehmen Deutsche Telekom/T-Systems, Adobe und SiXFORM erlauben es, dass ab sofort jede Stadt/Gemeinde an der Maßnahme „IT-Sicherheitskits für Bürgerinnen und Bürger“ teilnehmen kann (solange der Vorrat reicht). Die teilnehmenden Kommunen erhalten während der Projektlaufzeit vom 1.11.2010 bis zum 31.12.2011 kostenlos Kartenlesegeräte für den neuen Personalausweis, die sie an ihre Bürger mit jedem neuen Personalausweis bei freigeschalteter eID-Funktion herausgeben können. Weitere Hintergrundinfos und ein Anmeldeformular können auf der Homepage der SiXFORM GmbH ab Mitte November abgerufen werden: <http://www.sixform.com>

Was passiert mit vertraulichen Dokumenten nach Feierabend?

München – Adobe Systems hat ein neues Angebot gestartet, mit dem sich schnell und unkompliziert überprüfen lässt, was mit Dokumenten passiert, die an Mitarbeiter, Partner und andere Empfänger versendet wurden. Unter <http://www.adobe-solutions.de/sicherheit/> hat jeder Nutzer nach einer kurzen Registrierung die Möglichkeit, bis zu 5 PDF-Dokumente zu schützen. Im Anschluss lässt sich der Weg dieser Datei dann genau nachvollziehen: jeder Zugriff wird auf einer Weltkarte mit Ort, Uhrzeit und IP-Adresse erfasst.

Gleichzeitig startete Adobe einen Wettbewerb, bei dem die Teilnehmer im Rahmen des Rights Management Reichweiten Check ein Flugticket im Wert von 2.000 Euro gewinnen konnten. Entscheidend war die Reichweite, die von ihren Dokumenten insgesamt zurückgelegt wurde. Der Wettbewerb lief bis zum 15. September 2010.

Adobe LiveCycle Technologie

Der Rights Management Reichweiten Check basiert auf der Adobe LiveCycle Technologie, die vielfältige Möglichkeiten für den Schutz und das Management von Informationen bietet. Unternehmen, Behörden und Organisationen aus unterschiedlichen Branchen nutzen LiveCycle, um ihre Geschäftskorrespondenz, Präsentationen und andere sensible Inhalte zuverlässig vor un-

So besonders wie du. Mein BASE.

BASE

www.base.de

5. DATEVkommunal Anwenderforum in Brühl

Begegnung und Austausch sind doch und trotz aller virtuellen Web 2.0-Welten immer nochmal etwas anderes. Und so trafen sich kürzlich 130 Teilnehmer beim 5. DATEVkommunal Anwenderforum in Brühl. Die Veranstaltung, zu der Klaus Schröder, Leiter von DATEVkommunal, eingeladen hatte, bot ein vielfältiges Programm - nach der Begrüßung durch Dieter Freytag, Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Brühl, gab es Fachvorträge unter anderem zur Software-Linie DATEVkommunal pro und zu aktuellen Entwicklungen beim Thema E-Government.

Auch Kunden gestalteten das Anwenderforum aktiv mit. Stefan Mannz, Leiter der Finanzbuchhaltung in Mechernich, zeigte die Vorgehensweise bei der Konsolidierung im „Konzern Kommune“ auf. Cornelia Schnieder, Leiterin des Rechnungswesens bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, referierte zur Einführung eines Dokumenten-Management-Systems (DATEV-DMS). Auch die bestehende Kooperation der DATEV mit dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe wurde dargestellt. Wolfgang Scherer, stellvertretender Geschäftsführer des krz, zeigte die „Perspektiven in der Zusammenarbeit mit kommunalen Rechenzentren“ auf. Und daneben blieb viel Raum für „interkommunales Austausch“.

Doppik in Brühl

Die Stadt Brühl ist 2010 der sechste doppische Haushalt, der nach Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellt und bewirtschaftet wird. Der Haushaltsplan wird mit Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung und DATEV bewirtschaftet.

2009 wurde die integrierte Mittelbewirtschaftung eingeführt und damit die Informationsbasis für die Budgetverantwortlichen in der gesamten Verwaltung verbessert. In Brühl wird der Haushalt (einzusehen unter www.bruehl.de) überwiegend auf Produktgruppenebene abgebildet, 52 Teilpläne gliedern den vom Rat diskutierten Entwurf.

Die Vermögenserfassung zur Erstellung der ersten kommunalen Eröffnungsbilanz war sehr aufwändig, jedoch konnten viele Bewertungsverfahren vereinfacht werden. Innerhalb der vorgegebenen Zeit abgeschlossen werden. Somit steht mit dem Jahresabschluss nun ein umfassendes Werk über die Vermögensverwendung (Vermögensstruktur, Aktiv-Seite der Bilanz) und die Vermögensherkunft (Finanzierungsquellen, Passiv-Seite der Bilanz) zur Verfügung.

Weiterführende Analysen sind

möglich, wie zum Beispiel Förderungsanalysen. Zudem wurden diverse Bilanzkennzahlen aus der betriebswirtschaftlichen Analyse auf den kommunalen Bereich übertragen. So werden bei der Haushaltsanalyse Daten des „Kennzahlensets“ angewandt; hierzu gehören beispielsweise die Zinslastquote, die Eigenkapitalreichweite oder der dynamische Verschuldungsgrad. Die auf dieser Datenbasis fußenden Aussagen gehen weit über frühere simple Konstrukte wie der Pro-Kopf-Verschuldung hinaus (www.im.nrw.de/bue/292.htm Leitfaden 1).

Umstellung auf den Landeskontenplan

Mit dem vierten testierten Jahresabschluss 2008 der Stadt Brühl konnten letztmalig Korrekturen an der ersten Eröffnungsbilanz vorgenommen werden (Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, § 92 Abs. 7).

Mit dem Haushaltsplan 2010 wurde das Rechnungswesen auf den Landeskontenplan umgestellt. Im Haushaltsplanentwurf wurde noch mit den alten Konten gearbeitet, um vergleichen zu können. Der endgültige Haushaltsplan enthält nun aber die neuen Kontenbezeichnungen.

Mit dem NKF-Einführungsgesetz muss bis zum 31. Dezember 2010 der erste Gesamtabschluss einer Kommune vorgelegt werden. Diese Bestimmung gilt für alle Kommunen Nordrhein-Westfalens. Die Vorarbeiten laufen in Brühl bereits jetzt. Der Rat muss in Kürze eine „Gesamtabschlussrichtlinie“ beschließen. Das Landesprojekt NKF-Gesamtabschluss wurde planmäßig in den vergangenen Wochen beendet. Der Abschlussbericht ist etwa 1.000 Seiten stark.

Ziele und Kennzahlen

Der Auftrag des § 12 der Gemeindehaushaltsverordnung lautet: „Für die gemeindliche Aufgabenerfüllung sollen produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressour-

cenauflommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.“

„Wirkungsorientierte Steuerung“

Ein Beispiel dafür ist unter www.neues-kommunales-finanzenmanagement.de/html/img/pool/2_2008-03-25-Br_hl-KennZ-Bericht.pdf zu finden. Die Brühler Ziele und Kennzahlen zur „wirkungsorientierten Steuerung“ wurden mit dem Haushalt 2010 nur geringfügig ausgebaut. Dafür wurde verwaltungsintern ein unterjähriges Berichtswesen eingeführt, das demnächst auch dem Rat zur Verfügung stehen

Government 2.0 Camp 2010:

Lernen aus der Praxis

Konferenz mit Finanzstaatssekretär Pschierer in der Bayerischen Vertretung in Berlin

Welche Bedeutung haben die neuen Möglichkeiten interaktiver Kommunikation für die öffentliche Verwaltung? Welche Chance bieten sie, welche Hürden müssen überwunden werden? Aus welchen Best Practice Beispielen können Behörden lernen? Wie werden Communities im Netz gebildet? Wie kann mit offenen Verwaltungsdaten Mehrwert für Gesellschaft und Wirtschaft geschaffen werden? Diese und andere Fragen rund um die Verwendung von Web 2.0 Technologien in der öffentlichen Verwaltung waren Thema des Government 2.0 Camps, zu dem der Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V., unterstützt von Verwaltungen aus Bund und Ländern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen in die Bayerische Vertretung nach Berlin einlud.

Unter dem Motto „Verwaltung trifft Social Media. Lernen aus der Praxis“ erläuterten Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft die neuen Formen von Transparenz, Kollaboration und Partizipation sowie insbesondere die Möglichkeiten von Open Data. Vorgestellt wurde auch die von der Bayerischen Staatsregierung in diesem Sommer gestartete Bürgerplattform zum Regierungsprogramm „Aufbruch Bayern“. Mehr als 100.000 Besucher hatten zwischen dem 15. Juni und 15. August 2010 die Plattform www.aufbruch.bayern.de besucht, fast 750 konkrete Vorschläge eingebracht, über 6.000 Diskussionsbeiträge geliefert und mehr als 10.000 Bewertungen abgegeben. Die von den Teilnehmern auf den Seiten verbrachte Zeit entspricht 760 Arbeitstagen.

Bundesweite Beispiele

Der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, ging in seiner Ansprache auf die Bedeutung von Government 2.0 für Politik und Gesellschaft ein. Beispiele, wie Government 2.0 funktionieren kann, existieren bereits bundesweit: So gibt es in Coburg das Digitale Stadtgedächtnis, das die Bürger mit pflegen können. In Essen beteiligt sich die Bevölkerung am Haushalt und in Hamburg können die Bürger über die Gestaltung des Domplatzes mitbestimmen.

Pschierer bezeichnete es als legitim, dass Bürger und Wirtschaft einen Anspruch auf Veröffentlichung bzw. Verwertung von Daten geltend machen: „Der Staat muss überall dort, wo berechnete Interessen des Steuerzahlers bestehen, entsprechende Informationen – selbstverständlich unter Beachtung geltender Datenschutzbestimmungen – zum Ab-

wird. Zudem sind für alle Teilergebnisse drei wesentliche Kennzahlen ausgeführt: der Aufwandsdeckungsgrad, die Personalintensität und der Zuschussbedarf je Einwohner. Mit diesen Kennzahlen können Aussagen zum strategischen Hauptziel der Haushaltskonsolidierung gemacht werden.

Warum Doppik?

Der Übergang von der Kameralistik zur Doppik wird inzwischen nicht mehr infrage gestellt. Sicherlich hätten auch viele Weiterentwicklungen auch auf kameraler Basis erfolgen können, jedoch stößt die Kameralistik wegen ihrer nicht integrierten Buchführung besonders bei der Einbeziehung von Vermögensgegenständen automatisch an ihre Grenzen. Zudem hätten für derartige Verfahren komplett neue EDV-Verfahren entwickelt werden müssen. Die größte Gefahr besteht darin, die Umstellung auf das NKF nur auf den Buchungsstil zu beschränken und auf die Möglichkeiten der verbesserten wirkungsorientierten Steuerung zu verzichten. □

Virtuell durchs 18. Jahrhundert spazieren

Mainfränkisches Museum: Neue Vermittlungsstrategie setzt auch auf Multimedia

Würzburg. Jugendliche gehören zu den seltenen Gästen im Mainfränkischen Museum. Was nicht an den Ausstellungsstücken liegt. Die Präsentation der Objekte ist für multimedial verwöhnte Teenager jedoch nicht wirklich „hip“. In etwa einem Jahr, so Museumsleiterin Dr. Claudia Lichte, soll es eine erste Präsentation mit Hilfe Neuer Medien geben. Ganz oben auf der Wunschliste der Museumsfrau steht ein virtueller Spaziergang durch das 18. Jahrhundert anhand des „Greiffenclau-Schranks“.

Der Schreibschrank von Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenclau hat es historisch gesehen in sich. Sein ungewöhnlicher Schmuck besteht aus vergoldeten Kupferstichplatten. Die Kupferstiche waren für das Buch „Musterbild eines guten Fürsten“ vorgesehen. Hofrat Johann Valentin Kirchgessner ließ das „Fürstenlob“ 1712 auf eigene Kosten drucken. Zweimal ging es durch die Zensur, dann sollte es erscheinen. Fürstbischof von Greiffenclau allerdings behagte das Werk aus unbekanntem Gründen nicht. Der Druck des Buchs wurde verboten, die Kupferplatten konfisziert, vergoldet und als Schreibschrankschmuck zweckentfremdet.

Wie viel abenteuerliche Geschichte sich in dem prachtvollen, über zwei Meter hohen Schrank verbirgt, ahnt derzeit kein Besucher. Mit multimedialen Tricks wäre es jedoch ein Leichtes, verschiedene Facetten der Schreibschrank-Affäre aufzubereiten und so Einblick in die Lebenswelt des 18. Jahrhunderts zu geben.

Neuer Museumspädagoge

Der Einsatz Neuer Medien ist jedoch nur ein Teil einer neuen Vermittlungsstrategie im Mainfränkischen Museum, die 2011 ausgearbeitet werden soll. Für die Umsetzung wird ein neuer Museumspädagoge zuständig sein, nach dem das Museumsteam derzeit fahndet. Die bisherige museumspädagogische Stelle ist seit Mai vakant. Auf die Ausschreibung der neuen Stelle bewerben sich bis 25. September Museumspädagoginnen aus ganz Deutschland.

Nicht jeder Freund der Kultureinrichtung auf dem Festungsberg ist begeistert von der Aussicht, dass Computer, Monitore und Internet die Schauräume erobern sollen. Claudia Lichte beruhigt: Die Neuen Medien sollen unauffällig in die Schauräume integriert werden, so dass niemand, der auf traditionelle Weise Objekte betrachten möchte, durch sie gestört wird.

Innovative Bürgerservices:

Kommunen stärken eGov-Standort Bayern

Die Entwicklung neuer innovativer Bürgerservices im ländlichen Raum verfolgt der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, mit großem Interesse. „Hochwertiges eGovernment muss für die Bürgerinnen und Bürger zeitnah erreichbar sein“, stellte Pschierer im Zusammenhang mit einer Veranstaltung zum Thema „Neue elektronische Bürgerservices im ländlichen Raum“ in Marktobberdorf fest.

Bereits seit einiger Zeit nutzen mehrere Institutionen in Bayern, wie Kommunen in den Landkreisen Ostallgäu, Kitzingen und Würzburg oder auch die Fachhochschule Coburg, eine neue Dienst-e-Plattform, um eGovernment und Verwaltungsmodernisierung schnell und kostengünstig umzusetzen. So können in einigen Gemeinden in Unterfranken online z.B. Fischereischeine angefordert, Hunde an- bzw. abgemeldet, Bauanträge eingereicht oder auch Gaststättengenehmigungen eingeholt werden.

Besonders interessant findet Pschierer die aktuell gestartete In-

Keinen Zweifel lässt die Museumsleiterin gleichzeitig daran, dass der Einzug von Multimedia notwendig ist. Zu weit ist das Mainfränkische Museum schon jetzt abgeschlagen gegenüber anderen Museen, die bereits vor Jahren auf den IT-Zug sprangen. Was sich an den Besucherzahlen ablesen lässt. Kamen zu Hochzeiten 120.000 Menschen ins Museum, sind es jetzt nur noch zwischen 80.000 und 90.000 im Jahr. Das Gros der Besucher ist zwischen 30 und 50 Jahre alt, zu museumspädagogischen Veranstaltungen finden viele Kinder den Weg auf die Festung. Jugendliche und junge Erwachsene verirren sich hingegen kaum in die Schauräume.

Kopfzerbrechen bereitet noch die Frage, wie die multimedialen Präsentationen oder die vorgesehene Audio-Informationen fürs iPhone finanziert werden sollen. Das Budget für Museumspädagogik ist mit 5.000 bis 10.000 Euro im Jahr knapp.

Beibehalten werden die Veranstaltungen des Museums, die in der Region sehr beliebt sind. 650 Mal pro Jahr lädt die Einrichtung auf der Festung zu Familienführungen, Kinderworkshops oder Festen ein. Dieser Part der Museumspädagogik soll nicht abgespeckt, allerdings durch personunabhängige Vermittlungsstrategien ergänzt werden. So gibt es derzeit im Museum noch kaum etwas, was angefasst, betastet und also über die Hände erfasst werden kann.

Bis zum Jahr 2013, wenn das Museum seinen 100. Geburtstag feiert, sollen moderne Vermittlungsformen selbstverständlicher Bestandteil der Museumspädagogik sein. Um das Museum attraktiver zu machen, müsste Lichte zufolge allerdings auch der Eingangsbereich aufgepeppt und das ganze Haus barrierefrei gestaltet werden. Dass derzeit kaum Senioren anzutreffen sind, liegt weder an den Objekten noch an der Präsentation. Die vielen Stufen schrecken Gehbehinderte ab.

Pat Christ

Lenggries:

Noch besserer Bürgerservice mit OK.EWO

Die Gemeinde Lenggries stellt sich im IT-Bereich den wachsenden technischen Herausforderungen der Zukunft. Bei einem Termin im Rathaus haben die Verantwortlichen des oberbayerischen Luftkurorts den Wechsel von einem Mitbewerberprodukt zum Einwohnermeldeverfahren der AKDB bekanntgegeben.

Der Erste Bürgermeister Werner Weindl und die Sachgebietsleiterin vom Einwohnermeldeamt, Heidi Kiefersauer, sind mit OK.EWO der AKDB zufrieden: „Wir haben uns alle Angebote angesehen und uns für das Verfahren entschieden, das für unsere Ansprüche optimal geeignet ist“, sagte Bürgermeister Weindl. Sachgebietsleiterin Kiefersauer ergänzte: „Andere Gemeinden haben uns diese Lösung sehr empfohlen. Gut gefallen haben uns auch die kostenlosen Informationsveranstaltungen der AKDB zur Einführung des neuen Personalausweises. Das ist das zentrale Thema der nächsten Monate.“ OK.EWO ermöglicht eine noch effizientere Sachbearbeitung der Aufgaben einer Meldebehörde.

Davon werden die rund 10.000 Einwohner der flächenmäßig größten kreisangehörigen Gemeinde Bayerns durch weniger Behördengänge und kürzere Wartezeiten profitieren. Ummeldungen z. B. gehen schneller, und Fehler, die früher durch das händische Übertragen von Daten entstanden, sind nun nahezu ausgeschlossen. Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth freute sich persönlich über den Vertragsabschluss in seinem Heimatlandkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. □

Dreidimensionales Kartenmodul für Gemeinden

Das Ingenieurbüro MA-KartoSystems bietet seit Neuestem im Bereich der Internet-Stadtpläne eine bedeutende Innovation an.

Auf Anregungen zahlreicher Kommunalverwaltungen wurde die firmeneigene Produktpalette in Form des Content Management Systems MA-GeoFlash-Map 2.0 Professional mit bisher völlig neuartigen Funktionen zur Eigenverwaltung des interaktiven Stadtplans durch die Gemeinde ausgebaut.

Zoomfunktion

Dadurch ist es möglich, ein dreidimensionales Landschaftsmodell von allen Seiten per Navigation und Zoomfunktion zu betrachten. Attraktiv ist diese Art der Präsentation insbesondere für montane Tourismusgemeinden, da potentielle Interessierte sich schon vorab auf der Webpage der Gemeinde über fremden-

verkehrsrelevante Einrichtungen und Strukturen (z. B. Wege für Skisport, Wandern, Nordic-Walking, Gastronomie und Hotellerie, etc.) informieren können. Dadurch ist es geglückt, für die kommunale Ebene die „Karte



Dreidimensionale Karte des Berchtesgadener Landes.

Einführung des neuen Personalausweises:

AKDB-Rollout erfolgreich abgeschlossen

Die AKDB hatte am 1. September 2010 planmäßig damit begonnen, die OK.EWO-Version für den neuen Personalausweis an ihre Kunden auszuliefern. Die neuen Abläufe und Geschäftsprozesse in den Personalausweisbehörden sind optimal in OK.EWO integriert. Nach umfangreichen Praxistests in enger Zusammenarbeit mit Pilotkunden steht inzwischen fest: Die Auslieferung der neuen Software ist termingerecht beendet worden - die OK.EWO-Kunden der AKDB sind bereit für den neuen Personalausweis.

Die Auslieferung an die bundesweit über 1.100 Kommunen im knapp bemessenen Zeitraum September und Oktober stellte eine anspruchsvolle Aufgabe dar. Nicht zuletzt dem großen Engagement der AKDB und ihren Partnern sowie insbesondere der Kommunen selbst ist die erfolgreiche Prozessdurchführung zu verdanken.

Frühzeitige Kundenfachtagungen

Zum Gelingen hat vor allem auch beigetragen, dass die AKDB sehr frühzeitig - bereits Anfang 2009 als erster Softwareanbieter - damit begonnen hat, die OK.EWO-Kunden auf die Einführung des neuen Personalausweises vorzubereiten. Die AKDB informierte die Personalausweis-Behörden durch regelmäßige Rundschreiben, Informationsveranstaltungen und Kundenfachtagungen über die

Anforderungen an deren IT-Infrastruktur und über die neuen Aufgaben und Geschäftsprozesse.

Kostenlose Nachinstalltionen

Vor Beginn der Auslieferung der neuen Software wurden im Zeitraum Juli bis September

Lady Sitness deluxe von Topstar:

Frauen sitzen anders

Topstar, führender Hersteller von Bürodrehstühlen in Deutschland, stellte dieses Jahr den neuen Bürostuhl Lady Sitness deluxe vor. Er wurde speziell für die weibliche Ergonomie entwickelt und sorgt mit sieben besonders gepolsterten Zonen und einem Bewegungsmodul unter der Sitzfläche für stärkere Muskeln in Rücken und Beinen.

Frauen sitzen anders. Der Bürostuhl-Experte Topstar weiß, wie Frauen am besten sitzen und hat deshalb den Lady Sitness deluxe entwickelt. Die flexible,

der Zukunft“ zu entwickeln.

Professionelle Darstellung

Natürlich steht auch das erwähnte Produktangebot in Form professioneller, hochwertiger kartografischer Darstellungen (Faltpläne, Informationstafeln für Ortseingänge, thematische Karten usw.) zur Verfügung, die nicht nur für Gebietskörperschaften, sondern darüber hinaus auch für Vereine, Verbände und Unternehmen interessant sind.

Weitere Informationen beim Ingenieurbüro MA-KartoSystems, im Internet unter: www.ma-karto-grafik.de oder www.ma-kartosystems.de

Beispiel für Prozessorientiertheit

Grundsätzlich dient die fiktive Gemeinde Osserga dabei als Beispiel, wie eine Kommune funktionieren kann, die konsequent prozessorientiert handelt und auf ein flexibles ERP-System setzt. Dabei werden Themen wie beispielsweise „Integriertes ERP ist mehr als nur Finanzbuchhaltung“, „Effizientes Personalmanagement“ und „Zentrale Beschaffung“ beleuchtet. Sie werden anhand von Referenzen, Kurzfilmen und Beispielszenarien veranschaulicht.

Avatar-Bürgermeister Das Highlight: Der Avatar-Bürgermeister A.G. Resso führt den Besucher persönlich durch die verschiedenen Räume. Nicht zuletzt ist Osserga das einzige Rathaus Deutschlands, dessen Türen zu jeder Tages- und Nachtzeit offen stehen.

Aktuelle Umsetzung

Obwohl nicht durch die AKDB zu verantworten, wurden diese Nachinstalltionen durch die AKDB unentgeltlich durchgeführt. Die von der Bundesdruckerei gelieferten Updates werden bis unmittelbar vor dem Einführungstermin durch die AKDB laufend, aktuell und rechtzeitig umgesetzt.

Weitere Informationen unter: www.akdb.de

Bewegliche Sitzfläche trainiert Muskeln

Die bewegliche Sitzfläche mit dem dreidimensionalen Body-Balance-Tec®-Gelenk wird durch eigene Muskelkraft ausbalanciert. Dadurch wird beim Sitzen die Bauchmuskulatur, der Rücken und Beckenboden trainiert - ähnlich wie bei einem Gymnastikball. Zusätzlich beugt die verkürzte Sitzfläche und die extra weiche Schenkelaufgabe Cellulite vor.

Die bewegliche Sitzfläche mit dem dreidimensionalen Body-Balance-Tec®-Gelenk wird durch eigene Muskelkraft ausbalanciert.

Durch den LGA-geprüften Toplift lässt sich die Sitzhöhe schnell anpassen. Die Sitz- und Rückenlehnen-Neigung wird durch eine Komfort-Synchronmechanik problemlos eingestellt. Die höhen- und breitenverstellbaren Armlehnen sind mit weichen Softpad-Auflagen ausgestattet.

Weitere Informationen, Modellbeschreibung und Farben unter: www.topstar.de

Rathausöffnung in Osserga

Einladung zum Besuch des fiktiven Rathauses im Internet

In Zeiten knapper Staatskassen mehren sich für gewöhnlich die kritischen Stimmen, wenn eine Kommune ein neues Rathaus einweihet. In der Stadt Osserga aber bleiben Diskussionen über verschwendete Steuergelder jedoch aus. Der Grund: Bauherr und ERP-Experte UNIT4 Aggresso hat in der Internetstadt Osserga ein virtuelles Rathaus entwickelt, bei dem alles rund läuft. Wer hätte da noch Grund sich zu beschweren? Die neue fiktive Bürgervertretung bietet Bürgermeistern und Kämmerern Anregungen, wie ihre eigenen Herausforderungen am besten zu bewältigen sind.

Das Gebäude der neuen Stadtverwaltung ist für Interessierte ab sofort unter www.osserga.de begehbar und wird sukzessive weiter ausgebaut. Das heißt, die verschiedenen Referate werden erst nacheinander zugänglich gemacht. Pro Referat wird jeweils ein Thema behandelt.

Beispiel für Prozessorientiertheit

Grundsätzlich dient die fiktive Gemeinde Osserga dabei als Beispiel, wie eine Kommune funktionieren kann, die konsequent prozessorientiert handelt und auf ein flexibles ERP-System setzt. Dabei werden Themen wie beispielsweise „Integriertes ERP ist mehr als nur Finanzbuchhaltung“, „Effizientes Personalmanagement“ und „Zentrale Beschaffung“ beleuchtet. Sie werden anhand von Referenzen, Kurzfilmen und Beispielszenarien veranschaulicht.

Avatar-Bürgermeister

Das Highlight: Der Avatar-Bürgermeister A.G. Resso führt den Besucher persönlich durch die verschiedenen Räume. Nicht zuletzt ist Osserga das einzige Rathaus Deutschlands, dessen Türen zu jeder Tages- und Nachtzeit offen stehen.

Effizientes Haushalten

Dieter Große-Kreul, Geschäftsführer von UNIT4 Aggresso, erklärt Sinn und Zweck der virtu-

„Das Web ist tot“

Das amerikanische Technologiemagazin „Wired“ kündigte den Untergang des Webs an. Schuld daran sind laut den US-Journalisten die mittlerweile heiß begehrten Apps.

„So sehr wir das offene, uneingeschränkte Web lieben, wir vernachlässigen es für einfachere, geschmeidigere Dienste, die leicht funktionieren“, so Wired-Chefredakteur Chris Anderson und spielt auf die immer beliebteren Apps an.

Andersons Artikel musste jedoch auch viel Kritik aus der Webgemeinde einstecken: Der Blog „Techcrunch“ zum Beispiel meinte, dass die vielen Apps die Internetnutzer schnell überfordern und dies somit die Rückkehr des Internetbrowsers auf Mobiltelefonen bedeuten wird.

ellen Rathaus-Idee: „Die Situation von Kommunen wird heute aufgrund der vielfach leeren Kassen oft düster dargestellt. Wir möchten zeigen, dass man trotzdem effizient haushalten kann. Unsere fiktive Stadt Osserga bietet eine hervorragende Projektionsfläche für Gedankenexperimente und Experimente vor einem realen Hintergrund. Bürgermeister und Kämmerer können sich hier Denkanstöße holen, wie ihre aktuellen kommunalen Herausforderungen zu lösen sind. Wir sind überzeugt davon, dass ein integriertes ERP-System unter dem Aspekt der angespannten Haushaltssituation eine große finanzielle und zeitliche Entlastung für die Stadtverwaltungen bereithält.“

Dienste mit neuem Personalausweis:

AKDB erhält Berechtigungszertifikate

Als eines der ersten Unternehmen in Deutschland hat die AKDB vom Bundesverwaltungsamt die Berechtigungszertifikate erhalten, um Dienste rund um den neuen Personalausweis anbieten zu können. Die bayerischen Kunden des Marktführers für Kommunal-Software werden diese Dienste künftig unmittelbar nutzen können und ersparen sich damit Aufwand und Folgekosten einer eigenen Antragsstellung.

Berechtigungszertifikate sind notwendig, um als Diensteanbieter verschiedene Daten, die vom Nutzer freigegeben wurden, aus dem neuen Personalausweis auslesen zu dürfen. Nur damit ist es möglich, den neuen Personalausweis für Internet-Services zu nutzen. Die AKDB ermöglicht damit den Kommunen einen Einsatz des neuen Personalausweises für sichere Online-Dienste, durch die der Bürger seine Behördengänge einfach und bequem von zu Hause erledigen kann.

Mit dem Bürgerservice-Portal hat die AKDB auf der Messe

„Moderner Staat“ in Berlin ein Angebot vorgestellt, das Anwendungen aus dem Einwohner- und Verkehrswesen beinhaltet und nach dem Piloteinsatz um weitere Komponenten erweitert werden soll.

„Die Erteilung der Berechtigungszertifikate ist für die AKDB ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer umfassenden eGovernment-Lösung. Von dieser Dienstleistung für unsere Kunden profitieren Kommunen und Bürger“, erklärt der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth.



Auf der Messe Moderner Staat: In der Mitte Franz-Josef Pschierer, CIO der bayerischen Staatsregierung für Informations- und Kommunikationstechnik, links Alexander Schroth, Vorstandsvorsitzender der AKDB, und rechts Richard Lehn, Geschäftsfeldleiter eGovernment der AKDB. Foto: AKDB



Der Lady Sitness deluxe von Topstar.

Topstar® Werksverkauf: Sonderposten, Messemodelle, II. Wahl-Artikel

Open Art® „VERSCHROTTUNGSPRÄMIE“ S`cool®

Bis zu € 50,00 für Ihren gebrauchten Drehstuhl! **
Besser sitzen! Direktverkauf ab Fabrik!

Bis zu **70%** günstiger als UVP*

Zusatzöffnungszeiten: Jeden Sa. 13.00 - 18.00 Uhr
„Happy Hour!“ über 1000 Stühle
nochmals 30% reduziert auf unseren Werksverkaufspreis

Werksverkauf in 86863 Langenlofen
 Gewerbegebiet Im Hohenlicht
 Telefon: 08229-789-591
 www.topstar.de

** ab einem Einkaufswert von € 200,00 Verschrottungsprämie € 50,00 - ab € 100,00 Verschrottungsprämie € 25,00 - Einfach alten Drehstuhl mitbringen und gegen einen neuen tauschen. Aktion „Happy Hour“ und „Verschrottungsprämie“ sind nicht miteinander kombinierbar.

Familienland Frankenpfalz:

Leitbild für eine vitale Zukunft

Raus aus der Starre der vergangenen Jahrzehnte hinein in eine vitale, attraktive Zukunft. Für die fünf Gemeinden Emtmannsberg, Kirchenpingarten, Seybothenreuth, Speichersdorf und Markt Weidenberg ist das keine Vision, sondern ein Vorhaben, das seit 2007 mit wachsendem Erfolg vorangetrieben wird.

Grundlage für die Gestaltung der Zukunft ist ein gemeinsam erstelltes integriertes Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum (ILEK), das den Handlungsrahmen für die Zukunftsentwicklung der nächsten 10 bis 15 Jahre festlegt.

Innenentwicklung

Das Konzept umfasst die Bereiche Innenentwicklung, Wirtschaft und Tourismus, Generationen, Landwirtschaft und Landschaft,

Zum 50. Geburtstag von Bürgermeister Josef Bauer:

Ein Mann der Tat

Am 3. September beging Josef Bauer, Bürgermeister im oberpfälzischen Parsberg, seinen 50. Geburtstag. Zusammen mit Ehefrau Maria sowie den Kindern Anna-Lena und Christian konnte der Jubilar rund 200 Gäste bei den Feierlichkeiten auf Burg Parsberg begrüßen.

Dazu zählte die politische Prominenz aus dem Landkreis mit dem Bundestagsabgeordneten Alois Karl und dem Landtagsabgeordneten Albert Füracker an der Spitze. Ebenso waren Bürgermeisterkollegen, Stadträte, Ehrenbürger und Medaillenträger der Stadt, aktuelle und ehemalige Mitarbeiter der Verwaltung und weitere Vertreter aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens anwesend.

Seit 1984 ist Josef Bauer bei der Stadt Parsberg, seiner Heimatstadt, beschäftigt. Ehe er 2002 zum Bürgermeister gewählt wurde, war Bauer Leiter des Bürgerbüros. 2008 erfolgte die Wiederwahl zum Rathauschef. Zusammen mit seinem Stadtrat hat der Jubilar, der auch Mitglied im Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU ist, vieles auf den Weg bringen können.

Stärkung der Innenstadt

„So haben wir es geschafft, unsere Innenstadt zu beleben, die mit der Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers, eines Lebensmitteldiscounters und mehreren Geschäften sowie verschiedenen Dienstleistern als äußerst gelungen gesehen wird“, bemerkt der umtriebige Bürgermeister.

Mit dieser enormen Stärkung der Innenstadt ging die Errichtung einer Parkgarage mit 110 Stellplätzen und weiteren 200 Stellplätzen einher. In dieser Zeit wurden wesentliche Verkehrsknotenpunkte mit Ampel und drei Kreisverkehren gelöst. Zudem wurden weitere 70 Park & Ride Plätze zusammen mit der DB und dem Freistaat Bayern errichtet. Projekte wie der Ausbau der Burgstraße oder die Gestaltung der Stadtmitte und des Burgareals sollen ebenso in Angriff genommen werden.

Ideale Infrastruktur

Mit dem Gewerbegebiet Hackenhofen II wurden die besten Voraussetzungen für wohnortnahe und vor allem zukunfts-fähige Arbeitsplätze im Einzugsgebiet der Boom-Städte Regensburg und Nürnberg geschaffen. Die Infrastruktur an der Autobahn ist Bauer zufolge ideal für Unternehmen des produzierenden Gewerbes aber auch für Dienstleistungsunternehmen.

Vielfältige Kinderbetreuungsangebote stellen die Parsberger Familien in den Mittelpunkt poli-

Infrastruktur und Interkommunale Zusammenarbeit.

Im Osten Bayreuths und am Rande des Fichtelgebirges gelegen, profitieren die Gemeinden einerseits von der guten Verkehrsanbindung zur Stadt. Andererseits wird zunehmend mehr Fläche verbraucht, wobei der Bevölkerungszuwachs rückläufig ist. Eine attraktive Zukunft geht jedoch einher mit einer ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung - davon ist man in den fünf Gemeinden überzeugt. Unterstützung er-

fährt das ILEK vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken.

Entwicklungskonzept als Impulsgeber

Zum Projektstart nahmen die Verantwortlichen an einem Auftaktseminar der Schule für Dorf- und Flurentwicklung (SDF) in Klosterlangheim teil. Das Weiterbildungsinstitut hat in der Folgezeit die Konzeptentwicklung sowie erste Projekte intensiv begleitet. Das gemeinsame Leitbild der Gemeinden ist gleichzeitig deren Leitbotschaft: „Familienland Frankenpfalz im Fichtelgebirge – aktiver ländlicher Lebensraum in attraktiver Landschaft“.

Interkommunale Kooperation

Im Laufe der Entwicklung entstand zwischen den Gemeinden eine solide Vertrauensbasis. Durch frühzeitige Abstimmung, gegenseitige Unterstützung und das konsequente Einbeziehen betroffener Personenkreise hat sich eine selbstverständliche Kultur der interkommunalen Kooperation etabliert. Das Ergebnis sind 45 erar-

Bundeswehrstandorte:

Bürgermeister kämpfen um Garnisonsstädte

Wie sehr sich die Region eine gemeinsame Zukunft mit der Bundeswehr in Freyung wünscht, wurde bei der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen des Garnisonsstandorts Freyung deutlich. Neben einem Gelöbnis und einer Waffenschau stand insbesondere der Festakt mit Christian Schmidt, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, im Blickpunkt des Interesses. Dabei stellte Schmidt fest, „dass Freyung ganz klar eine kommunale Vorbildfunktion besitzt“.

Der Staatssekretär wies freilich auch auf folgendes hin: „Erst wenn diese politischen Entscheidungen über Truppenstärke und künftige Änderungen an den Strukturen der Bundeswehr insgesamt gefallen sind, ergeben sich ab Mitte nächsten Jahres auch endgültige Entscheidungen darüber, welche Standorte aufgelöst oder nur verkleinert werden, welche bleiben oder sogar Zuwachs erhalten.“ Olaf Heinrich, 1. Bürgermeister Stadt Freyung, hob seinerseits die Bedeutung der Kaserne für seine Stadt, sowohl für das wirtschaftliche als auch für das soziale Leben, hervor.

Resolution

In einer vor kurzem verabschiedeten Resolution, die auch an Staatssekretär Schmidt gesandt wurde, kämpfen die Bürgermeister weiterer sieben Garnisonsstädte der Panzerbrigade 12 mit Einheiten in der Oberpfalz und Niederbayern gemeinsam um den Erhalt ihrer Standorte. Unterzeichnet wurde die Resolution von Olaf Heinrich (Freyung), Karin Bucher (Cham), Arnold Kimmerl (Pfreimd), Ilse Oswald (Regen), OB Wolfgang Dandorfer (Amberg), Franz Schedlbauer (Bogen), Heinz Weigl (Oberveichtach) und Franz Reichold (Roding).

Dass die Bundeswehr in der Region Ostbayern seit über 50 Jahren tief in der Bevölkerung verwurzelt sei, ist eines der Argumente, das die Bürgermeister in ihrer Resolution mit dem Titel „Gemeinsam in die Zukunft“ anmerken. Die traditionelle Verbundenheit der Bevölkerung mit den Soldatinnen und Soldaten in den Garnisonen sei im ganzen Bundesgebiet einmalig.

beitete Projekte in unterschiedlichen Themenbereichen.

Am Beispiel „Regionale Dorfenentwicklung“ wird deutlich, welche Pionierarbeit die Gemeinden leisten: Besonders geschulte und langfristig engagierte „Innenentwicklungspaten“ fungieren hier als Multiplikatoren und Botschafter und leisten so im Gemeindefesttag einen wichtigen Beitrag.

Heiße Projektphase

Aktuell befinden sich vier weitere Projekte in der Umsetzungsphase. Um den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiterzuentwickeln, wurde z. B. die Aktion „Schlagadern der Frankenpfalz“ ins Leben gerufen, die unter Nutzung bestehender Wanderwege für ein zielgruppenorientiertes Freizeitangebot sorgt.

Neben der Vernetzung von Organisationen und Vereinen, der Erstellung einer Bedarfsanalyse ärztlicher Versorgungsstrukturen und der Kooperation von Schulstandorten sind auch gemeindeübergreifende, koordinierte Angebote wie die Nachbarschaftshilfe entstanden. Im Rahmen des Projekts „Landschaft vital“ entwickelte sich ein fruchtbarer, offener Dialog zwischen verschiedenen Landnutzern, in den vor allem die Landwirte stark integriert sind. Um auch die Infrastruktur voranzubringen, planen die Gemeinden derzeit einen gemeinsamen Internetauftritt sowie eine zentrale EDV-Betreuung.

Infos: www.sdl-inform.de □



Bürgermeister, Planer und Betreuer vom ALE Oberfranken haben gemeinsam Ziele und innovative Projekte für eine vitale Zukunft entwickelt. □

Bezirk Niederbayern:

„Tag des offenen Ateliers“

Im Rahmen seiner regionalen Kulturarbeit veranstaltete der Bezirk Niederbayern in Zusammenarbeit mit den beiden Berufsverbänden Bildender Künstler bereits zum 7. Mal den „Tag des offenen Ateliers“ in Niederbayern. Dabei öffneten 179 professionelle bildende Künstler ihre Werkstätten und Ateliers der interessierten Öffentlichkeit.

Das Publikum hatte Gelegenheit, bei Malern, Goldschmieden, Bildhauern Schnitzern, Designern und anderen Kunstschaffenden vorbeizuschauen. Einmal mehr zeigte das Projekt die Vielfalt der niederbayerischen Kunstlandschaft auf und förderte den Dialog zwischen Bürgern und Kunstschaffenden.

Besichtigungstour

Auch Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein unternahm wie immer eine Besichtigungstour zu einigen Ateliers, die ihn dieses Mal in die Landkreise Passau und Freyung-Grafenau führte. So stand unter anderem ein Besuch der Künstler Hubert Huber, Konrad Schmid und Christian Zeitler auf dem Programm, die sich im Granitzentrum Hauzenberg gemeinsam mit Gastkünstlern aus Tschechien und Österreich bei ihrer künstlerischen Tätigkeit - der Drucktechnik - über die Schulter schauen ließen. Weitere Stationen waren die Ateliers von Bernadette Maier (Vilshofen), Renate Balda (Waldkirchen) und Rudolf Ranzinger (Röhrnbach). Hölzlein zufolge ist die Aktion „Tag des of-

ten Großverband. Dieser unterhalte als Einziger eine einmalige und gelebte Patenschaft zu den amerikanischen Verbänden in Deutschland. Sie finde ihren Niederschlag nicht nur in gemeinsam genutzten hochmodernen Übungsplätzen, sondern auch in gemeinsamen Übungen und Großveranstaltungen. Die Panzerbrigade 12 und das 2nd Stryker Cavalry Regiment seien die einzige Schnittstelle zwischen dem deutschen Heer und der US Army zum Austausch von Einsatzerfahrungen und zur Weiterentwicklung einer deutsch-amerikanischen Heereskooperation.

Kostengünstige Effekte

Die räumliche Nähe zu den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels schafft nach Darstellung der Bürgermeister kostengünstige und synergetische Effekte in der einsatzorientierten und zukunfts-fähigen Ausbildung. Die Panzerbrigade 12 verfüge in Ostbayern nicht nur über hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch über eine vorzügliche infrastrukturelle Anbindung. Die zahlreichen, aktiven Reservistenverbände in der Region unterstützten den Auftrag der Bundeswehr nachhaltig, in dem sie wertvolle Verbindungen knüpfen und aufrechterhalten und ein Reservoir an erfahrenen Kräften bilden. DK

fenen Ateliers“ für beide Seiten von Interesse: Besucher sähen, wie Kunstwerke entstehen, und die Künstler bekommen öffentliche Aufmerksamkeit. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Josef Bauer. □

Euro saniert. Darüber hinaus wies die Stadt Parsberg im Jahr 2003 günstiges Bauland für Familien aus. Mittlerweile sind von 74 Parzellen bereits 71 verkauft und auch zu 90 Prozent bebaut. Kanalisation, Sanierung bzw. Neubau des Klärwerks sowie Dorferneuerungen in zwei Ortsteilen zählen ebenso zur langen Liste der erfolgreichen Maßnahmen, für die Josef Bauer verantwortlich zeichnet.

Kulturelles Leben

Dass auch das ausgeprägte kulturelle Leben weiterhin gestärkt werden soll, versteht sich von selbst. „Deswegen finden die Burgspiele, das überregionale Burg-Museum, das Symphonische Blasorchester als große Werbeträger und die Vereine als tragende Säulen der Kultur und der Gemeinschaft unsere Unterstützung“, so Josef Bauer abschließend. DK

5. Hospiztag im Landkreis München:

Lebendige Hospiz- und Palliativkultur

In Ottobrunn fand der 5. Hospiztag im Landkreis München, veranstaltet vom Landratsamt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Hospiz im Landkreis München (ARGE) statt. Gastgeber war der Hospizkreis Ottobrunn e.V. mit Unterstützung der VHS SüdOst. Das reichhaltige Programm bot Fachreferate und Gesprächsrunden mit Experten zu Themenfeldern wie „Integrierte Sterbekultur“, „Lebendige Hospiz- und Palliativkultur heute“ oder „die Rolle der Musiktherapie in der Sterbebegleitung“.

Im Jahr 2009 haben 224 Hospizbegleiter im Landkreis bei circa 440 Begleitungen von Sterbenden und Schwerstkranken 15.000 Stunden ehrenamtlich geleistet – Tendenz steigend. Die ARGE konnte in diesem Jahr außerdem ein SAPV-Team aufbauen, d.h. die Möglichkeit zur „Spezialisierten Ambulanten Palliativ-Versorgung“ schaffen. Im Hospizverein Taufkirchen hat das Team seine Arbeit aufgenommen. Diese beachtliche Bilanz belegt die wertvolle Arbeit für Sterbende, aber auch für deren Angehörige.

Professionell aufgestellte Hospizvereine

Vor rund 120 Teilnehmern verwies Thomas Loderer, Erster Bürgermeister von Ottobrunn, auf die Bedeutung des Hospizkreises Ottobrunn nicht nur für seine, sondern auch für die umliegenden Gemeinden. Die

Schirmherrin des Hospiztages, Landrätin Johanna Rumschöttel, erklärte, dass der Bedarf an Menschen, die schwerstkranken und sterbenden Menschen sowie deren Angehörigen zur Seite stehen, enorm hoch sei. Gleiches gelte für Einrichtungen, die sich stationär um die Versorgung insbesondere von Schmerzpatienten kümmern. Der Landkreis München sei aber keineswegs ein Niemandsland, was die Hospizbewegung betrifft; in mehr als der Hälfte der Landkreiskommunen existieren Hospizvereine, die sich zum Teil auch gemeindeübergreifend engagieren. Sie stützen ihre Arbeit in erster Linie auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, seien aber durchwegs höchst professionell aufgestellt.

Insgesamt gibt es laut Rumschöttel „mehr als 200 ausgebildete Begleiterinnen und Begleiter, die sich um schwerkranke Menschen und deren Angehörige, aber auch um die Hinterbliebenen kümmern“. Der Landkreis München unterstütze die Hospizvereine nach seinen Möglichkeiten; 1000 Euro stelle er jährlich für jeden Verein zum Zwecke der Ausbildung von Hospizhelfern zur Verfügung.

Stigmatisierung

Dr. Erich Rösch, Geschäftsführer des Bayerischen Hospiz- und Palliativverbandes, begann sein Impulsreferat mit der kritischen Anmerkung: „Die Errungenschaften einer hoch zivilisierten Gesellschaft lassen uns den Blick dafür verlieren, worauf es ankommt.“ Eher beunruhigend sei „ihre Fähigkeit, mit dem Sterben angemessen zu leben: „Der Tod ist eine Grenze, der wir ausweichen.“ Das Sterben sei oft an Institutionen delegiert und verdrängt - Beispiel: Palliativstation. Institutionen würden mit dem entsprechenden Stigma belegt, so Rösch.

Vor dem Hintergrund, „dass wir älter, aber auch kränker werden, Kinder und Angehörige, die uns pflegen und versorgen könnten, ausfallen sowie medizinisches und pflegerisches Personal Mangelware werden wird“, sei es an der Zeit, „aus der Not eine Tugend zu machen und die Gelegenheit beim Schopfe zu packen“. Es müsse der Weg zu einer integrierten Sterbekultur in der Gemeinde beschritten werden. Oder bildlich gesprochen: „Wir knüpfen an dem Netz, das uns selbst einmal tragen soll.“

Gesellschaftliche Aufgabe

Dafür sei der Ausbau individueller Strukturen eines jeden Einzelnen (u. a. Angehörige, Hausarzt, Hospizverein) erforderlich, aber auch die Einrichtung von regionalen Strukturen wie Krankenhäuser, Pflegeheime und die ambulante Pflege der Schwerstkranken. Dieses Netzwerk sei für eine gelingende integrierte Sterbekultur unbedingt erforderlich, betonte Rösch: „Sterben ist ein Teil des Lebens und Sterbende sind ein Teil der Gesellschaft.“ Die Gesellschaft habe die Aufgabe, alle Altersschichten einzubinden, gerade auch die Jugend, um sie für das Thema Leid und Sterben schon früh zu sensibilisieren. Dies aber funktioniere nicht ohne politische Unterstützung.

Dr. Christoph Fuchs, Oberarzt der Akutgeriatrie im Städtischen Klinikum München und Ärztlicher Leiter eines SAPV-Teams, bat die Hausärzte um mehr Unterstützung, um eine spezialisierte Palliativversorgung aufzubauen. Seiner Auffassung nach ist es schwierig, die Pflege im Krankenhaus und die ambulanten Palliativ-Care-Stationen zu vernetzen, weswegen der Hausarzt als kompetente „Drehscheibe“ hier unentbehrlich sei.

Musiktherapie

Neben fachlichen Informationen und Diskussionen erwartete die Besucher ein abwechslungsreiches Angebot: Mit Hilfe von Musik und Film, Bildern und Texten wurden Fragen über Sterben, Leid und Tod in den Mittelpunkt gerückt. Wie relevant zum Beispiel die Musiktherapie in der Sterbebegleitung ist, erklärte Monika Binner. Als Harfenistin und Musiktherapeutin ist sie auf der Palliativstation im Krankenhaus Barmherzige Brüder in München tätig. Darüber hinaus präsentierten sich die Hospizvereine des Landkreises in einer Ausstellung und informierten rund um die Hospizarbeit. **DK**



Bezirkstagspräsident Richard Bartsch (2. v. l.) überreichte den Wolfram-von-Eschenbach-Preis 2010 an den Jazz-Schlagzeuger Wolfgang Haffner (3. v. l.). Die drei Förderpreise des Bezirks Mittelfranken erhielten der bildende Künstler Andreas Oehlert (l.) und Johannes Volkmann vom Papiertheater Nürnberg (r.), ebenso die Sopranistin Christiane Karg, die wegen eines Auftritts an der Preisverleihung nicht teilnehmen konnte. Ihre Mutter Helga Karg (2. v. r.) und ihre Schwester Michaela nahmen den Preis entgegen. **□**

30. Wolfram-von-Eschenbach-Preis verliehen

Als „noch immer eng mit Franken verwurzelt“ beschreibt sich der Jazz-Schlagzeuger Wolfgang Haffner, dem Bezirkstagspräsident Richard Bartsch den diesjährigen Wolfram-von-Eschenbach-Preis verliehen hat. Nach Auftritten als Schlagzeuger bei Klaus Doldingers „Passport“ sowie Toureen mit berühmten Jazzmusikern, die ihn durch die ganze Welt führten, ist Haffner seit 2002 mit seiner eigenen Band unterwegs.

„Sie haben mit Ihrem Können voll eingeschlagen“, so Richard Bartsch über diese herausragende Musikerkarriere. Der Bezirkstag von Mittelfranken hatte in seiner Sitzung im Juli beschlossen, dass Wolfgang Haff-

ner den mit 15.000 Euro dotierten Preis erhält.

Drei weiteren Künstlern überreichte Bezirkstagspräsident Bartsch Förderpreise mit je 5.000 Euro. Sie gingen an die Sopranistin Christiane Karg (Feuchtwangen), den bildenden Künstler Andreas Oehlert (Fürth) und an die Papiertheater Nürnberg unter der Leitung von Johannes Volkmann.

Jedes Jahr wählt ein vom Bezirk Mittelfranken berufenes 15-köpfiges Sachverständigen-Gremium aus zahlreichen Vorschlägen und Einreichungen bedeutende Kulturschaffende und Nachwuchskünstler aus Mittelfranken für den Wolfram-von-Eschenbach-Preis aus. **□**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Immer nur dagegen, immer nur Protest – bei uns im Land dominiert mir in der öffentlichen Wahrnehmung zu sehr das Negative.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt mit immer größerer Besorgnis die Diskussion rund um den Bahnhofsneubau Stuttgart 21.

Bei der ganzen Debatte geht es ja nur vordergründig darum, ob es sinnvoll ist, einen Kopfbahnhof, der an einer großen deutschen und europäischen Eisenbahnmagistrale wie ein Hemmschuh liegt und die Weiterentwicklung der Schiene zu einer echten Alternative zum Flugverkehr behindert, in einen Durchgangsbahnhof umzugestalten. Die Medien spielen diese Diskussion hoch nach dem Motto: Wer dagegen ist, gehört zu den Guten, wer dafür ist, stellt sich gegen den Volkswillen.

Ob man abends Tagesschau oder heute-jour-



Stuttgarter sind ein Stück verärgert, vielleicht vor den Kopf gestoßen, vielleicht nicht optimal informiert. Es kommt zu Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, die ganze Palette des bürgerschaftlichen Protests.

Doch ehe man es sich versieht, gelten die Politiker und Verwaltungsleute als die Deppen, obwohl sie sich jahrelang akribisch mit dem Für und Wider auseinandergesetzt, sich in Gutachten vertieft, Anhörungen und Verwaltungsverfahren durchgeführt haben. Die Helden sind Leute, die zufällig zusammengewürfelt sind, weil der eine Baulärm befürchtet, der andere sich sorgt, ein paar Jahre keinen Parkplatz in der Nähe seines Lieblingsitalieners zu finden und dem Dritten sowieso die Richtung nicht passt, weshalb er „denen da droben“ mal heimleuchten will. Ohne jede demokratische Legitimation wird ihnen von der veröffentlichten Meinung unterstellt, mehr Sachverstand, Urteilsvermögen und Zukunftskompetenz zu haben als die gewählten Volksvertreter und Fachbeamten.

Die Stuttgarter Erkenntnis, dass beim Graben Bäume fallen, findet ja bereits andernorts seine Entsprechung. Schon wird gefordert, den fast fertigen neuen Berliner Flughafen nicht in Betrieb zu nehmen, weil Anwohner Fluglärm fürchten!

Im falschen Film

anguckt, morgens die Presse liest oder im Autoradio Berichte über die „Vermittlung von Stuttgart“ anhört, jedes Mal bekommt man das Gefühl, im falschen Film zu sitzen. Es geht nicht um die Unterdrückung einer geknechteten Bevölkerung, sondern da ist ein Großprojekt, wichtig für die Stadt, weil es große städtebauliche Auswirkungen hat, wichtig für das Land, weil es Arbeitsplätze schafft und als Konjunkturimpuls eine nicht unbedeutende Rolle spielt, wichtig für Bund und Europa, weil Verbesserungen an der Verkehrsinfrastruktur nun einmal zentral für die Zukunftsfähigkeit aller europäischer Volkswirtschaften sind. Weil das Projekt so bedeutend ist, wird es über viele Jahre eingehend beraten, von Experten untersucht, von anderen Experten werden die Expertisen der ersten Experten unter die Lupe genommen. Gremien beraten - und das nicht zu knapp. Hearings finden statt. Planungsverfahren werden mit entsprechender Beteiligung der Bürger und der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Verfahren werden gerichtlich überprüft.

OK, man hat wohl seitens der Stuttgarter Kommunalpolitik das Gespräch mit den Betroffenen etwas vernachlässigt. OK, die örtlichen Entscheidungsträger haben sich durch den einen oder anderen Schnitzer die Sympathie und das Vertrauen der Leute verscherzt. Einige

ihre Sabriula

Brückenpreis der Stadt Regensburg:

Auszeichnung für Politiker-Brüderpaar

Regensburg (obx) – Die von der Unesco als Welterbe ausgezeichnete Stadt Regensburg macht nicht nur mit ihrer einzigartigen, mittelalterlich geprägten Altstadt und ihrem wirtschaftlichen Erfolg von sich reden, der ihr immer wieder Spitzenplätze in europäischen Rankings beschert: Die Stadt an der historischen geographischen Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa rückt auch gesellschaftspolitisch zunehmend ins Rampenlicht. Mit ihrem Brückenpreis zeichnet die Stadt Regensburg namhafte Persönlichkeiten aus, die sich in besonderem Maße um die Überbrückung politischer, nationaler, wissenschaftlicher, sozialer, kultureller oder religiöser Gegensätze verdient gemacht haben.

Nun wurde der Preis zum vierten Mal vergeben – und das gleich im Doppelpack: Im 20. Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung wurde das Politiker-Brüderpaar Hans-Jochen Vogel (SPD) und Bernhard Vogel (CDU) für seine großen Verdienste um die deutsche Einheit ausgezeichnet.

Der Brückenpreis geht zurück auf das Jahr 1995, in dem Regensburg das 750-jährige Jubiläum seiner Stadtfreiheit beging. Am 10. November 1245 wurde Regensburg von Kaiser Friedrich II. mit dem Edikt von Pavia in den Stand einer Freien Reichsstadt erhoben, die nur dem Kaiser unterstellt war. Die vorherige Abhängigkeit von Baiernherzog und Bischof hatte somit ein Ende. Dieser kaiserliche Akt war eine der entscheidenden Grundlagen dafür, dass sich Regensburg im Mittelalter und weit danach zu einer der führenden Städte in Europa entwickeln konnte: Hier tagte von 1663 bis 1806 der Immerwähren-

de Reichstag – die Ständevertretung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Diese frühe Vorgängerin heutiger Parlamente zog Gesandte aus allen wichtigen Staaten West- und Osteuropas nach Regensburg. Die Stadt schlug damit Brücken zwischen Staaten und Kulturen.

„Doppelter Nepomuk“

Daran erinnert der Regensburger Brückenpreis mit einer besonderen Statue, die den Geehrten gemeinsam mit einer Urkunde überreicht wird: Die Bronzefigur zeigt einen „doppelten Nepomuk“ – eine außergewöhnliche Darstellung des Heiligen Johannes von Nepomuk, der in Bayern und Böhmen und sogar im nordspanischen Santander als Brückenheiliger verehrt wird.

Der „doppelte Nepomuk“, der aber doch eins ist, weil er aus einem Stück Granit gehauen wurde, war für Regensburgs Oberbürger-

meister Hans Schaidinger eine „verblüffende Allegorie“ auf die Träger des Brückenpreises 2010. Die beiden Brüder gehören verschiedenen Parteien an: Der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, 84, war Münchner Oberbürgermeister, Bundesminister für die Ressorts Bau und Justiz und schließlich Regierender Bürgermeister von Berlin. Sein Bruder Bernhard, 77, war für die CDU Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen. Trotz dieses parteipolitischen Gegensatzes seien sie, so sagte der OB, eng verbunden – ohnehin durch ihre familiären Wurzeln, insbesondere aber durch ihre gemeinsamen Grundsätze. Beide hätten die deutsche Nachkriegspolitik und vor allem das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten nachhaltig geprägt. Mit großem Erfolg hätten die Brüder Gegensätze überbrückt und beispielhaft deutlich gemacht, dass es jenseits aller Unterschiede der Parteien einheitliche politische Grundfesten gibt.

Hans-Jochen Vogel empfand die Auszeichnung mit dem Regensburger Brückenpreis als „sehr ehrenvoll“, und sein Bruder Bernhard schlug im übertragenen Sinne gleich wieder eine Brücke – diesmal zur Überwindung deutsch-deutscher Befindlichkeiten: Er rief dazu auf, die Begriffe „Ossi“ und „Wessi“ endlich zu vergessen. **□**

KPV-Kreisverband Nürnberger Land:

Demographischer Wandel im Visier

In Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung hatte der Kreisverband Nürnberger Land der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU zu einem interessanten Abend geladen, bei dem es um den demographischen Wandel in der Region ging. Referent Steffen Vogel gab einen äußerst interessanten Überblick über die langfristige Entwicklung der Landkreise in Mittelfranken und der Gemeinden im Nürnberger Land.

Nach einer kurzen Einführung durch die KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl berichtete Kreis- und Bezirksrat Norbert Dinkel über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Regionalmanagement des Landkreises und unterstrich die Bedeutung der Metropolregion Nürnberg auch für das Nürnberger Land.

Der Referent des Abends, Steffen Vogel, ist neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt selbst als Kreisrat im Landkreis Hassberge aktiv. So gab er einen sehr interessanten Einblick über die langfristige Entwicklung der Landkreise in Mittelfranken und der Gemeinden im Nürnberger Land und zeigte Konsequenzen für die zukünftige Arbeit der Kommunalpolitik auf.

Seit 2003 ist trotz eines hohen Zuzugs nach Bayern ein stetiges Sinken der Bevölkerung zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu steigt die Anzahl an pflegebedürftigen Menschen, was zu einem Mangel an Pflegepersonal führt.

Anhand der Prognos-Studie „Zukunftsfähigkeit der Landkreise“ machte Vogel deutlich, dass es in Zukunft eine Konkurrenz zwischen den einzelnen Gemeinden um Bürgerinnen und Bürger ge-

ben werde, da immer weniger Kinder geboren werden und die Bevölkerung immer älter wird. „Wir befinden uns mitten drin im demographischen Wandel und müssen uns über die Folgen klar sein, jetzt muss gehandelt werden“, so Steffen Vogel.

Als Konsequenzen mit dem größten Zuwachs im Nürnberger Land bezeichnete er die „Südachse“ wie Winkelhaid, Burghann und Altdorf. „Schlusslichter“ stellten Neuhaus, Hartenstein und Schwaig dar. Eine weitere Information war, dass täglich 50.000 Menschen aus dem Landkreis in die Stadt Nürnberg pendeln.

Gemeinden müssen sich umorientieren

Als Konsequenzen für die Städte und Gemeinden im Landkreis stellte Vogel die Stärkung von Mittelzentren, die Stärkung der Kaufkraft vor Ort und ein professionelles Binnenmarketing der Kommunen vor. „Die Gemeinden müssen sich umorientieren: von der wachstumsorientierten zur in der Bevölkerungszahl stagnierenden Gemeinde!“ betonte Vogel abschließend.



Unser Bild zeigt von links: KPV-Kreisvorsitzende sowie Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl, Peter Uschalt, CSU-Fraktionsvorsitzender aus Hersbruck, Referent Steffen Vogel, Kreis- und Bezirksrat Norbert Dinkel, JU-Kreisvorsitzenden und Kreisrat Thomas Ritter, KPV-Ehrenkreisvorsitzenden und Kreisrat Werner Kündler und Paul Hufnagel von der Hanns-Seidel-Stiftung.



Gute Zukunft mitgestalten

Amtseinführung des neuen Augsburger Bischofs Dr. Konrad Zdarsa

Augsburg. Zur Mitgestaltung einer guten Zukunft der Diözese Augsburg hat bei seiner feierlichen Amtseinführung im Augsburger Dom der neue Bischof von Augsburg, Dr. Konrad Zdarsa, aufgerufen. Vor rund 2500 Zuhörern bekräftigte der bisherige Oberhirte von Görlitz, er habe sich zunehmend zur Wehr gesetzt gegen eine häufig einseitige negative Darstellung des ganzen Bistums und seiner 1,3 Millionen Katholiken.

Große Verbundenheit

Über 30 Bischöfe aus dem In- und Ausland bekundeten Dr. Zdarsa ihre Verbundenheit. Herzliche Grußworte gab es vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, von Staatsministerin Dr. Beate Merk, Landesbischof Dr. Johannes Friedrich von der Evangelischen Kirche und dem Augsburger Oberbürgermeister Kurt Gribl.

Unser Bild zeigt Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert und Staatssekretär Franz-Josef Pschierer (von links), die zu den prominenten Gratulanten des Oberhirten (rechts) gehörten. Text und Bild: jdt

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

„Wir brauchen eine Qualitätsoffensive“

CSU Oberbayern und Niederbayern fordern mehr Anstrengungen beim Tourismus und eine leistungsfähige Infrastruktur

CSU Oberbayern und CSU Niederbayern machen beim Ausbau der Infrastruktur und einer weiteren Tourismusförderung in ihren Regionen Druck. Bei einer gemeinsamen Sitzung der Bezirksvorstände in Langenbach (Landkreis Freising) forderten die Verbände eine Qualitätsoffensive im Tourismus.

„Wir dürfen uns nicht mit dem Erreichten zufrieden geben“, betonte Oberbayerns CSU-Vorsitzender, Staatsminister Siegfried Schneider. Sein niederbayerischer Kollege, der Europaabgeordnete Manfred Weber, ergänzte: „Unsere Regionen sind stark. Im Moment besteht aber die Gefahr, dass wir auf dem Status Quo stehen bleiben.“ Ziel ist, in den kommenden fünf Jahren die Übernachtungszahlen um 10 Prozent zu erhöhen und damit den gesamten Wirtschaftssektor zu stärken.

Leuchtturmprojekte

Dabei setzen die beiden CSU-Bezirksverbände vor allem auf eine Reihe von Leuchtturmprojekten wie die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2018, Biathlon- und Eisschnelllaufweltmeisterschaft, die Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgadener Land sowie besondere Gesundheits- und Wellnessangebote. In einer Entscheidung fordern die Verbände mehr Qualität in Ausbildung, im Hotelbereich, in der Infrastruktur und im Marketing.

Investitionsstau

Für eine moderne Infrastruktur erwarten die CSU Oberbayern und CSU Niederbayern ei-

nen Schub beim Verkehrsausbau, um die Wettbewerbsfähigkeit des Schienennetzes, etwa der Trasse München über Mühldorf ins Chemiedreieck, oder Straßenprojekte, wie die A94, am Herzen. „Auch wenn beide Regionen wirtschaftlich stark sind: Stillstand bedeutet Rückschritt“, betonte Siegfried Schneider.

Herzangelegenheiten

Besonders liegen den beiden Bezirksverbänden der Ausbau des Schienennetzes, etwa der Trasse München über Mühldorf ins Chemiedreieck, oder Straßenprojekte, wie die A94, am Herzen. „Auch wenn beide Regionen wirtschaftlich stark sind: Stillstand bedeutet Rückschritt“, betonte Siegfried Schneider. Gleichzeitig heben die beiden Bezirksverbände heraus, dass bei der Versorgung der Regionen mit schnellem Internet weitere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Wohlstand sichern

„Wir können unseren Wohlstand nur sichern, wenn wir in die Zukunft und eine leistungsfähige Infrastruktur investieren“, sagte Niederbayerns CSU-Chef Manfred Weber.

Weitere Themen bei der gemeinsamen Sitzung waren die Parteireform, die Vorbereitung des Parteitags sowie eine aktuelle politische Bestandsaufnahme.

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 18. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung – Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude: Sanitär, Heizung, Klimaanlage
- Sicherheitstechnik
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik · Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
geraslmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

LfA Report

DIE KUNDENZEITUNG DER LFA FÖRDERBANK BAYERN



Im Fokus: Auslandsmärkte

DEG-Geschäftsführer Michael Bornmann über mögliche Engagements in Schwellenländern

Seite 2



Aus der LfA

Dank der LfA Förderbank Bayern schaffen sich Betriebe eine stabile Basis für ihr Auslandsgeschäft

Seite 3



Im Porträt

Wie es der Cadolto GmbH & Co. KG gelingt, beim Modulbau ihre Position als Weltmarktführer zu halten

Seite 4

UMWELTWIRTSCHAFT

Mit sauberer Technik in die Zukunft



Verkaufsschlager: Umwelttechnik made in Germany ist auf der ganzen Welt zunehmend gefragt

Moderne Technologiepolitik ist die beste Umweltpolitik – auch und vor allem in Bayern. Zu diesem Ergebnis kommt das Münchner ifo Institut, das die wirtschaftlichen Potenziale der Umweltwirtschaft untersuchte.

Für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft spielt die Umweltwirtschaft eine entscheidende Rolle. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Ener-

giesektor. Auf erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung entfallen 45 Prozent des Branchenumsatzes. Weitere wichtige Bereiche sind Abfallwirtschaft und Abwasserbeseitigung.

Die Ausgangslage für die bayerische Umweltindustrie ist gut: Mit mehr als 55 000 Beschäftigten und einem Jahresgesamtumsatz von 11,6 Milliarden Euro

besetzt die bayerische Umweltindustrie mit einer Exportquote von 40 Prozent aktuell eine Spitzenposition innerhalb Deutschlands.

Dass auch mittelständische Unternehmen in Bayern von nachhaltigen und effizienten Produkten profitieren können, belegt die Studie „Umweltwirtschaft in Bayern.“ Darin führen die Verfasser aus, dass leistungsfähige und kompakte Maschinen und Anlagen wirtschaftlicher sind und zugleich weniger Abfall und Emissionen erzeugen. Damit auch in den kommenden Jahren wichtige Wachstumsimpulse folgen, empfehlen die ifo-Experten den Unternehmen, weiter zu internationalisieren, ihre Forschungsanstrengungen zu verstärken und in einen permanenten Wissensaustausch einzutreten. Hans-Werner Sinn, der Präsident des ifo Instituts, erläutert: „Gerade bayerische Mittelständler haben gute Chancen, die weltweit steigende Bedeutung des Umweltschutzes zu nutzen. Denn die heimische Umweltwirtschaft weist eine deutliche regionale Verankerung aus und konzentriert sich nicht nur auf die Ballungsräume München, Nürnberg und Augsburg.“

Regionale Spitzenreiter beim Export von Umwelttechnologie sind Mittelfranken und die Oberpfalz. Die Regionen Schwaben und Oberbayern haben dagegen bei der Forschung und Entwicklung innovativer technologischer Produkte die Nase vorn.

INFO Weitere Informationen unter:
www.stmwivt.bayern.de/wirtschaft/industrie/

STUDIE

Gründerland Bayern

Nach einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) steht Bayern in der Gründerstatistik ganz vorn: Der Freistaat weist den höchsten Existenzgründersaldo aller Bundesländer auf. Im ersten Halbjahr 2010 wurden hier 36 836 Unternehmen gegründet und 30 110 Unternehmen geschlossen. Damit verzeichnete die bayerische Wirtschaft einen Zugewinn

von 6726 Unternehmen – weit mehr als jedes andere Bundesland. In Nordrhein-Westfalen etwa nahm die Anzahl der Unternehmen um 3279 zu. Insgesamt wurden in Deutschland in der ersten sechs Monaten 216 200 Unternehmen gegründet, der Gründersaldo belief sich auf 24 100. Auf Bayern entfällt damit ein Sechstel aller Gründungen.

WIRTSCHAFTSSPIONAGE

Webportal für mehr Sicherheit

Beim Kampf gegen Wirtschaftsspionage geht Bayern neue Wege. So leistet das vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz aufgesetzte Internetportal „Wirtschaftsschutz Bayern“ wichtige Aufklärungsarbeit für Unternehmer. Schließlich verursacht Wirtschaftsspionage jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe und kostet gleichzeitig Tausende

von Arbeitsplätzen. Der bayerische Verfassungsschutz hat im Vorfeld 80 Unternehmen zu deren Best-Practice-Ansätzen beim Schutz gegen Wirtschaftsspionage befragt und die Ergebnisse in das Informationsangebot eingearbeitet. Unter www.wirtschaftsschutz.bayern.de finden Interessierte viele Tipps zum Thema Sicherheit.

IM FOKUS: AUSLANDSMÄRKTE

CHANCE EXPORT

Gute Geschäfte im Ausland

Kein anderes Bundesland in Deutschland profitiert so stark vom Export wie Bayern. Weil bayerische Produkte international gefragt sind, lohnt es sich, solche Geschäfte gut zu planen.

Bei ihren Expansionsaktivitäten sind Unternehmen nicht allein. Die Bayerische Staatsregierung fördert die Auslandsorientierung des Mittelstands mit unterschiedlichen Maßnahmen. Auf Delegationsreisen etwa knüpfen bayerische Unternehmer Kontakte zu lokalen Politikern, zur Verwaltung und zu Unternehmen vor Ort.

Mit dem Serviceangebot von Bayern International, einer 100-prozentigen Tochter des Freistaats, zeigt Bayern auch im Ausland Flagge, etwa durch bayerische Messexpansionsaktivitäten sind Unternehmen nicht allein. Die Bayerische Staatsregierung fördert die Auslandsorientierung des Mittelstands mit unterschiedlichen Maßnahmen. Auf Delegationsreisen etwa knüpfen bayerische Unternehmer Kontakte zu lokalen Politikern, zur Verwaltung und zu Unternehmen vor Ort.



Exportschub: Gerade bayerische Produkte sind auf den internationalen Märkten stark gefragt

der Unternehmer zum Auslandsgeschäft. Ein Beratungsangebot in dieser Form ist in Deutschland einmalig.

Für viele Unternehmen bieten ausländische Märkte eine riesige Chance. Nach dem Krisenjahr 2009 rechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im laufenden Jahr mit einem bundesweiten Exportwachstum von mehr als zehn Prozent. „Die Entwicklung der Ausfuhren der letzten Monate zeigt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Weltmärkten und widerlegt alle Kritiker“, betont BDI-Haupt-

geschäftsführer Werner Schnappauf. Noch positiver fällt das Ergebnis für Bayern aus. Im Mai 2010 stiegen die Exporte hier um 28,2 Prozent – ein Wert, der zuletzt vor zehn Jahren erreicht wurde. „Der Export ist und bleibt die Lokomotive der deutschen Wirtschaft“, sagt Frank Dollendorf, Leiter Außenwirtschaft der IHK für München und Oberbayern.

INFO Weitere Informationen und nützliche Tipps: www.auwi-bayern.de

INTERVIEW

Kapital für Investitionen in Entwicklungsländern

Michael Bornmann, Geschäftsführer der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), über die Finanzierung von Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern



DEG-Chef Michael Bornmann wirbt im Mittelstand für die Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern

LfA Report: Herr Bornmann, die LfA unterstützt bayerische Mittelständler bei der Finanzierung von Exportaufträgen und bei Auslandsinvestitionen. Was macht die DEG?

Bornmann: Die DEG finanziert rentable und nachhaltig entwicklungswirksame Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Unser Angebot richtet sich an deutsche Unternehmen, die in diesen Ländern investieren möchten, und an lokale Firmen aus den Partnerländern.

Wie sieht Ihre Hilfe konkret aus?

Bornmann: Förderung heißt bei uns: Wir stellen langfristiges Investitionskapital in Form von Darlehen, Mezzaninfinanzierungen, Beteiligungen und Garantien in den Fällen bereit, in denen eine Finanzierung über eine Geschäftsbank nicht verfügbar ist.

Profitiert auch der Heimatstandort des Unternehmens von Ihrer Hilfe?

Bornmann: Deutsche Unternehmen können davon auch an ihrem Heimatort profitieren, etwa indem sie neue Absatzmärkte erschließen, als Zulieferer ihren Hauptabnehmern folgen oder sich als Know-how-Träger weltweit etablieren.

Können Sie uns ein aktuelles Beispiel einer bayerischen Firma nennen?

Bornmann: Wir begleiten die Bauer Resources GmbH aus Schrobenhausen bei einem Umwelttechnologie-Pilotprojekt im Oman. Der Kunde errichtet eine Pflanzenkläranlage für Prozesswasser, das bei der Förderung von Erdöl anfällt. Die DEG stellt für diese Investition ein beteiligungsähnliches Darlehen in Höhe von 28 Millionen Euro bereit.

INFO Weitere Informationen auf www.deginvest.de

GESCHÄFTSANBAHUNG

Auslandskontakte zu Hause knüpfen

Hilfe bei der Auslandsexpansion verspricht die Initiative „Bayern – Fit for Partnership“. Ziel der Initiatoren ist es, den Kontakt zwischen ausländischen und bayerischen Unternehmen zum gegenseitigen Nutzen herzustellen.

Das Förderprogramm des Freistaats Bayern ermöglicht heimischen Unternehmen, mit Partnern im Ausland in Kontakt zu treten. Dies geschieht ebenso einfach wie unkonventionell: Ausländische Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Kommunen und Behörden werden über das Programm gesucht und nach Bayern eingeladen. Sie erhalten hier themenspezifische Schulungen und treffen auf Vertreter ihres potenziellen bayerischen Partnerunternehmens, das sich ihnen präsentiert. „Die Gäste aus dem Ausland erhalten mit ‚Bayern – Fit for Partnership‘ einen umfassenden Einblick in die technischen Lösungen bayerischer Unternehmen; davon profitiert auch der bayerische Mittelstand“, konstatiert Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil. Der bisherige Erfolg gibt den Initiatoren recht. Bereits im ersten Halbjahr 2010 ließen sich elf Projekte erfolgreich realisieren. Insgesamt trafen in diesem Zeitraum Vertreter von 213 bayerischen Unternehmen auf 174 ausländische Fach- und Führungskräfte. Der Aufwand für die Unternehmen ist dabei minimal, da die Partner direkt in die bayerischen Firmen kommen.

INFO Näheres zur Initiative unter www.bayern-international.de

AUS DER LFA FÖRDERBANK BAYERN

AUSSENWIRTSCHAFTSFINANZIERUNG

Spezielle Finanzierungsangebote

Ganz gleich, ob es um den Absatz einheimischer Produkte geht oder um Investitionen im Ausland: Wer als Mittelständler nicht über ausreichende eigene finanzielle Mittel verfügt, dem bietet die LfA Förderbank Bayern im Zusammenspiel mit der Hausbank geeignete Finanzierungsinstrumente an.

Besonders effiziente Angebote hat die Förderbank für Bietungs-, Anzahlungs-, Lieferungs- und Leistungsgarantien und ähnliche Avale, wie sie bei Inlands- und Auslandsgeschäften verlangt werden. Die



Planung: Damit die Geschäftsentwicklung dauerhaft positiv verläuft, brauchen Unternehmer zuverlässige Partner für die Finanzierung

Förderbank erleichtert über ihre Auftragsgarantie die notwendige Stellung von Avalen. Dazu übernimmt sie bis zu 50 Prozent des Risikos für Avale, die von den Hausbanken oder Versicherungsunternehmen bei Auslands- und Inlandsgeschäften abgegeben werden. Dieses Angebot umfasst auch die notwendigen Betriebsmittel zur Vorfinanzierung von Aufträgen. Möglich sind auch Rahmenzusagen für Auftragsgarantien, in die Exportgarantien und Inlandsavale und Auftragsvorfinanzierungen während einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren revolving eingestuft werden können. Im Jahr 2009 trug die Förderbank derartige Risiken in Höhe von 51 Millionen Euro; im Jahr 2010 waren es bis September bereits knapp 70 Millionen Euro.

Für Investitionen im Ausland steht der zinsgünstige Universalkredit der Förderbank bereit, wenn dadurch ein positiver „Bayerneffekt“ ausgelöst wird. Das ist beispielsweise der Fall, wenn eine Investition im Ausland den Stammsitz des Unternehmens in Bayern stärkt und seine Arbeitsplätze sicherer macht. Finanziert werden Beteiligungen und Joint Ventures mit maßgeblicher bayerischer Beteiligung, die Gründung von Tochtergesellschaften, Investitionen in Bauten und Maschinen, der Erwerb von Firmenimmobilien sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie immaterielle Güter. Mit dem langfristigen Darlehen lässt sich der gesamte Finanzierungsbedarf decken – bis zu einer Höhe von zehn Millionen Euro. Der Universalkredit lässt sich gegebenenfalls durch eine LfA-Risikoübernahme absichern.

INFO Auskünfte erteilt das Team Außenwirtschaftsfinanzierung der LfA, Tel.: 089 / 21 24 24 31

NACHRICHTEN

Infotag Oberpfalz

Wichtiger Termin für Gründer, Unternehmer und Berater von Unternehmen: Am 11. November 2010 veranstaltet die LfA Förderbank Bayern den Infotag Wirtschaftsförderung Oberpfalz im Regensburger Kolpinghaus mit Podiumsdiskussion, Workshops und Fachberatungen. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung über das LfA-Kundencenter unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 21 24 24 - 0.



Sichere Anlagen

Auch Privatanleger können von der garantierten Sicherheit der LfA-Wertpapiere und ihrer guten Verzinsung profitieren: Gegenüber den börsennotierten Bundesanleihen bieten die Anleihen der LfA Förderbank Bayern einen Renditevorteil von bis zu 0,5 Prozent pro Jahr. Zu kaufen sind die Papiere bei Banken und Sparkassen zu den jeweiligen Tageskursen an der Börse München (Infos unter www.lfa.de, Wertpapieremissionen).

Juniormanager

Immer mehr Schulen beteiligen sich am Projekt „Junior – Schüler als Manager“. Im laufenden Schuljahr haben sich in Bayern 109 Teams angemeldet, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Die von der LfA Förderbank Bayern unterstützte Veranstaltung ist für alle Schularten ab der neunten Klasse offen. Stark gestiegen ist das Interesse an Gymnasien. Dort kann das Projekt Junior im Rahmen des in der Oberstufe obligatorischen P-Seminars durchgeführt werden (Infos unter www.juniorprojekt.de).



AUF EIN WORT

Liebe Leserin,
lieber Leser,

schneller als erwartet hat die Wirtschaft nach dem Konjunkturreinbruch im Jahr 2009 wieder Tritt gefasst. Das liegt zu einem beträchtlichen Teil auch am Auslandsgeschäft. Hier bestätigt sich, dass unsere Wirtschaft den Strukturwandel gut bewältigt hat und nun auf dem Weltmarkt über Wettbewerbsvorteile verfügt. Daraus ergeben sich gute Chancen für die Entwicklung nachhaltiger internationaler Geschäftsbeziehungen. Das gilt nicht nur für die großen Konzerne, sondern auch für den Mittelstand und Freiberufler mit ihren hochwertigen, oft auf spezielle Bedürfnisse ausgerichteten Produkten und Dienstleistungen. Gerade sie begleiten wir mit speziellen Hilfen, damit sie den Einstieg in ausländische Märkte schaffen und sich dort auf Dauer etablieren können. Dies geschieht zum einen beim Export einheimischer Produkte und Dienstleistungen, den wir durch Garantien unterstützen. Das trägt dazu bei, dass Liquidität geschont wird und die Gesamtfinanzierung zustande kommt. Zum anderen helfen wir bei der Finanzierung von Investitionen im Ausland durch bayerische Unternehmen, wenn sie damit ihre Leistungskraft und Arbeitsplätze in Bayern sichern. So unterstützen wir den Mittelstand auch bei seinen Auslandsaktivitäten als Partner der Hausbank.



Michael Schneider,
Vorstandsvorsitzender
der LfA Förderbank Bayern

FÖRDERANGEBOT

Kombiprodukt ermöglicht
mehr Wachstum

Seit 1. August kann der bayerische Mittelstand ein neues Förderangebot nutzen. Das Kombiprodukt Bürgschaft und Beteiligung versorgt Unternehmen im Aufschwung mit Liquidität und Eigenkapital. Organisiert von LfA Förderbank Bayern, Bürgschaftsbank Bayern und BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft, richtet sich das Kombiprodukt in Höhe von 100 000 Euro bis 500 000 Euro an kleine und mittlere Unternehmen. Darlehens- und Beteiligungsbetrag stehen im festen Verhältnis 75 zu 25 zueinander. So kann etwa ein Liquiditätsbedarf von 200 000 Euro durch ein zu 80 Prozent verbürgtes Förder- oder Hausbankdarlehen von 150 000 Euro und eine Beteiligung von 50 000 Euro gedeckt werden. Die Konditionen sind auch für den Beteiligungsanteil ausgesprochen mittelstandsfreundlich.

SONDERFONDS

Altersversorgung

Die Bayerischen Staatsforsten richten in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern einen anfangs mit 30 Millionen Euro ausgestatteten Fonds ein, um die Altersversorgung ihrer Beamtinnen und Beamten zu gewährleisten. Die Mittel werden in Form von LfA-Schuldscheindarlehen mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren angelegt; LfA-Papiere haben wegen des Triple-A-Ratings der Bank und der Gewährträgerhaftung durch den Freistaat Bayern höchste Bonität.



UNTERNEHMENS PORTRÄT

Mit Modulen zum Weltmarktführer



Innovation: Mehr als 400 Mitarbeiter produzieren und liefern beim mittelfränkischen Mittelständler Cadolto weltweit Klinik- und Laborbauten sowie Bürogebäude

Üblicherweise ist der Bau eines Krankenhauses ein langwieriges und komplexes Projekt. Dass es auch anders geht, zeigt die Firma Cadolto Fertiggebäude aus dem mittelfränkischen Cadolzburg mit ihrer innovativen Modulbauweise.

Doch nicht nur bei Krankenhäusern spielt die industrielle Fabrikation der Cadolto Fertiggebäude GmbH & Co. KG ihre Vorteile aus, sondern auch im Laborbau und bei anderen Hightechgebäuden. Dabei werden die Bauten als Module weitgehend in den Cadolto-Werken vorgefertigt, um dann am Bestimmungsort in kurzer Zeit zusammengefügt zu werden. Für Bayern erfreulich: Die gesamte Wertschöpfung findet im Freistaat statt. Dabei sind der Architektur keine Grenzen gesetzt – die Gestaltung erfolgt ganz individuell.

Inzwischen blickt das fränkische Unternehmen auf eine 200-jährige Firmengeschichte zurück. Dank seiner Innovationskraft ist es zum Weltmarktführer im Bereich des modularen Gebäudebaus aufgestiegen. Aktuell beschäftigt Cadolto mehr als 400 Mitarbeiter. Über seine international verteilten Beratungsstandorte kann der Bau-

dienstleister weltweit Kliniken und Labors vertreiben und Kunden in jeder Projektphase betreuen. Jüngstes Paradebeispiel für innovative Bautechnologie ist der Krankenhauskomplex Centre Hospitalier d'Argenteuil in Paris. Mit einer Gesamtfläche von 60 000 Quadratmetern handelt es sich um den bislang größten Modulbaukomplex weltweit. Bis Ende 2013 wird das Krankenhaus in drei Bauabschnitten fertiggestellt. Keller und Erdgeschoss werden konventionell errichtet, der Bau des ersten bis dritten Obergeschosses erfolgt modular. Etwa 1000 Raummodule sind dafür vorgesehen. Auch architektonisch ragt das neue Gebäude heraus: Lichtdurchflutete, weiträumige Innenhöfe lockern den kolossalen Komplex angenehm auf.

Bereits abgeschlossen ist ein weiteres Bauprojekt, die neue Frauenklinik des Städtischen Klinikums Fürth. „Unsere modulare Technologie hat sich als anerkannte und gleichwertige Baumethode etabliert“, erklärt Cadolto-Prokurist Hermann Bauer.

INFO Mehr Informationen unter www.cadolto.com

FORTBILDUNG

Zeitgemäßes Lernen

Weil sich die Anforderungen permanent verändern, ist die berufliche Weiterbildung extrem wichtig.

Traditionelle Seminare sind für Betriebe jedoch sehr kostenintensiv. Innovative Weiterbildungsangebote aus dem Bereich des multimedialen Lernens sind für den Mitarbeiter oft effektiver und für den Arbeitgeber günstiger. Dabei lernen Seminarteilnehmer zeitlich ungebunden in gewohnter Umgebung. Durch den Einsatz neuester Technologie sind Internetseminare sehr flexibel, sodass sie sich in den Arbeitsablauf des Teilnehmers integrieren lassen. Die Lehrinhalte reichen von rein IT-gestützten Angeboten über individuell zusammengestellte Lernpakete bis zu gemeinschaftlichem Lernen per



Videokonferenz. Auch Internetseminare, sogenannte Webinars, werden bei Unternehmen immer beliebter. Durch eine permanente Interaktion sorgen sie für einen nachhaltigen Lernerfolg.

INFO Wissenswertes zum Thema unter www.weiterbildung.de

INTERNET

Web legt Tempo zu

In Bayern kommt die Versorgung mit schnellen Datennetzen mit großen Schritten voran.

Über das Bayerische Breitbandförderprogramm wurden bereits Investitionen von 500 Gemeinden in den Breitbandausbau sowie Planungen und Machbarkeitsstudien für weitere rund 650 Gemeinden finanziell gefördert. 50 geförderte Gemeinden sind bereits am Netz. Über 35 Millionen Euro hat der Freistaat mittlerweile bayernweit für schnelles Internet bewilligt. Die Staatsregierung unterstützt

den Breitbandausbau in Bayern mit einem Volumen von 47 Millionen Euro. Die Gemeinden können staatliche Zuschüsse von bis zu 100 000 Euro bei einem maximalen Fördersatz von 70 Prozent erhalten. Einer der Hauptgründe für den Ausbau der Datennetze ist der Wunsch, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen zu stärken. Derzeit gibt es besondere Anstrengungen im Ausbau von Schaltverteilern. „Mit einem Schaltverteiler kann die Breitbanderschließung auf der letzten Meile wirtschaftlicher gestaltet werden. Dadurch verbessern sich nicht nur die Chancen der Gemeinden auf Schließung weißer Flecken, sondern auch die des Mittelstands, am Breitbandausbau mit Festnetzlösungen mitzuwirken“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

INFO www.breitband.bayern.de



IMPRESSUM

Herausgeber: LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München, Tel.: 089 / 21 24 - 0, Fax: 089 / 21 24 - 24 40, Internet: <http://www.lfa.de>
 Redaktion: Peter Freymark (v.i.S.d.P.) Gestaltung und Realisierung: BurdaYukom Publishing GmbH, München Druck: M. Saupe & Co GmbH, Taufkirchen
 Auflage: 60 000, erschienen im November 2010 Fotos: S. 1: Gettyimages/M. Rosenfeld; S. 2: Gettyimages/S. Cole, PR; S. 3: Fotolia/A. Rodriguez, PR, Bayern Tourismus Marketing GmbH, IW Junior GmbH/N. Hanano, PR; S. 4: iStockphoto/BanksPhotos, Fa. Cadolto, iStockphoto/B. Coenders, iStockphoto/D. Vernon

LFÄ FÖRDERBANK BAYERN
 Damit machbar wird, was denken will

- Geschäftsfelder der LfA**
-  Gründung
 -  Wachstum
 -  Innovation
 -  Umweltschutz
 -  Stabilisierung